

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1955

Ausgegeben am 30. Juli 1955

39. Stück

152. Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich.

152.

Nachdem der am 15. Mai 1955 in Wien unterzeichnete Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich einerseits und Österreich andererseits, welcher also lautet:

Staatsvertrag

betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich

Präambel

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, in der Folge die Alliierten und Assoziierten Mächte genannt, einerseits und Österreich andererseits;

Im Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte;

Im Hinblick darauf, daß in der Moskauer Erklärung, verlautbart am 1. November 1943, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß sie die Annexion Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig betrachten, und ihrem Wunsche Ausdruck gaben, Österreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen und daß das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 16. November 1943 eine ähnliche Erklärung abgab;

Im Hinblick darauf, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Österreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschlands befreit wurde;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum demokratischen Wiederaufbau seines Landes selbst machte und weiter zu machen haben wird, den Wunsch hegen, einen Vertrag abzuschließen, der Österreich als einen freien, unabhängigen und demokratischen Staat wiederherstellt, wodurch sie zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa beitragen;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte den Wunsch haben, durch den vorliegenden Vertrag in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit alle Fragen zu regeln, die im Zusammenhange mit den oberwähnten Ereignissen einschließlich der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands noch offenstehen; und

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich zu diesem Zwecke den Wunsch hegen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, um als Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen zu dienen und um damit die Alliierten und Assoziierten Mächte in die Lage zu versetzen, die Bewerbung Österreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen;

Haben daher die unterfertigten Bevollmächtigten ernannt, welche nach Vorweisung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen sind:

Teil I

Politische und territoriale Bestimmungen

Artikel 1.

Wiederherstellung Österreichs als freier und unabhängiger Staat

Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Österreich als ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wiederhergestellt ist.

Artikel 2.

Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs

Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit Österreichs, wie sie gemäß dem vorliegenden Vertrag festgelegt sind, achten werden.

Artikel 3.

Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland

Die Alliierten und Assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet sichern.

Artikel 4.

Verbot des Anschlusses

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären, daß eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung zwischen Österreich und Deutschland verboten ist. Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeiten auf diesem Gebiete und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen.

2. Um einer solchen Vereinigung vorzubeugen, wird Österreich keinerlei Vereinbarung mit Deutschland treffen oder irgendeine Handlung setzen oder irgendwelche Maßnahmen treffen, die geeignet wären, unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Österreich verpflichtet sich ferner, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern, und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.

Artikel 5.

Grenzen Österreichs

Die Grenzen Österreichs sind jene, die am 1. Jänner 1938 bestanden haben.

Artikel 6.

Menschenrechte

1. Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Personen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern.

2. Österreich verpflichtet sich weiters dazu, daß die in Österreich geltenden Gesetze weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Anwendung zwischen Personen österreichischer Staatsangehörigkeit auf Grund ihrer Rasse, ihres Geschlechtes, ihrer Sprache oder ihrer Religion, sei es in bezug auf ihre Person, ihre Vermögenswerte, ihre geschäftlichen, beruflichen oder finanziellen Interessen, ihre Rechtsstellung, ihre politischen oder bürgerlichen Rechte, sei es auf irgendeinem anderen Gebiete, diskriminieren oder Diskriminierungen zur Folge haben werden.

Artikel 7.

Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten

1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen einschließlich des Rechtes auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schulpläne überprüft und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für slowenische und kroatische Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.

Artikel 8.

Demokratische Einrichtungen

Österreich wird eine demokratische, auf geheime Wahlen gegründete Regierung haben und verbürgt allen Staatsbürgern ein freies, gleiches und allgemeines Wahlrecht sowie das Recht, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache, Religion oder politische Meinung zu einem öffentlichen Amte gewählt zu werden.

Artikel 9.

Auflösung nazistischer Organisationen

1. Österreich wird die bereits durch die Erlassung entsprechender und von der Alliierten Kommission für Österreich genehmigter Gesetze begonnenen Maßnahmen zur Auflösung der nationalsozialistischen Partei und der ihr angegliederten und von ihr kontrollierten Organisationen einschließlich der politischen, militäri-

schen und paramilitärischen auf österreichischem Gebiet vollenden. Österreich wird auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, um zu gewährleisten, daß die obgenannten Organisationen nicht in irgendeiner Form wieder ins Leben gerufen werden, und um alle nazistische oder militaristische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern.

2. Österreich verpflichtet sich, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen, die auf seinem Gebiete bestehen, und zwar sowohl politische, militärische und paramilitärische, als auch alle anderen Organisationen, welche eine irgendeiner der Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind.

3. Österreich verpflichtet sich, unter der Androhung von Strafsanktionen, die umgehend in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechtsvorschriften festzulegen sind, das Bestehen und die Tätigkeit der obgenannten Organisationen auf österreichischem Gebiete zu untersagen.

Artikel 10.

Besondere Bestimmungen über die Gesetzgebung

1. Österreich verpflichtet sich, die Grundsätze, die in den von der österreichischen Regierung und vom österreichischen Parlament seit dem 1. Mai 1945 angenommenen und von der Alliierten Kommission für Österreich genehmigten, auf die Liquidierung der Überreste des Naziregimes und auf die Wiederherstellung des demokratischen Systems abzielenden Gesetze und Verordnungen enthalten sind, aufrechtzuerhalten und ihre Durchführung fortzusetzen, die seit dem 1. Mai 1945 bereits getroffenen oder eingeleiteten gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen zu vollenden und die in den Artikeln 6, 8 und 9 des vorliegenden Vertrages festgelegten Grundsätze zu kodifizieren und in Kraft zu setzen und, soweit dies nicht schon geschehen ist, alle gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen, die zwischen dem 5. März 1933 und dem 30. April 1945 getroffen wurden und die in Widerspruch mit den in den Artikeln 6, 8 und 9 festgelegten Grundsätzen stehen, aufzuheben oder abzuändern.

2. Österreich verpflichtet sich ferner, das Gesetz vom 3. April 1919, betreffend das Haus Habsburg-Lothringen, aufrechtzuerhalten.

Artikel 11.

Anerkennung der Friedensverträge

Österreich verpflichtet sich, die volle Geltung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland und anderer Ab-

kommen oder Regelungen anzuerkennen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten bezüglich Deutschlands und Japans zur Wiederherstellung des Friedens herbeigeführt worden sind oder künftig herbeigeführt werden.

Teil II

Militärische und Luftfahrt-Bestimmungen

Artikel 12.

Verbot der Dienstleistung in den österreichischen Streitkräften für ehemalige Mitglieder nazistischer Organisationen und Angehörige bestimmter anderer Personenkreise

Folgenden Personen ist es in keinem Falle erlaubt, in den österreichischen Streitkräften zu dienen:

1. Personen, die nicht die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen.

2. Österreichische Staatsangehörige, die zu irgendeiner Zeit vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsangehörige waren.

3. Österreichische Staatsangehörige, die in der Zeit vom 13. März 1938 bis zum 8. Mai 1945 in der deutschen Wehrmacht im Range eines Obersten oder in einem höheren Range gedient haben.

4. Österreichische Staatsangehörige, die in eine der folgenden Kategorien fallen, mit Ausnahme solcher Personen, die von den zuständigen Stellen gemäß dem österreichischen Recht entlastet worden sind:

- a) Personen, die zu irgendeiner Zeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), oder den SS-, SA- oder SD-Organisationen, der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) oder dem nationalsozialistischen Soldatenring oder der nationalsozialistischen Offiziersvereinigung angehört haben;
- b) Führer im nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) oder in dem nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) in einem Range nicht geringer als der eines Untersturmführers oder Gleichgestellten;
- c) Funktionäre in einer der von der NSDAP kontrollierten oder ihr angegliederten Organisation in keinem niedrigeren Range als dem entsprechend einem Ortsgruppenleiter;
- d) Verfasser von Druckwerken oder von Drehbüchern, die wegen ihres nazistischen Charakters von den von der österreichischen Regierung bestellten zuständigen Kommissionen in die Kategorie verbotener Werke eingereiht wurden;
- e) Leiter industrieller, kommerzieller und finanzieller Unternehmungen, die auf Grund von offiziellen und authentischen Berichten von bestehenden industriellen, kommerziellen und finanziellen Vereini-

gungen, Gewerkschaften und Parteiorganisationen von den zuständigen Kommissionen als schuldig befunden wurden, an der Durchführung der Ziele der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen aktiv mitgearbeitet, die Prinzipien des Nationalsozialismus unterstützt, nationalsozialistische Organisationen oder ihre Tätigkeit finanziert oder für sie Propaganda getrieben und damit den Interessen eines unabhängigen und demokratischen Österreich geschadet zu haben.

Artikel 13.

Verbot von Spezialwaffen

1. Österreich soll weder besitzen noch herstellen noch zu Versuchen verwenden:

- a) irgendeine Atomwaffe,
- b) irgendeine andere schwerere Waffe, die jetzt oder in der Zukunft als Mittel für Massenvernichtung verwendbar gemacht werden kann und als solche durch das zuständige Organ der Vereinten Nationen bezeichnet worden ist,
- c) irgendeine Art von selbstgetriebenen oder gelenkten Geschossen, Torpedos sowie Apparaten, die für deren Abschluß und Kontrolle dienen,
- d) Seeminen,
- e) Torpedos, die bemannt werden können,
- f) Unterseeboote oder andere Unterwasserfahrzeuge,
- g) Motor-Torpedoboote,
- h) spezialisierte Typen von Angriffsfahrzeugen,
- i) Geschütze mit einer Reichweite von mehr als 30 km,
- j) erstickende, ätzende oder giftige Stoffe oder biologische Substanzen in größeren Mengen oder anderen Typen als solchen, die für erlaubte zivile Zwecke benötigt werden, oder irgendwelche Apparate, die geeignet sind, solche Stoffe oder Substanzen für kriegerische Zwecke herzustellen, zu schleudern oder zu verbreiten.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, zu diesem Artikel Verbote von irgendwelchen Waffen hinzuzufügen, die als Ergebnis wissenschaftlichen Fortschritts entwickelt werden könnten.

Artikel 14.

Verfügung über Kriegsmaterial alliierter und deutschen Ursprungs

1. Alles Kriegsmaterial alliierter Ursprungs in Österreich wird der betreffenden Alliierten oder Assoziierten Macht gemäß den von dieser Macht

gegebenen Weisungen zur Verfügung gestellt werden. Österreich verzichtet auf alle Rechte an dem obenerwähnten Kriegsmaterial.

2. Innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages soll Österreich für Militärzwecke unbrauchbar machen oder vernichten:

alles überschüssige Kriegsmaterial deutschen oder nichtalliierten Ursprungs;

insoweit als sie sich auf modernes Kriegsmaterial beziehen, alle deutschen und japanischen Zeichnungen einschließlich vorhandener Werkszeichnungen, Muster und Experimentiermodelle und Pläne;

alles Kriegsmaterial, das durch Artikel 13 des vorliegenden Vertrages verboten ist;

alle spezialisierten Einrichtungen einschließlich Forschungs- und Produktionsausrüstung, die durch Artikel 13 verboten sind und nicht für eine erlaubte Forschung, Entwicklung oder Konstruktion umgeändert werden können.

3. Österreich wird innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages den Regierungen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs eine Liste von Kriegsmaterial und Einrichtungen übermitteln, die in Paragraph 2 aufgezählt sind.

4. Österreich soll kein Kriegsmaterial deutschen Entwurfes herstellen.

Österreich soll kein Kriegsmaterial deutscher Erzeugung oder deutschen Ursprungs oder Entwurfes öffentlich oder privat oder durch irgendwelche andere Mittel erwerben oder besitzen, mit der Ausnahme, daß die österreichische Regierung zur Aufstellung der österreichischen Streitkräfte beschränkte Mengen von Kriegsmaterial deutscher Erzeugung, deutschen Ursprungs oder Entwurfes, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich verblieben ist, verwenden kann.

5. Eine Definition und Liste des Kriegsmaterials für die Zwecke des vorliegenden Vertrages sind in Annex I enthalten.

Artikel 15.

Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung

1. Österreich arbeitet mit den Alliierten und Assoziierten Mächten voll zusammen, um zu gewährleisten, daß Deutschland nicht in der Lage ist, außerhalb des deutschen Territoriums Schritte für eine Wiederaufrüstung zu unternehmen.

2. Österreich soll in der militärischen oder zivilen Luftfahrt oder bei Experimenten, Entwürfen, bei der Produktion oder Instandhaltung von Kriegsmaterial weder verwenden noch ausbilden:

Personen, die deutsche Staatsangehörige sind oder zu irgendeiner Zeit vor dem 13. März 1938 deutsche Staatsangehörige waren;

oder österreichische Staatsangehörige, die von der Dienstleistung in den Streitkräften gemäß Artikel 12 ausgeschlossen sind;

oder Personen, die nicht österreichische Staatsangehörige sind.

Artikel 16.

Verbot betreffend Zivilflugzeuge deutscher und japanischer Bauart

Osterreich soll zivile Luftfahrzeuge deutscher oder japanischer Bauart oder solche Luftfahrzeuge, die eine größere Zahl von Teilen deutscher oder japanischer Herstellung oder Bauart enthalten, weder erwerben noch erzeugen.

Artikel 17.

Dauer der Beschränkungen

Jede der militärischen und Luftfahrtsbestimmungen des vorliegenden Vertrages bleibt in Kraft, bis sie zur Gänze oder zum Teil durch ein Abkommen zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Osterreich oder, nachdem Osterreich Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist, durch ein Abkommen zwischen dem Sicherheitsrat und Osterreich abgeändert wird.

Artikel 18.

Kriegsgefangene

1. Osterreicher, die derzeit Kriegsgefangene sind, sollen sobald als möglich gemäß Regelungen, die zwischen den einzelnen Mächten, die solche Kriegsgefangene festhalten, und Osterreich zu vereinbaren sind, heimbefördert werden.

2. Alle Kosten einschließlich der Unterhaltskosten, die sich aus dem Transport von Osterreichern, die derzeit Kriegsgefangene sind, aus den in Betracht kommenden Sammelstellen, wie sie von der Regierung der betreffenden Alliierten oder Assoziierten Macht ausgewählt worden sind, bis zum Punkte ihres Eintrittes auf österreichisches Gebiet ergeben, werden von der österreichischen Regierung getragen werden.

Artikel 19.

Kriegsgräber und Denkmäler

1. Osterreich verpflichtet sich, die auf österreichischem Gebiet befindlichen Gräber von Soldaten, Kriegsgefangenen und zwangsweise nach Osterreich gebrachten Staatsangehörigen der Alliierten Mächte und jener der anderen Vereinten Nationen, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, zu achten, zu schützen und zu erhalten; desgleichen die Gedenksteine und Embleme dieser Gräber sowie Denkmäler, die dem militärischen Ruhm der Armeen gewidmet sind, die auf österreichischem Staatsgebiet gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben.

2. Die österreichische Regierung wird jede Kommission, Delegation oder andere Organisation anerkennen, die von dem betreffenden Land ermächtigt ist, die in Paragraph 1 angeführten Gräber und Bauten zu identifizieren, zu registrieren, zu erhalten und zu regulieren; sie wird die Arbeit solcher Organisationen erleichtern, sie wird hinsichtlich der obenerwähnten Gräber und Bauten die für nötig befundenen Abkommen mit dem betreffenden Land oder mit jeder von ihm bevollmächtigten Kommission oder Delegation oder mit irgendeiner anderen Organisation abschließen. Sie erklärt desgleichen ihr Einverständnis, in Übereinstimmung mit angemessenen sanitären Vorsichtsmaßnahmen jede Erleichterung für die Exhumierung und Überführung der in den erwähnten Gräbern bestatteten Überreste in deren Heimatland zu gewähren, sei es auf Ansuchen der offiziellen Organisationen des betreffenden Staates oder auf Ansuchen der Angehörigen der beerdigten Personen.

Teil III

Artikel 20.

Zurückziehung der Alliierten Streitkräfte

1. Das Übereinkommen über den Kontrollapparat in Osterreich vom 28. Juni 1946 verliert mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages seine Wirksamkeit.

2. Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages hört die gemäß Paragraph 4 des Abkommens über Besatzungszonen in Osterreich und die Verwaltung der Stadt Wien vom 9. Juli 1945 errichtete interalliierte Kommandantur auf, irgendwelche Funktionen hinsichtlich der Verwaltung der Stadt Wien auszuüben. Das Übereinkommen über die Besatzungszonen in Osterreich tritt mit der Beendigung der Räumung Osterreichs durch die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte gemäß Paragraph 3 dieses Artikels außer Kraft.

3. Die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte und die Mitglieder der Alliierten Kommission für Osterreich werden innerhalb von neunzig Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, soweit irgend möglich, spätestens bis zum 31. Dezember 1955, aus Osterreich zurückgezogen.

4. Die österreichische Regierung wird den Streitkräften der Alliierten und Assoziierten Mächte und den Mitgliedern der Alliierten Kommission für Osterreich bis zu ihrer Zurückziehung aus Osterreich alle Rechte, Immunitäten und Begünstigungen gewähren, die ihnen unmittelbar vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages zustanden.

5. Die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichten sich, der österreichischen Regierung nach Inkrafttreten dieses Vertrages und innerhalb

der in Paragraph 3 dieses Artikels vorgesehenen Frist zurückzustellen:

- a) alles Geld, das den Alliierten und Assoziierten Mächten für Okkupationszwecke kostenlos zur Verfügung gestellt worden und im Zeitpunkt der Beendigung der Zurückziehung der alliierten Streitkräfte unverausgibt geblieben ist;
- b) alles österreichische Eigentum, das von alliierten Streitkräften oder von der Alliierten Kommission requiriert wurde und sich noch in deren Besitz befindet. Die sich aus diesem Absatz ergebenden Verpflichtungen sind vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 22 dieses Vertrages zu erfüllen.

Teil IV

Aus dem Krieg herrührende Ansprüche

Artikel 21.

Reparationen

Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.

Artikel 22.

Deutsche Vermögenswerte in Österreich

Die Sowjetunion, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich haben das Recht, über alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Österreich gemäß dem Protokoll der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 zu verfügen.

1. Die Sowjetunion erhält für eine Geltungsdauer von dreißig Jahren Konzessionen auf Ölfelder, die 60% der Ölförderung in Österreich im Jahre 1947 entsprechen, sowie Eigentumsrechte an allen Gebäuden, Konstruktionen, Ausrüstung und anderen Vermögenschaften, die gemäß Liste Nr. 1 und Karte Nr. 1, welche dem Vertrag angeschlossen ist, zu diesen Ölfeldern gehören.

2. Die Sowjetunion erhält Konzession auf 60% aller im östlichen Österreich gelegenen Schurfgebiete, die deutsche Vermögenschaften sind, auf welche die Sowjetunion gemäß dem Potsdamer Abkommen Anspruch hat und welche derzeit in ihrem Besitz sind, gemäß der Liste Nr. 2 und der Karte Nr. 2, welche dem Vertrag angeschlossen ist.

Die Sowjetunion hat das Recht, in den in diesem Paragraph erwähnten Schurfgebieten acht Jahre hindurch Schurfarbeiten durchzuführen und anschließend durch einen Zeitraum von 25 Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fündigwerdens, Öl zu gewinnen.

3. Die Sowjetunion erhält Ölraffinerien mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 420.000 Tonnen Rohöl gemäß Liste Nr. 3.

4. Die Sowjetunion erhält jene mit der Verteilung von Ölprodukten befaßten Unternehmungen, die sie zur Verfügung hat, gemäß der Liste Nr. 4.

5. Die Sowjetunion erhält die in Ungarn, Rumänien und Bulgarien gelegenen Vermögenswerte der DDSG; desgleichen gemäß der Liste Nr. 5 100% der im östlichen Österreich gelegenen Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft.

6. Die Sowjetunion überträgt an Österreich Vermögenschaften, Rechte und Interessen, die sie als deutsche Vermögenswerte mit der vorhandenen Ausstattung innehat oder beansprucht, und überträgt auch Kriegsindustrie-Unternehmungen zusammen mit vorhandenen Ausstattungen, Häusern und ähnlichem Immobilienvermögen einschließlich von in Österreich gelegenen Grundstücken, die sie als Kriegsbeute innehat oder beansprucht mit Ausnahme der in den Paragraphen 1, 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels erwähnten Vermögenswerte. Österreich verpflichtet sich seinerseits, der Sowjetunion 150.000.000 USA-Dollar in frei konvertierbarer Währung innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren zu zahlen.

Die angeführte Summe wird der Sowjetunion von Österreich in gleichen dreimonatlichen Raten von 6,250.000 Dollar in frei konvertierbarer Währung gezahlt werden. Die erste Zahlung wird am ersten Tag des zweiten Monats geleistet werden, der auf den Monat folgt, in dem der vorliegende Vertrag in Kraft tritt. Die folgenden dreimonatlichen Zahlungen werden am ersten Tag des entsprechenden Monats geleistet werden. Die letzte dreimonatliche Zahlung wird am letzten Tag des Zeitraumes von sechs Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages geleistet.

Die Grundlage für die in diesem Artikel vorgesehenen Zahlungen ist der USA-Dollar zu seiner Goldparität am 1. September 1949, das sind 35 Dollar für eine Unze Gold.

Als Sicherstellung für die pünktliche Zahlung der obenerwähnten der Sowjetunion zustehenden Summen wird die Österreichische Nationalbank der Staatsbank der UdSSR innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages Wechsel über die Gesamtsumme von 150.000.000 USA-Dollar ausstellen, die zu den im vorliegenden Artikel vorgesehenen Zeitpunkten fällig zu stellen sind.

Die von Österreich auszustellenden Wechsel sind unverzinslich. Die Staatsbank der UdSSR beabsichtigt nicht, diese Wechsel weiterzugeben, sofern die österreichische Regierung und die Österreichische Nationalbank ihre Verpflichtungen pünktlich und genau erfüllen.

7. Rechtsbestimmungen betreffend die Vermögenswerte:

- a) Alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte, die gemäß Paragraph 1, 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels Eigentum der Sowjetunion geworden sind, bleiben grundsätzlich unter österreichischer Staatshoheit und dementsprechend finden die österreichischen Gesetze auf sie Anwendung.
- b) Hinsichtlich Gebühren und Abgaben, Vorschriften für Handel, Gewerbe und Industrie und der Einhebung von Steuern, unterliegen diese Vermögenswerte nicht weniger günstigen Bestimmungen als jenen, die auf Unternehmungen Anwendung finden oder Anwendung finden werden, die Österreich oder seinen Staatsangehörigen und auch anderen Staaten und Personen gehören, denen Meistbegünstigungsbehandlung gewährt wird.
- c) Alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte, die Eigentum der Sowjetunion geworden sind, sollen nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion enteignet werden.
- d) Österreich wird hinsichtlich der Ausfuhr von Gewinnen und anderen Einkommen (das sind Miet- oder Pachtzinse) in Form von Produkten oder irgendeiner erhaltenen frei konvertierbaren Währung keine Schwierigkeiten bereiten.
- e) Die der Sowjetunion übertragenen Rechte, Vermögensschaften und Interessen sowie die Rechte, Vermögensschaften und Interessen, welche die Sowjetunion Österreich überträgt, werden ohne Lasten oder Ansprüche seitens der Sowjetunion oder seitens Österreichs übertragen. Unter den Ausdrücken „Lasten und Ansprüche“ sind nicht nur Gläubiger-Ansprüche zu verstehen, die sich aus der Ausübung der Alliierten Kontrolle über diese Vermögensschaften, Rechte und Interessen nach dem 8. Mai 1945 ergeben, sondern auch alle anderen Ansprüche einschließlich Ansprüchen hinsichtlich Steuern. Der gegenseitige Verzicht der Sowjetunion und Österreichs auf Lasten und Ansprüche bezieht sich auf alle Lasten und Ansprüche, die im Zeitpunkt bestehen, in dem Österreich die Rechte der Sowjetunion auf die ihr übertragenen deutschen Vermögenswerte formell einträgt, und die im Zeitpunkt der tatsächlichen Übertragung der von der Sowjetunion überlassenen Vermögenswerte an Österreich bestehen.

8. Die Übertragung aller in Paragraph 6 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen auf Österreich sowie die formelle Eintragung der Rechte der Sowjetunion auf die zu übertragenden deutschen Vermögenswerte wird innerhalb von zwei

Monaten vom Tag des Inkrafttretens dieses Vertrages durchgeführt.

9. Die Sowjetunion erhält desgleichen das Eigentum an den Vermögensschaften, Rechten und Interessen hinsichtlich aller Vermögenswerte, die zum Betrieb der in den nachstehenden Listen 1, 2, 3, 4 und 5 aufgezählten Vermögensschaften von sowjetischen Organisationen seit dem 8. Mai 1945 geschaffen oder käuflich erworben wurden, wo immer sie im östlichen Österreich gelegen sein mögen.

Die in den Absätzen a, b, c und d des Paragraph 7 dieses Artikels angeführten Bestimmungen finden auf diese Vermögenswerte entsprechend Anwendung.

10. Meinungsverschiedenheiten, die sich hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Artikels ergeben, sind im Wege von zweiseitigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien beizulegen.

Im Falle, daß eine Einigung im Wege von zweiseitigen Verhandlungen zwischen den Regierungen der Sowjetunion und Österreichs innerhalb von drei Monaten nicht erreicht wird, werden Meinungsverschiedenheiten zwecks Beilegung einer Schiedskommission überwiesen, die aus einem Vertreter der Sowjetunion, einem Vertreter Österreichs und zusätzlich einem dritten Mitglied besteht, das Staatsangehöriger eines dritten Landes ist und auf Grund einer Einigung zwischen den beiden Regierungen ausgewählt wird.

11. Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich übertragen hiemit Österreich alle Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die von ihnen oder in ihrem Namen in Österreich als ehemalige deutsche Vermögenswerte oder Kriegsbeute innegehabt oder beansprucht werden.

Die Österreich gemäß diesem Paragraphen übertragenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen gehen seitens des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika oder Frankreichs frei von allen Lasten oder Ansprüchen, die sich aus der Ausübung ihrer Kontrolle dieser Vermögensschaften, Rechte oder Interessen nach dem 8. Mai 1945 ergeben, auf Österreich über.

12. Nach Erfüllung aller Verpflichtungen, die in den Bestimmungen des vorliegenden Artikels festgesetzt oder aus solchen Bestimmungen abgeleitet werden, durch Österreich sind die Ansprüche der Alliierten und Assoziierten Mächte hinsichtlich ehemaliger deutscher Vermögenswerte in Österreich, die sich auf die Beschlüsse der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 gründen, als voll befriedigt anzusehen.

13. Österreich verpflichtet sich, mit Ausnahme der erzieherischen, kulturellen, caritativen und religiösen Zwecken dienenden Vermögensschaften

keine der ihm als ehemalige deutsche Vermögenswerte übertragenen Vermögensschaften, Rechte und Interessen in das Eigentum deutscher juristischer Personen oder — sofern der Wert der Vermögensschaften, Rechte oder Interessen 260.000 Schillinge übersteigt — in das Eigentum deutscher physischer Personen zu übertragen. Österreich verpflichtet sich ferner, diejenigen in den Listen 1 und 2 dieses Artikels erwähnten Rechte und Vermögensschaften, welche von der Sowjetunion gemäß dem österreichisch-sowjetischen Memorandum vom 15. April 1955 an Österreich übertragen werden, nicht in ausländisches Eigentum zu übertragen.

14. Die Vorschriften dieses Artikels unterliegen den Bestimmungen des Annexes II dieses Vertrages.

Liste Nr. 1

Ölfelder im östlichen Österreich, an denen der Sowjetunion Konzessionen eingeräumt werden sollen

Laufende Nr.	Name des Ölfeldes	Name der Gesellschaft
1	Mühlberg	ITAG
2	St. Ulrich — D. E. A.	D. E. A.
3	St. Ulrich — Niederdonau	Niederdonau
4	Gösting — Kreuzfeld — Pionier 50% der Produktion	E. P. G.

Bemerkung: A. Die gesamten Vermögensschaften der oben aufgezählten Ölfelder werden der

Sowjetunion übertragen einschließlich aller ergebigen wie auch unergiebigem Bohrlöcher mit ihrer gesamten Obertags- und Untertagsausrüstung, dem Ölsammelsystem, Einrichtungen und Ausrüstung für Bohrungen, Kompressor- und Pumpstationen, mechanischen Werkstätten, Benzinanlagen, Dampfkesselanlagen, Elektrizitätswerke und Unterstationen mit Leitungssystem, den Bohrleitungen, Wasserversorgungsanlagen und Wasserleitungs-Hauptrohren, elektrischem Leitungssystem, Dampfleitungen, Gas-hauptleitungen, Werkstraßen in den Ölfeldern, Zufahrtsstraßen, Telephonleitungen, Feuerlösch-ausrüstung, den Motorfahrzeugen und Traktoren-parks, die zu den Ölfeldern gehörenden Dienst- und Wohnräume und andere Vermögensschaften, die mit der Ausbeutung der oben aufgezählten Ölfelder im Zusammenhang stehen.

B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben erwähnten Produktionsfelder werden der Sowjetunion in dem Ausmaße übertragen, in dem eine natürliche oder juristische Person, welche Eigentümer dieser Felder war, sie ausbeutete oder an ihrer Ausbeutung teilnahm, Rechte, Titel oder Interessen an den besagten Vermögensschaften besaß.

In Fällen, in denen eine der Vermögensschaften gepachtet war, wird die in den Pachtverträgen vorgesehene Pachtdauer vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrags an berechnet und die Pachtverträge können nicht ohne die Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 2

Konzessionen auf Ölschurfgebiete im östlichen Österreich, die der Sowjetunion übertragen werden sollen

Lfd. Nr.	Name der Konzession	Name der Gesellschaft	Flächenausmaß des der UdSSR zu überlassenden Gebietes in Hektar
1	Neusiedlersee	Elverat	122.480
2	Leithagebirge	Kohle Öl Union	52.700
3	Groß-Enzersdorf (einschließlich des Aderklaa-Feldes)	Niederdonau	175.000
4	Hauskirchen (einschließlich des Altlichtenwarth-Feldes)	ITAG	4.800
5	St. Ulrich	D. E. A.	740
6	Schrattenberg	Kohle Öl Union	3.940
7	Großkrut	Wintershall	8.000
8	Mistelbach	Preussag	6.400
9	Paasdorf (50 % des Gebiets)	E. P. G.	3.650

Lfd. Nr.	Name der Konzession	Name der Gesellschaft	Flächenausmaß des der UdSSR zu überlassenden Gebietes in Hektar
10	Steinberg	Steinberg Naphta	100
11	Hausbrunn	D. E. A.	350
12	Drasenhofen (Gebiet auf österr. Staatsgebiet)	Kohle Öl Union	8.060
13	Ameis	Preussag	7.080
14	Siebenhirten	Elverat	5.000
15	Leis	ITAG	14.800
16	Korneuburg	Ritz	30.000
17	Klosterneuburg (50% des Gebiets)	E. P. G.	7.900
18	Oberlaa	Preussag	51.400
19	Enzersdorf	Deutag	25.800
20	Odenburger Pforte	Kohle Öl Union	55.410
21	Tulln	Donau Öl	38.070
22	Kilb (50% des Gebiets)	E. P. G.	18.220
23	Pullendorf	Kohle Öl Union	60.700
24	Nordsteiermark (50% des Gebiets in der Sowjetzone)	E. P. G.	55.650
25	Mittelsteiermark (Gebiet in der Sowjetzone)	Wintershall	9.840
26	Gösting (50% des Gebiets)	E. P. G.	250
Totalsumme ...		26 Konzessionen	766.340

Bemerkung zu Liste Nr. 2

A. Die gesamten Vermögensschaften der oben angeführten Olschurfgebiete werden der Sowjetunion übertragen.

B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben angeführten Olschurfgebiete werden der Sowjetunion in dem Ausmaß übertragen, in dem jede natürliche oder juristische Person, welche Eigentümerin dieser Olschurfgebiete war oder sie ausgebeutet hat oder an ihrer Ausbeutung beteiligt war, an den besagten Vermögensschaften, Rechte, Titel oder Interessen hatte.

In Fällen, in denen irgendein Eigentum gepachtet war, werden die Pachtfristen, wie sie in den Pachtverträgen vorgesehen sind, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages an gerechnet, und die Pachtverträge können nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 3

Oltraffinerien im östlichen Österreich, deren Eigentumsrechte der Sowjetunion übertragen werden sollen

Lfd. Nr.	Name der Raffinerie	Jahresproduktionskapazität in 1000 Tonnen Rohöl im Jahre 1947
1	Lobau	240'0
2	Nova	120'0
3	Korneuburg	60'0
4	Okeros (Wiederveredlung)	—
5	Oltraffinerie „Moosbierbaum“ ausschließlich der Ausrüstung, welche Frankreich gehört und der Rückstellung unterliegt	—
Totalsumme ...		420'0

Bemerkung zu Liste Nr. 3

A. Die Raffinerien werden mit ihren Vermögensschaften übertragen einschließlich technologischer Anlagen, Elektrizitätswerke, Dampfkesselanlagen, mechanischer Werkstätten, Ausrüstung für die Öldepsots und Lageranlagen, Laderampen und Flußanlageplätzen, Rohrleitungen einschließlich der Rohrleitung Lobau—Zistersdorf, Straßen, Zufahrtsstraßen, Dienst- und Wohnräumen, Feuerlöschausrüstung usw.

B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben angeführten Ölraffinerien werden der Sowjetunion in dem Ausmaß übertragen, in dem jede natürliche oder juristische Person, welche Eigentümerin dieser Ölraffinerien war oder sie ausgebeutet hat oder an ihrer Ausbeutung beteiligt war, an den besagten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte.

In Fällen, in denen irgendein Eigentum gepachtet war, werden die Pachtfristen, wie sie in den Pachtverträgen vorgesehen sind, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages an gerechnet und die Pachtverträge können nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 4

Unternehmungen im östlichen Österreich, die mit der Verteilung von Ölprodukten befaßt sind und die in das Eigentum der Sowjetunion übertragen werden sollen

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens
1	Deutsche Gasolin A. G., Verteilungsstelle in Österreich, G. m. b. H.
2	„A. G. der Kohlenwerkstoffverbände Bochum; Gruppe Benzin-Benzol-Verband“ — Zweigstelle in Österreich, einschließlich des ihr gehörenden Öllagers am Praterspitz
3	„Nova“ Mineral Öl Vertrieb Gesellschaft m. b. H.
4	„Donau-Oel G. m. b. H.“
5	„Nitag“ mit Öllager am Praterspitz
6	Die mit der Gasverteilung beschäftigten Firmen „Erdgas G. m. b. H.“, „Fern Gas A. G.“, „Zaya Gas G. m. b. H.“, „Reintal Gas G. m. b. H.“ und „B. V. Methan G. m. b. H.“
7	Öllager „Praterspitz Winter Hafen“ und „Mauthausen“

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens
8	„Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft m. b. H.“ (W. I. F. O.), Öllager in der Lobau und Grundstücke
9	Rohrleitung Lobau (Österreich)-Raudnitz (Tschechoslowakei) auf dem Abschnitt von der Lobau bis zur tschechoslowakischen Grenze

Bemerkung zu Liste Nr. 4

A. Die Unternehmungen werden der Sowjetunion vollständig mit ihren gesamten im östlichen Österreich gelegenen Vermögensschaften übertragen, einschließlich von Öllagern, Rohrleitungen, Verteilungspumpen, Lade- und Entladerampen, Flußanlageplätzen, Straßen, Zufahrtsstraßen usw.

Außerdem werden der Sowjetunion die Eigentumsrechte über den gesamten Park der sich jetzt im Besitz sowjetischer Organisationen befindlichen Eisenbahnkesselwagen übertragen.

B. Das Eigentumsrecht und Pachtrechte an den gesamten Vermögensschaften der oben angeführten, im östlichen Österreich gelegenen Unternehmungen, die mit der Verteilung von Ölprodukten befaßt sind, werden der Sowjetunion in dem Ausmaß übertragen, in dem jede natürliche oder juristische Person, welche Eigentümerin dieser Unternehmungen war oder sie ausgebeutet hat oder an ihrer Ausbeutung beteiligt war, an den besagten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte.

In Fällen, in denen irgendein Eigentum gepachtet war, werden die Pachtfristen, wie sie in den Pachtverträgen vorgesehen sind, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages an gerechnet und die Pachtverträge können nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion beendet werden.

Liste Nr. 5

Vermögenswerte der DDSG im östlichen Österreich, die der Sowjetunion übertragen werden sollen

I. Schiffswerft in der Stadt Korneuburg

Die Eigentumsrechte an der Schiffswerft in der Stadt Korneuburg, die auf dem linken Ufer der Donau bei Kilometer 1943 gelegen ist und auf beiden Seiten des alten Donaubettes Grundstücke umfaßt, mit einer Gesamtfläche von 220.770 Quadratmetern, werden der Sowjetunion übertragen. Die Kaianlage beträgt

61.300 Quadratmeter und die Ankerplatzanlage 177 Meter.

Weiters werden der Sowjetunion Pachtrechte auf Schiffswerftgebiet von 2946 Quadratmetern übertragen.

Die Eigentumsrechte und andere Rechte auf die gesamten Vermögensschaften der Schiffswerft bis zu dem Ausmaß, in dem die DDSG an den erwähnten Vermögensschaften Rechte, Titel oder Interessen hatte, einschließlich aller Grundstücke, Gebäude, Werften und Hellinge, schwimmender Geräte, Werkstätten, Gebäude und Räume, Kraftstationen und Transformatorunterstationen, Eisenbahnnebengeleise, Transportausrüstung, technologischer und Betriebsausrüstung, Werkzeuge und Lagerbestände, Verkehrsanlagen und aller gemeinnützigen Anlagen, Wohngebäude und Baracken sowie alles übrige Eigentum, das zur Schiffswerft gehört, werden der Sowjetunion übertragen.

II. Gebiete des Hafens der Stadt Wien

a) Erstes Gebiet (Nordbahnbrücke)

1. Das Hafengebiet von Kilometerpunkt 1931, 347'35 entlang des Laufes der Donau bis Kilometerpunkt 1931, 211'65 einschließlich des „Donausandwerkplatz“-Gebietes, und von Kilometerpunkt 1931, 176'90 bis Kilometerpunkt 1930, 439'35 entlang des Laufes der Donau, einschließlich der Gebiete „Nordbahnbrücke“ und „Zwischenbrücke“, die sich entlang der Kaiseite auf eine Gesamtdistanz von 873'2 Meter und mit einer durchschnittlichen Breite von etwa 70 Meter erstrecken.

b) Zweites Gebiet (Nordbännlände)

2. Das Hafengebiet von Kilometerpunkt 1929, 803'00 bis Kilometerpunkt 1929, 618'00 entlang des Laufes der Donau, das sich entlang der Kaiseite auf eine Distanz von 185'00 Meter und mit einer durchschnittlichen Breite von etwa 15 Meter erstreckt, mit den beiden anliegenden Eisenbahnen und auch dem Stück des „Kommunalbäder“-Gebietes.

c) Drittes Gebiet (Praterkai)

Das Hafengebiet von Kilometerpunkt 1928, 858'90 bis Kilometerpunkt 1927, 695'30 entlang des Laufes der Donau auf eine Distanz von 1163'60 Meter und einer durchschnittlichen Breite von etwa 70 Meter.

d) Viertes Gebiet

Das an Kilometerpunkt 1925, 664'7 der Donau auf dem Gebiet des von der Ungarischen Dampfschiffahrtsgesellschaft benützten Hafengebietes

angrenzende Hafengebiet bis Kilometerpunkt 1925, 529'30 auf dem von der Eisenbahn (Kaibahnhof) verwendeten Gebiet, welches sich entlang der Kaiseite auf eine Gesamtdistanz von 135'4 Meter und mit einer durchschnittlichen Breite von etwa 70 Meter erstreckt.

Die vier aufgezählten Gebiete des Hafens werden mit den gesamten wasserbaulichen Konstruktionen, Lagerhäusern, Magazinen, Schuppen, der Schiffsstation, dem technischen Dienst und den Wohnhäusern, Hilfsgebäuden und Hilfsanlagen, der mechanischen Lade- und Entladeausrüstung und den mechanischen Einrichtungen, den Reparaturwerkstätten mit Ausrüstung, Transformatorunterstationen und der elektrischen Ausrüstung, den Verkehrsanlagen und gemeinnützigen Anlagen, den gesamten Straßen- und Transportanlagen und ebenso mit den gesamten Vermögensschaften und dem gesamten Lagerbestand übertragen.

III. Vermögensschaften und Anlagen der Agentien, der Flußstationen und Lagerhäuser

Lfd. Nr.	Name
	Niederranna
1	Agentie- und Lagerhaus-Gebäude
	Obermühl
2	Agentie- und Lagerhaus-Gebäude
3	Grundstück von 536 Quadratmetern
	Neuhaus
4	Warteraum
	Mauthausen
5	Agentie-Gebäude
	Wallsee
6	Agentie-Gebäude
7	Lagerhaus
	Grein
8	Agentie- und Lagerhaus-Gebäude
	Sarmingstein
9	Agentie-Gebäude
	Ybbs
10	Agentie-Gebäude
	Pöchlarn
11	Wohnräume
12	Agentie-Gebäude
13	Grundstück von 1598 Quadratmetern
	Melk
14	Lagerhaus (in der Stadt)
15	Warteraum und Büro
16	Lagerhaus

Lfd. Nr.	Name
	Schönbühel
17	Warteraum
	Aggsbach Dorf
18	Agentie-Gebäude
19	Lagerhaus
	Spitz
20	Agentie-Gebäude
21	Lagerhaus
22	Grundstück von 1355 Quadratmetern
	Weißkirchen
23	Büro und Warteraum
24	Lagerhaus
25	Grundstück von 516 Quadratmetern
	Dürnstein
26	Agentie-Gebäude
	Stein
27	Wohnstätten
28	Warteraum und Lagerhausgebäude
29	Grundstück entlang dem Haus
	Krems
30	Agentie-Gebäude
	Hollenburg
31	Warteraum
	Tulln
32	Agentie-Gebäude
	Greifenstein
33	Schuppen
	Korneuburg
34	Warteraum und Fahrkartenschalter-Gebäude
	Hainburg
35	Wohnräume
36	Agentie-Gebäude
37	Lagerhaus
38	Grundstück von 754 Quadratmetern
	Arnsdorf
39	Agentie-Gebäude
	Landungsstellen
40	Melkstrom
41	Ispeldorf
42	Marbach
43	Weitenegg
44	Deutsch-Altenburg
45	Zwentendorf
46	Kritzendorf

Die in Abschnitt III aufgezählten Vermögensschaften werden mit der gesamten Ausrüstung und dem gesamten Lagerbestand übertragen.

IV. Eigentum in der Stadt Wien

1. Wohnhaus Erzherzog-Karl-Platz 11 (früher Hausnummer 6), 2. Bezirk, das auf seinem eigenen Grund steht.

2. Eigentum an Grund und Gebäude, Handelskai 204, 2. Bezirk.

3. Eigentum an Baugrundstücken in der Wehlstraße, 2. Bezirk, Katastralregister Nr. 1660, 1661, 1662.

4. Das gepachtete Grundstück Handelskai Nr. 286, 2. Bezirk.

Die erwähnten in Abschnitt IV aufgezählten Vermögensschaften werden mit der gesamten Ausrüstung und dem gesamten Inventar übertragen.

Bemerkung zu den Abschnitten II, III und IV

Der Grund, der von dem in Abschnitt II der vorliegenden Liste erwähnten Hafengebiet und ebenso von den in Abschnitt III und IV der vorliegenden Liste aufgezählten Agentiegebäuden, Stromstationen, Lagerhäusern und anderen Gebäuden eingenommen wird, und alle in den Abschnitten II, III und IV angeführten Vermögensschaften sind der Sowjetunion unter denselben gesetzlichen Bedingungen zu übertragen, unter denen die DDSG diesen Grund und die anderen Vermögensschaften innegehabt hat, mit der Maßgabe, daß am 8. Mai 1945 im Eigentum der DDSG gestandener Grund in das Eigentum der UdSSR übergeht.

In Fällen, in denen Vereinbarungen, die die gesetzliche Grundlage für die Übertragung von Gründen an die DDSG herstellten, nicht die Übertragung der Eigentumsrechte an diesen Gründen an die DDSG vorsahen, wird die österreichische Regierung verpflichtet, die Übertragung der von der DDSG durch solche Vereinbarungen erworbenen Rechte an die UdSSR zu verbüchern und die Gültigkeit dieser Vereinbarungen für eine unbestimmte Zeitdauer unter dem Vorbehalt zu verlängern, daß in der Zukunft die Gültigkeit solcher Vereinbarungen nicht ohne die Zustimmung der Regierung der UdSSR widerrufen wird.

Das Ausmaß der Verpflichtungen der Sowjetunion hinsichtlich dieser Vereinbarungen ist durch ein Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der österreichischen Regierung festzusetzen. Diese Verpflichtungen sollen nicht die Verpflichtungen überschreiten, die von der DDSG in Übereinstimmung mit den vor dem 8. Mai 1945 abgeschlossenen Vereinbarungen eingegangen worden waren.

V. Im östlichen Österreich gelegene und der DDSG gehörige Schiffe, die der UdSSR zu übertragen sind

Nr.	Schiffstyp	Gegenwärtiger Name	Früherer Name	Leistung in PS	Ladefähigkeit
1	Schlepper	„Vladivostok“	„Persenbeug“	1000	—
2	Schlepper	„Cronstadt“	„Bremen“	800	—
3	Passagierdampfer	„Caucasus“	„Helios“	1100	—
4	Tankkahn	104	„DDSG-09714“	—	967
5	Tankkahn	144	„DDSG-09756“	—	974
6	Tankkahn	161	„DDSG-05602“	—	548
7	Tankkahn	09765	„DDSG-09765“	—	952
8	Tankkahn	29	„DDSG-XXIX“	—	1030
9	Schleppkahn	22	(wird nach Vollendung übernommen)	—	972
10	Schleppkahn	23	(wird nach Vollendung übernommen)	—	972
11	Schleppkahn	EL-72	„DDSG-EL-72“	—	180
12	Schleppkahn	654	„DDSG-67277“	—	669
13	Schleppkahn	689	„DDSG-6566“	—	657
14	Schleppkahn	1058	„DDSG-1058“	—	950
15	Schleppkahn	5016	„DDSG-5016“	—	520
16	Schleppkahn	5713	„DDSG-5713“	—	576
17	Schleppkahn	5728	„DDSG-5728“	—	602
18	Schleppkahn	6746	„DDSG-6746“	—	670
19	Schleppkahn	65204	„DDSG-65204“	—	650
20	Schleppkahn	67173	„DDSG-67173“	—	670
21	Schleppkahn	10031	„DDSG-10031“	—	942
22	Schleppkahn	5015	„DDSG-5015“	—	511
23	Schleppkahn	6525	„DDSG-6525“	—	682
24	Schleppkahn	67266	„DDSG-67266“	—	680
25	Leichter	304	„Johanna“	—	30
26	Leichter	411	„V-238“	—	40
27	Rohrponton	„RP-IV“	„RP-IV“	—	—
28	Rohrponton	„RP-VI“	„DDSG-RP-VI“	—	—
29	Rohrponton	„RP-XX“	„DDSG-RP-XX“	—	—
30	Landungsbrücke	„EP-97“	„DDSG-EP-9721“	—	—
31	Ponton	„EP-120“	„DDSG-EP-120“	—	—
32	Leichter ohne Deck	„Trauner“	„Trauner“	—	—
33	Schwimmkran	P-1	(namenlos)	—	—
34	Schwimmkran	P-2	„DDSG-21“	—	—
35	Ponton	Pt-7	—	—	—
36	Ponton	Pt-8	—	—	—

Artikel 23.

Osterreichisches Vermögen in Deutschland und Verzicht Österreichs auf Forderungen gegenüber Deutschland

1. Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages ist das in Deutschland befindliche Vermögen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger einschließlich von Vermögen, das nach dem 12. März 1938 gewaltsam aus dem österreichischen Staatsgebiet nach Deutschland verbracht worden ist, seinen Eigentümern wieder zurückzugeben. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf das Eigentum von Kriegsverbrechern oder Personen, die den Strafbestimmungen der Entnazifizierungsmaßnahmen unterliegen; solches Vermögen wird der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellt, sofern es nicht gemäß den in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 in Kraft stehenden Gesetzen oder Verordnungen blockiert oder konfisziert wurde.

2. Die Wiederherstellung österreichischer Vermögensrechte in Deutschland ist im Einklang mit Maßnahmen durchzuführen, die durch die Besatzungsmächte in Deutschland in ihren Besatzungszonen festgelegt werden.

3. Unbeschadet dieser und aller anderen zugunsten Österreichs und österreichischer Staatsangehöriger getroffenen Verfügungen der Besatzungsmächte in Deutschland verzichtet Österreich, unbeschadet der Giltigkeit bereits getroffener Regelungen, im eigenen Namen und im Namen der österreichischen Staatsangehörigen auf alle am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige, mit Ausnahme jener, die aus Verträgen und anderen Verpflichtungen stammen, die vor dem 13. März 1938 eingegangen wurden sowie der vor dem 13. März 1938 erworbenen Rechte. Dieser Verzicht umfaßt alle Forderungen hinsichtlich der während der Zeit der Annexion Österreichs durch Deutschland durchgeführten Transaktionen und alle Forderungen hinsichtlich der während dieses Zeitraumes erlittenen Verluste oder Schäden, insbesondere hinsichtlich der im Besitz der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger befindlichen öffentlichen deutschen Schulden und der Zahlungsmittel, die zur Zeit der Geldkonversion eingezogen wurden. Solche Zahlungsmittel sind bei Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages zu vernichten.

Artikel 24.

Verzicht Österreichs auf Ansprüche gegen die Alliierten

1. Österreich verzichtet im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer

Staatsangehöriger auf alle Ansprüche irgendwelcher Art gegen die Alliierten und Assoziierten Mächte, soweit sich solche Ansprüche unmittelbar aus dem Krieg in Europa nach dem 1. September 1939 oder aus Maßnahmen, die infolge des Kriegszustandes in Europa nach diesem Datum ergriffen wurden, ergeben, gleichgültig, ob sich die Alliierte oder Assoziierte Macht zu jenem Zeitpunkt mit Deutschland im Krieg befand oder nicht. Dieser Verzicht umfaßt folgende Ansprüche:

- a) Ansprüche für Verluste oder Schäden, die infolge von Handlungen der Streitkräfte oder Behörden Alliiertener oder Assoziierter Mächte erlitten wurden;
- b) Ansprüche, die sich aus der Anwesenheit, aus Operationen oder Handlungen von Streitkräften oder Behörden Alliiertener oder Assoziierter Mächte auf österreichischem Staatsgebiet ergeben;
- c) Ansprüche hinsichtlich der Entscheidungen oder Anordnungen von Prisengerichten der Alliierten oder Assoziierten Mächte, wobei Österreich damit einverstanden ist, alle Entscheidungen und Anordnungen solcher Prisengerichte, die vom 1. September 1939 an ergangen sind und sich auf österreichischen Staatsbürgern gehörige Schiffe oder Güter oder auf die Bezahlung von Kosten beziehen, als gültig und bindend anzuerkennen;
- d) Ansprüche, die sich aus der Ausübung oder vermeintlichen Ausübung von Rechten der Kriegsführenden ergeben.

2. Die Bestimmungen dieses Artikels schließen vollständig und endgültig alle Ansprüche der hierin angeführten Natur aus, die von nun an erloschen sein sollen, welche Vertragsteile auch immer ein Interesse daran haben mögen. Die österreichische Regierung stimmt zu, eine billige Entschädigung in Schillingen den Personen zu leisten, die den Streitkräften der Alliierten oder Assoziierten Mächte im österreichischen Staatsgebiet auf Grund von Requisition Güter geliefert oder Dienste geleistet haben und ebenso eine Entschädigung zur Befriedigung von Ansprüchen aus Nichtkampfschäden gegen die Streitkräfte der Alliierten oder Assoziierten Mächte, die auf österreichischem Staatsgebiet entstanden sind.

3. Desgleichen verzichtet Österreich im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger auf alle Ansprüche der in Paragraph 1 dieses Artikels bezeichneten Art gegen jede Vereinte Nation, deren diplomatische Beziehungen mit Deutschland zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. Jänner 1945 abgebrochen waren und die mit den Alliierten oder Assoziierten Mächten aktiv zusammengearbeitet hat.

4. Die österreichische Regierung wird für alliiertes Militärgeld im Nennwert von fünf

Schilling und darunter, das in Österreich von alliierten Militärbehörden ausgegeben wurde, einschließlich jenes Geldes, das sich beim Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages im Umlauf befindet, die volle Einlösepflicht übernehmen. Von den alliierten Militärbehörden ausgegebene Notizen im Nennwert von mehr als fünf Schilling werden vernichtet und Ansprüche in diesem Zusammenhang können gegen keine der Alliierten und Assoziierten Mächte erhoben werden.

5. Der Verzicht auf Ansprüche durch Österreich nach Paragraph 1 dieses Artikels umfaßt alle Ansprüche, die sich aus Maßnahmen ergeben, die von irgendeiner Alliierten oder Assoziierten Macht hinsichtlich solcher Schiffe ergriffen wurden, die österreichischen Staatsangehörigen im Zeitraum zwischen dem 1. September 1939 und dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages gehörten, und ebenso alle Ansprüche und Schulden, die sich aus jetzt in Kraft befindlichen Abkommen über Kriegsgefangene ergeben.

Teil V

Eigentum, Rechte und Interessen

Artikel 25.

Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich

1. Soweit Österreich dies nicht schon durchgeführt hat, wird es alle den Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen gehörenden gesetzlichen Rechte und Interessen in Österreich wiederherstellen, wie sie an dem Tag bestanden, an dem die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation begannen, und wird alles Vermögen der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen in Österreich zurückgeben, wie es jetzt vorhanden ist.

2. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, alle unter diesen Artikel fallenden Vermögensschaften, Rechte und Interessen frei von allen Belastungen und Kosten jeder Art wiederherzustellen, denen sie als Folge des Krieges mit Deutschland unterworfen sein mögen, und ohne Auferlegung irgendwelcher Kosten durch die österreichische Regierung aus Anlaß ihrer Rückgabe. Die österreichische Regierung wird alle Maßnahmen der Beschlagnahme, Sequestrierung oder Kontrolle für nichtig erklären, die gegen Vermögen von Vereinten Nationen in Österreich in der Zeit zwischen dem Tag des Beginns der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation und dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages ergriffen wurden. In Fällen, in denen das Eigentum nicht innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages zurückgegeben worden ist, ist die Anmeldung zwecks Rückgabe des Eigentums bei den österreichischen Behörden spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages vorzunehmen, ausgenommen in

Fällen, in denen der Anspruchstellende beweisen kann, daß er innerhalb dieser Zeit seine Anmeldung nicht vornehmen konnte.

3. Die österreichische Regierung wird Übertragungen in bezug auf Staatsangehörigen der Vereinten Nationen gehörende Vermögensschaften, Rechte und Interessen jeder Art, für ungültig erklären, sofern solche Übertragungen durch von Regierungen der Achsenmächte oder deren Dienststellen in der Zeit zwischen dem Beginn der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation und dem 8. Mai 1945 ausgeübten Zwang zustande gekommen sind.

4. a) In Fällen, in denen die österreichische Regierung eine Entschädigung für Verluste leistet, die auf Grund einer während der deutschen Besetzung Österreichs oder während des Krieges erlittenen Verletzung oder einer Schädigung an Vermögen in Österreich entstanden sind, soll den Staatsangehörigen der Vereinten Nationen keine weniger vorteilhafte Behandlung eingeräumt werden, als österreichischen Staatsangehörigen gewährt wird; und in solchen Fällen sollen Staatsangehörige der Vereinten Nationen, die unmittelbar oder mittelbar Eigentumsinteressen an Gesellschaften oder Vereinigungen besitzen, die nicht Staatsangehörige der Vereinten Nationen im Sinne des Paragraphen 8 a dieses Artikels sind, eine Entschädigung erhalten, die unter Zugrundelegung des gesamten Verlustes oder Schadens, den diese Gesellschaften oder Vereinigungen erlitten haben, berechnet ist, und in jenem Verhältnis zu diesem Verlust oder Schaden steht, das der kapitalmäßigen Beteiligung eines solchen Staatsangehörigen an der Gesellschaft oder Vereinigung entspricht.

b) Die österreichische Regierung wird den Vereinten Nationen und deren Staatsangehörigen in der Zuteilung von Material für die Reparatur oder den Wiederaufbau ihres Eigentums in Österreich und in der Zuteilung von Devisen für die Einfuhr von solchem Material die gleiche Behandlung wie den österreichischen Staatsangehörigen gewähren.

5. Alle angemessenen Ausgaben, die in Österreich im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen, einschließlich der Kosten für die Festsetzung des Verlustes oder Schadens, erwachsen, werden von der österreichischen Regierung getragen.

6. Staatsangehörige der Vereinten Nationen und deren Vermögen sind von allen außerordentlichen Steuern, Abgaben und Auflagen befreit, mit denen ihre Kapitalwerte in Österreich durch die österreichische Regierung oder irgendeine österreichische Behörde zwischen dem Zeit-

punkt der Übergabe der deutschen Streitkräfte und dem Inkrafttreten dieses Vertrages zu dem besonderen Zwecke belastet worden sind, Ausgaben, die sich aus dem Kriege ergeben, oder die Kosten der Besatzungstruppen damit zu decken. Beträge, die aus diesem Titel bezahlt wurden, sind zurückzuerstatten.

7. An Stelle der Bestimmungen dieses Artikels können der Eigentümer des betreffenden Vermögens und die österreichische Regierung eine Vereinbarung treffen.

8. Die in diesem Artikel gebrauchten Ausdrücke:

a) „Staatsangehörige der Vereinten Nationen“ bedeuten physische Personen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages Staatsangehörige irgendeiner der Vereinten Nationen sind, oder Gesellschaften oder Vereinigungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages gemäß dem Recht irgendeiner der Vereinten Nationen errichtet worden sind, vorausgesetzt, daß diese physischen Personen, Gesellschaften oder Vereinigungen diesen Status auch am 8. Mai 1945 besessen haben.

Der Ausdruck „Staatsangehörige der Vereinten Nationen“ schließt auch alle physischen Personen, Gesellschaften und Vereinigungen ein, die gemäß den während des Krieges in Österreich geltenden Gesetzen als Feinde behandelt worden sind.

b) „Eigentümer“ bedeutet eine der Vereinten Nationen oder einen Staatsangehörigen einer der Vereinten Nationen im Sinne der Definition des oben angeführten Absatzes a), der einen Rechtsanspruch auf das in Frage stehende Vermögen hat, und umfaßt auch den Rechtsnachfolger des Eigentümers, vorausgesetzt, daß der Rechtsnachfolger gleichfalls eine Vereinte Nation oder ein Staatsangehöriger einer Vereinten Nation im Sinne der Definition des Absatzes a) ist. Wenn der Rechtsnachfolger das Vermögen in einem beschädigten Zustand erworben hat, behält der Übertragende seine Rechte auf Entschädigung gemäß diesem Artikel; Verpflichtungen nach Landesrecht zwischen dem Übertragenden und dem Erwerber werden hiedurch nicht berührt.

c) „Vermögen“ bedeutet alles bewegliche oder unbewegliche, materielle oder immaterielle Vermögen einschließlich gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums sowie alle Eigentumsrechte und -interessen jeder Art.

9. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Übertragung von Vermögen, Rechten und Interessen von Vereinten Nationen oder von Staatsangehörigen Vereinter

Nationen in Österreich, die in Übereinstimmung mit Gesetzen und Verordnungen erfolgte, die als österreichisches Recht am 28. Juni 1946 in Kraft waren.

10. Die österreichische Regierung anerkennt, daß das Abkommen von Brioni vom 10. August 1942 null und nichtig ist. Sie verpflichtet sich, mit den anderen Signataren des Abkommens von Rom vom 21. März 1923 an Verhandlungen teilzunehmen, die den Zweck verfolgen, in die Bestimmungen des Abkommens die nötigen Modifikationen einzufügen, um eine billige Regelung der darin vorgesehenen Annuitäten sicherzustellen.

Artikel 26.

Vermögenschaften, Rechte und Interessen von Minderheitsgruppen in Österreich

1. Soweit solche Maßnahmen noch nicht getroffen worden sind, verpflichtet sich Österreich in allen Fällen, in denen Vermögenschaften, gesetzliche Rechte oder Interessen in Österreich seit dem 13. März 1938 wegen der rassischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers Gegenstand gewaltsamer Übertragung oder von Maßnahmen der Sequestrierung, Konfiskation oder Kontrolle gewesen sind, das angeführte Vermögen zurückzugeben und diese gesetzlichen Rechte und Interessen mit allem Zubehör wiederherzustellen. Wo eine Rückgabe oder Wiederherstellung nicht möglich ist, wird für auf Grund solcher Maßnahmen erlittene Verluste eine Entschädigung in einem Ausmaß gewährt, wie sie bei Kriegsschäden österreichischen Staatsangehörigen jetzt oder späterhin generell gegeben wird.

2. Österreich stimmt zu, alle Vermögenschaften, gesetzlichen Rechte und Interessen in Österreich, die Personen, Organisationen oder Gemeinschaften gehören, die einzeln oder als Mitglieder von Gruppen rassischen, religiösen oder anderen Naziverfolgungsmaßnahmen unterworfen worden sind, unter seine Kontrolle zu nehmen, wenn, falls es sich um Personen handelt, diese Vermögenschaften, Rechte und Interessen ohne Erben bleiben oder durch sechs Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages nicht beansprucht werden oder wenn, falls es sich um Organisationen und Gemeinschaften handelt, diese Organisationen und Gemeinschaften aufgehört haben zu bestehen. Österreich soll diese Vermögenschaften, Rechte und Interessen geeigneten, von den vier Missionschefs in Wien im Wege von Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung zu bestimmenden Dienststellen oder Organisationen übertragen, damit sie für Hilfe und Unterstützung von Opfern der Verfolgung durch die Achsenmächte und für Wiedergutmachung an solche verwendet werden; diese Bestimmungen sind dahin zu verstehen, daß sie von Österreich keine Zahlungen in fremder

Währung oder andere Überweisungen an fremde Länder erfordern, die eine Belastung der österreichischen Wirtschaft darstellen würden. Diese Übertragung wird innerhalb von achtzehn Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages durchgeführt werden und Vermögensschaften, Rechte und Interessen, deren Wiederherstellung in Paragraph 1 dieses Artikels verlangt wird, einschließen.

Artikel 27.

Österreichisches Vermögen im Gebiete der Alliierten und Assoziierten Mächte

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären ihre Absicht, österreichische Vermögensschaften, Rechte und Interessen, so wie sie sich derzeit in ihren Gebieten vorfinden, zurückzustellen oder, soweit solche Vermögensschaften, Rechte und Interessen einer Liquidierungs-, Verwendungs- oder sonstigen Verwertungsmaßnahme unterzogen worden sind, den Erlös, der sich aus der Liquidierung, Verwendung oder Verwertung solcher Vermögensschaften, Rechte und Interessen ergeben hat, abzüglich der aufgelaufenen Gebühren, Verwaltungsausgaben, Gläubigerforderungen und anderen ähnlichen Lasten auszufolgen. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind bereit, zu diesem Behufe Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung abzuschließen.

2. Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen wird der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien das Recht eingeräumt, österreichische Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages auf jugoslawischem Gebiet befinden, zu beschlagnahmen, zurückzubehalten oder zu liquidieren. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, österreichische Staatsangehörige, deren Vermögen auf Grund dieses Paragraphen herangezogen wird, zu entschädigen.

Artikel 28.

Schulden

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte anerkennen, daß Zinszahlungen und ähnliche Auflagen, die österreichische Staatspapiere belasten und nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig wurden, einen Anspruch gegen Deutschland und nicht gegen Österreich darstellen.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären ihre Absicht, von den Bestimmungen von Anleiheabkommen, die von der österreichischen Regierung vor dem 13. März 1938 abgeschlossen wurden, keinen Gebrauch zu machen, insoweit diese Bestimmungen den Gläubigern ein Kon-

trollrecht über die österreichischen Staatsfinanzen einräumen.

3. Das Bestehen des Kriegszustandes zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Deutschland berührt an sich nicht die Verpflichtung zur Bezahlung von Geldschulden, die entweder aus vor Bestehen des Kriegszustandes stammenden Verpflichtungen und Verträgen hervorgehen oder aus Rechten hervorgehen, die vor Bestehen des Kriegszustandes erworben wurden, soweit diese Schulden vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages fällig geworden sind und die der Regierung oder den Staatsangehörigen einer der Alliierten und Assoziierten Mächte gegen die Regierung oder Staatsangehörige Österreichs zustehen, oder die der Regierung oder Staatsangehörigen Österreichs gegen die Regierung oder Staatsangehörige einer der Alliierten und Assoziierten Mächte zustehen.

4. Soweit nicht in dem vorliegenden Vertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, ist darin nichts dahin auszulegen, daß dadurch das Schuldner-Gläubigerverhältnis beeinträchtigt wird, das sich aus Verträgen ergibt, die zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. September 1939 entweder von der österreichischen Regierung oder von Personen, die am 12. März 1938 österreichische Staatsangehörige waren, abgeschlossen worden sind.

Teil VI

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen

Artikel 29.

1. Bis zum Abschluß von Handelsverträgen oder -abkommen zwischen einzelnen der Vereinten Nationen und Österreich gewährt die österreichische Regierung während eines Zeitraumes von achtzehn Monaten vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages jeder der Vereinten Nationen, die Österreich tatsächlich in reziproker Weise eine gleichartige Behandlung in analogen Angelegenheiten einräumt, folgende Behandlung:

- a) In allem, was Abgaben und Lasten auf die Ein- oder Ausfuhr, die innerstaatliche Besteuerung eingeführter Waren und sämtliche einschlägigen Regelungen betrifft, wird den Vereinten Nationen die bedingungslose Meistbegünstigung gewährt.
- b) In jeder anderen Hinsicht wird Österreich Güter, die aus dem Gebiet einer der Vereinten Nationen stammen oder für deren Gebiet bestimmt sind, im Verhältnis zu den gleichen Gütern, die aus dem Gebiet einer anderen der Vereinten Nationen oder irgendeinem anderen fremden Lande stammen oder dorthin bestimmt sind, nicht willkürlich diskriminierend behandeln.

- c) Staatsangehörigen der Vereinten Nationen, einschließlich juristischer Personen, wird in allen Angelegenheiten, die Handel, Industrie, Schifffahrt und andere Formen der Geschäftstätigkeit innerhalb Österreichs betreffen, die gleiche Behandlung wie den Inländern und der meistbegünstigten Nation gewährt. Diese Bestimmungen finden auf die Handelsluftfahrt keine Anwendung.
- d) Österreich gewährt keinem Land für den Betrieb von Handelsflugzeugen im internationalen Verkehr ausschließliche oder präferenzielle Rechte, es bietet allen Vereinten Nationen gleiche Möglichkeiten, internationale Handelsluftfahrtsrechte auf österreichischem Staatsgebiet zu erwerben, einschließlich des Rechtes der Landung zur Brennstoffaufnahme und Reparatur, und gewährt hinsichtlich des Betriebes von Handelsflugzeugen im internationalen Verkehr allen Vereinten Nationen auf Grundlage der Gegenseitigkeit und nicht diskriminierender Behandlung das Recht, über österreichisches Gebiet zu fliegen ohne zu landen. Diese Bestimmungen dürfen die Interessen der österreichischen Landesverteidigung nicht beeinträchtigen.
2. Es besteht Einverständnis darüber, daß die obigen Verpflichtungen Österreichs den Ausnahmen unterworfen sind, die üblicherweise in den vor dem 13. März 1938 von Österreich abgeschlossenen Handelsverträgen enthalten waren; die Bestimmungen bezüglich der von jeder der Vereinten Nationen gewährten Gegenseitigkeit sind gleichfalls mit jenen Ausnahmen zu verstehen, die üblicherweise in den von diesem Staat geschlossenen Handelsverträgen enthalten sind.

Teil VII

Regelung von Streitfällen

Artikel 30.

1. Alle Streitfälle, die bei Ausführung des Artikels über das Eigentum der Vereinten Nationen in Österreich dieses Vertrages entstehen könnten, werden einer auf paritätischer Grundlage gebildeten Vergleichskommission, die aus einem Vertreter der Regierung der in Betracht kommenden Vereinten Nation und einem Vertreter der österreichischen Regierung besteht, überwiesen werden. Wenn innerhalb von drei Monaten, nachdem der Streitfall der Vergleichskommission überwiesen wurde, keine Einigung erzielt worden ist, kann jede der Regierungen die Zuziehung eines dritten Mitgliedes zur Kommission beantragen, das von den beiden Regierungen einvernehmlich aus den Angehörigen eines dritten Landes ausgewählt wird. Sollten die beiden Regierungen innerhalb von zwei Monaten zu

keinem Einverständnis über die Wahl eines dritten Mitgliedes der Kommission gelangen, kann jede der beiden Regierungen die Chefs der diplomatischen Missionen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs in Wien ersuchen, die Bestellung vorzunehmen. Wenn sich die Missionschefs innerhalb eines Zeitraumes von einem Monat nicht über die Bestellung dieses dritten Mitgliedes einigen können, kann der Generalsekretär der Vereinten Nationen von jeder der beiden Parteien ersucht werden, die Bestellung vorzunehmen.

2. Wenn eine Vergleichskommission nach Paragraph 1 dieses Artikels bestellt ist, hat sie die Jurisdiktion über alle Streitfälle, die in Hinblick zwischen der in Betracht kommenden Vereinten Nation und Österreich bezüglich der Anwendung oder der Auslegung des in Paragraph 1 dieses Artikels genannten Artikels entstehen könnten, und übt die ihr durch diese Bestimmungen zugewiesenen Funktionen aus.

3. Jede Vergleichskommission bestimmt ihr Verfahren selbst, wobei eine der Gerechtigkeit und der Billigkeit entsprechende Geschäftsordnung anzunehmen ist.

4. Jede Regierung bezahlt das Honorar des von ihr bestellten Mitgliedes der Vergleichskommission und jedes Bevollmächtigten, den sie zu ihrer Vertretung vor der Kommission bestimmt. Das Honorar des dritten Mitgliedes wird durch besondere Vereinbarung zwischen den in Betracht kommenden Regierungen festgesetzt und zusammen mit den gemeinsamen Auslagen jeder Kommission zu gleichen Teilen durch die beiden Regierungen bezahlt.

5. Die Parteien verpflichten sich, daß ihre Behörden der Vergleichskommission direkt jeden in ihrer Macht stehenden Beistand leisten werden.

6. Die Entscheidung der Mehrzahl der Mitglieder der Kommission stellt die Entscheidung der Kommission dar und ist von den Parteien als endgültig und bindend anzunehmen.

Teil VIII

Verschiedene wirtschaftliche Bestimmungen

Artikel 31.

Bestimmungen betreffend die Donau

Die Schifffahrt auf der Donau ist für die Angehörigen, die Handelsschiffe und die Waren aller Staaten auf Grundlage der Gleichstellung bezüglich der Hafen- und Schifffahrtsgebühren und der Bedingungen für die Handelsschifffahrt frei und offen. Vorstehendes findet keine Anwendung auf den Verkehr zwischen Häfen desselben Staates.

Artikel 32.**Transiterleichterungen**

1. Österreich wird soweit wie möglich den Eisenbahn-Transitverkehr durch sein Staatsgebiet zu angemessenen Tarifen erleichtern und ist bereit, mit den Nachbarstaaten zu diesem Zwecke notwendige Gegenseitigkeitsabkommen abzuschließen.

2. Die Alliierten und Assoziierten Mächte verpflichten sich, die Aufnahme von Bestimmungen zwecks Erleichterung des Transits und der Verbindungen ohne Zölle und sonstige Lasten zwischen Salzburg und Lofer (Salzburg) über den Reichenhall-Steinpaß und zwischen Scharnitz (Tirol) und Ehrwald (Tirol) über Garmisch-Partenkirchen in die Regelung hinsichtlich Deutschlands zu unterstützen.

Artikel 33.**Anwendungsbereich**

Die mit „Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich“ und „Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen“ überschriebenen Artikel dieses Vertrages sind auf die Alliierten und Assoziierten Mächte und diejenigen der Vereinten Nationen anzuwenden, die diesen Status am 8. Mai 1945 hatten und deren diplomatische Beziehungen mit Deutschland im Zeitraum zwischen dem 1. September 1939 und 1. Jänner 1945 abgebrochen worden sind.

Teil IX**Schlußbestimmungen****Artikel 34.****Missionschefs**

1. Für einen Zeitraum, der achtzehn Monate vom Inkrafttreten dieses Vertrages an gerechnet nicht zu überschreiten hat, werden die Chefs der diplomatischen Missionen der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs in Wien im einvernehmlichen Vorgehen die Alliierten und Assoziierten Mächte in allen die Durchführung und Auslegung des vorliegenden Vertrages betreffenden Fragen der österreichischen Regierung gegenüber vertreten.

2. Die vier Missionschefs werden der österreichischen Regierung Anleitung, technischen Rat und Aufklärung geben, die etwa erforderlich sein sollten, um die rasche und wirksame Durchführung des vorliegenden Vertrages sowohl dem Wortlaut als dem Sinne nach zu gewährleisten.

3. Die österreichische Regierung wird den genannten vier Missionschefs jede notwendige In-

formation erteilen und jeden Beistand leisten, den sie zur Erfüllung der ihnen aus diesem Vertrage erwachsenden Aufgaben benötigen sollten.

Artikel 35.**Auslegung des Vertrages**

1. Soweit kein anderes Verfahren in irgend-einem Artikel des vorliegenden Vertrages besonders vorgesehen ist, wird jede Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder die Durchführung des Vertrages, die nicht durch unmittelbare diplomatische Verhandlungen beigelegt wird, den vier Missionschefs überwiesen, die gemäß Artikel 34 vorgehen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Missionschefs in diesem Fall nicht durch die in diesem Artikel vorgesehene Frist beschränkt sind. Jede Meinungsverschiedenheit dieser Art, die von ihnen nicht innerhalb eines Zeitraumes von zwei Monaten beigelegt worden ist, wird, falls sich die streitenden Parteien nicht über andere Mittel der Beilegung einigen, auf Ersuchen einer der beiden Parteien einer Kommission überwiesen, die aus einem Vertreter jeder Partei und einem dritten Mitglied besteht, das von den beiden Parteien einvernehmlich aus Angehörigen eines dritten Staates ausgewählt wird. Sollten sich die beiden Parteien innerhalb eines Monats nicht über die Bestellung des dritten Mitgliedes einigen können, kann der Generalsekretär der Vereinten Nationen von jeder der beiden Parteien ersucht werden, die Bestellung vorzunehmen.

2. Die Entscheidung der Mehrzahl der Mitglieder der Kommission stellt die Entscheidung der Kommission dar und ist von den Parteien als endgültig und bindend anzunehmen.

Artikel 36.**Geltung der Annexe**

Die Bestimmungen der Annexe haben als integrierende Bestandteile dieses Vertrages Geltung und Wirksamkeit.

Artikel 37.**Beitritt zum Vertrage**

1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das am 8. Mai 1945 sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden und den Status einer Vereinten Nation besessen hat und nicht Signatar des vorliegenden Vertrages ist, kann dem Vertrag beitreten und ist nach Beitritt für die Zwecke des Vertrages als Assoziierte Macht anzusehen.

2. Die Beitrittsurkunden sollen bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden und treten mit der Hinterlegung in Kraft.

Artikel 38.

Ratifikation des Vertrages

1. Der vorliegende Vertrag, dessen russischer, englischer, französischer und deutscher Text authentisch ist, soll ratifiziert werden. Er tritt unmittelbar nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch Frankreich einerseits und durch Österreich an-

dererseits in Kraft. Die Ratifikationsurkunden sollen in möglichst kurzer Zeit bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden.

2. Der Vertrag soll bezüglich jeder Alliierten oder Assoziierten Macht, deren Ratifikationsurkunde hienach hinterlegt wird, am Tag der Hinterlegung in Kraft treten. Der vorliegende Vertrag soll in den Archiven der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt werden, die jedem der Signatarstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften übermitteln wird.

Государственный Договор

о Восстановлении Независимой и Демократической Австрии

Преамбула

Союз Советских Социалистических Республик, Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии, Соединенные Штаты Америки и Франция, именуемые в дальнейшем «Союзные и Соединенные Державы», с одной стороны, и Австрия, с другой стороны;

Принимая во внимание, что 13 марта 1938 года гитлеровская Германия силой аннексировала Австрию и включила её территорию в германское государство;

Принимая во внимание, что в Московской Декларации, опубликованной 1 ноября 1943 года, Правительства Союза Советских Социалистических Республик, Соединенного Королевства и Соединенных Штатов Америки заявили, что они рассматривают аннексию Австрии Германией 13 марта 1938 года как несуществующую и недействительную и подтвердили свое желание видеть Австрию восстановленной в качестве свободного и независимого государства, а французский Комитет Национального Освобождения сделал аналогичное заявление 16 ноября 1943 года;

Принимая во внимание, что в результате победы Союзников Австрия была освобождена от господства гитлеровской Германии;

Принимая во внимание, что Союзные и Соединенные Державы и Австрия, учитывая важность усилий, которые сам австрийский народ сделал и должен будет продолжать делать для восстановления и демократического переустройства своей страны, желают заключить Договор, восстанавливающий Австрию в качестве свободного, независимого и демократического государства, способствуя таким образом восстановлению мира в Европе;

Принимая во внимание, что Союзные и Соединенные Державы желают путем настоящего Договора урегулировать в соответствии с принципами справедливости все вопросы, остающиеся еще нерешенными в связи с перечисленными выше событиями, включая аннексию Австрии гитлеровской Германией и участие Австрии в войне в качестве составной части Германии; и

Принимая во внимание, что Союзные и Соединенные Державы и Австрия желают в этих целях заключить настоящий Договор, который явится основой дружественных отношений между ними, тем самым давая Союзным и Соединенным Державам возможность поддерживать обращение Австрии о принятии её в члены Организации Объединенных Наций;

В соответствии с этим назначили нижеподписавшихся в качестве своих Полномочных Представителей, которые после представления своих полномочий, найденных в порядке и надлежащей форме, согласились о нижеследующих постановлениях:

Часть I

Политические и Территориальные Постановления

Статья 1

Восстановление Австрии как свободного и независимого государства

Союзные и Соединенные Державы признают, что Австрия восстанавливается как суверенное, независимое и демократическое государство.

Статья 2

Сохранение независимости Австрии

Союзные и Соединенные Державы заявляют, что будут уважать независимость и территориальную целостность Австрии в том виде, как это установлено настоящим Договором.

Статья 3

Признание Германией независимости Австрии

Союзные и Соединенные Державы включают в Германский Мирный Договор постановления, обеспечивающие признание Германией суверенитета и независимости Австрии и отказ Германии от всех территориальных и политических претензий в отношении Австрии и австрийской территории.

Статья 4

Запрещение аяшлюсса

1. Союзные и Соединенные Державы заявляют, что политический или экономический союз между Австрией и Германией запрещается. Австрия полностью признает свою ответственность в этом вопросе и не будет вступать в политический или экономический союз с Германией в какой бы то ни было форме.

2. В целях предотвращения такого союза Австрия не должна заключать какого-либо соглашения с Германией, предпринимать каких-либо действия или проводить какие-либо меры, которые прямо или косвенно могут способствовать её политическому или экономическому союзу с Германией, или наносить ущерб её территориальной целостности или политической или экономической независимости. Австрия далее обязуется не допускать на своей территории никаких действий, которые прямо или косвенно могут способствовать такому союзу, и должна предотвращать существование, возрождение и деятельность любых организаций, ставящих своей целью политический или экономический союз с Германией, и пангерманскую пропаганду в пользу союза с Германией.

Статья 5

Границы Австрии

Границы Австрии будут такими, как они существовали на 1 января 1938 года.

Статья 6

Права человека

1. Австрия обязуется принять все меры, необходимые для обеспечения того, чтобы все лица, находящиеся под австрийской юрисдикцией, без различия расы, пола, языка или религии, пользовались правами человека и основными свободами, включая свободу слова, печати и изданий, религиозного культа, политических убеждений и публичных собраний.

2. Австрия также принимает обязательство, что действующие в Австрии законы как в отношении своего содержания, так и применения, не будут устанавливать дискриминации или влечь за собой дискриминацию для лиц австрийского гражданства на основании их расы, пола, языка или религии как в том, что касается их личности, имущества, занятий, профессиональных или финансовых интересов, статуса, политических или гражданских прав, так и в любых других вопросах.

Статья 7

Права словенского и хорватского национальных меньшинств

1. Австрийские граждане, принадлежащие к словенскому и хорватскому национальным меньшинствам в Каринтии, Бургенланде и Штирии, пользуются одинаковыми правами наравне со всеми другими австрийскими гражданами, включая право иметь собственные организации, собрания и печать на своем языке.

2. Они имеют право на начальное обучение на словенском или хорватском языках и на пропорциональное количество своих средних школ; в связи с этим будут пересмотрены программы в школах, а также будет образована инспекция по образованию для словенских и хорватских школ.

3. Официальным языком в административных и судебных округах Каринтии, Бургенланда и Штирии со словенским или хорватским или национально смешанным населением является, кроме немецкого языка, также и словенский или хорватский язык. В таких округах топографическая терминология и надписи должны быть как на немецком языке, так и на словенском или хорватском языках.

4. Австрийские граждане, принадлежащие к словенскому или хорватскому национальным меньшинствам в Каринтии, Бургенланде и Штирии, участвуют в культурном, административном или судебном аппаратах на этих территориях наравне с другими австрийскими гражданами.

5. Запрещается деятельность организаций, имеющих целью денационализацию словенского и хорватского национальных меньшинств.

Статья 8

Демократические учреждения

Австрия будет иметь демократическое правительство, созданное на основе гарантированного всем гражданам всеобщего, свободного, равного избирательного права при тайном голосовании, а также права быть избранными на государственные должности без различия расы, пола, языка, религии или политических убеждений.

Статья 9

Распуск нацистских организаций

1. Австрия должна завершить мероприятия, уже начатые путем введения соответствующих законов, одобренных Союзнической Комиссией по Австрии, по ликвидации национал-социалистической партии, примыкающих к ней и находящихся под её контролем организаций на территории Австрии, включая политические, военные и полувозрожденные организации. Австрия также должна продолжать усилия по искоренению из австрийской политической, экономической и культурной жизни всех следов нацизма; должна обеспечить, чтобы вышеуказанные организации не были возрождены в какой-либо форме, и предотвратить всякую нацистскую и милитаристскую деятельность и пропаганду в Австрии.

2. Австрия обязуется распустить все находящиеся на её территории организации фашистского типа: политические, военные, воензированные, а также и другие организации, ведущие враждебную какой-либо Объединенной Нации деятельность, либо преследующие цели лишения народа его демократических прав.

3. Австрия обязуется не допускать под угрозой уголовного наказания, которое будет немедленно определено в установленном австрийскими законами порядке, существование и деятельность на своей территории указанных выше организаций.

Статья 10

Специальные постановления о законодательстве

1. Австрия обязуется сохранить в силе и продолжать выполнение принципов, содержащихся в законах и постановлениях, принятых Австрийским Правительством и парламентом после 1 мая 1945 года и одобренных Союзнической Комиссией по Австрии, направленных на ликвидацию остатков нацистского режима и на восстановление демократического строя, завершить законодательные и административные меры, уже принятые или начатые после 1 мая 1945 года, кодифицировать и осуществлять принципы, установленные в статьях 6, 8 и 9 настоящего Договора, а также, поскольку ему это еще не сделано, отменить или исправить все законодательные или административные

меры, принятые между 5 марта 1933 года и 30 апреля 1945 года и противоречащие принципам, установленным в статьях 6, 8 и 9.

2. Австрия также обязуется сохранить в силе закон от 3 апреля 1919 года о габсбургско-лотарингской династии.

Статья 11

Признание Мирных Договоров

Австрия обязуется признать полную силу Мирных Договоров с Италией, Румынией, Болгарией, Венгрией и Финляндией и других соглашений или урегулирований, которые были или будут достигнуты Союзными и Соединенными Державами относительно Германии и Японии для восстановления мира.

Часть II

Военные и Военно-Воздушные Постановления

Статья 12

Запрещение службы в вооруженных силах Австрии бывшим членам нацистских организаций и некоторым другим категориям лиц

Нижеследующим лицам ни в коем случае не будет разрешена служба в австрийских вооруженных силах:

1. Лицам, которые не имеют австрийского гражданства.

2. Австрийским гражданам, которые были германскими гражданами в какой-либо период до 13 марта 1938 года.

3. Австрийским гражданам, служившим в чине полковника или выше в германских вооруженных силах в течение периода с 13 марта 1938 года по 8 мая 1945 года.

4. Австрийским гражданам, входящим в перечисленные ниже категории, за исключением лиц, реабилитированных надлежащим органом в соответствии с австрийским законом:

- a) Лицам, которые когда-либо принадлежали к национал-социалистической партии («НСДАП») или к организациям «СС», «СА» или «СД», тайной государственной полиции («Гестапо»), или национал-социалистскому солдатскому союзу («НС-Зольдатенринг»), или национал-социалистскому офицерскому союзу («НС-Оффицарсфрейгунг»);
- b) Офицерам национал-социалистского корпуса летчиков («НСФК») или национал-социалистского моторизованного корпуса («НСМК»), начиная с чина унтерштурмфюрера или равного ему чина;
- c) Должностным лицам любых организаций, находившихся под контролем «НСДАП» или примыкавших к ней, в чине не ниже приравненного к ортсгруппенлейтеру;
- d) Авторам печатных произведений или сценариев, отнесенных компетентными комиссиями, созданными Правительством Австрии, к числу запрещенных произведений в силу их нацистского характера;
- e) Руководителям промышленных и торговых предприятий и финансовых учреждений, которые согласно официальной и достоверной инфор-

мации существующих промышленных, торговых и финансовых ассоциаций, профсоюзных и партийных организаций, признаются компетентной комиссией лицами, которые активно сотрудничали в достижении целей «НСДАП» или примыкавших к ней организаций, поддерживали принципы национал-социализма, вели пропаганду в пользу национал-социалистских организаций или финансировали их и их деятельность и любым из вышеуказанных способов нанесли ущерб интересам независимой и демократической Австрии.

Статья 13

Запрещение специальных видов вооружения

1. Австрия не должна иметь, производить или экспериментировать:

- a) Любые виды атомного вооружения;
- b) Другие основные виды вооружений, которые могут быть применены в настоящее время или в будущем для массового уничтожения, как они будут определены соответствующим органом Объединенных Наций;
- c) Какие-либо самодвижущиеся или управляемые снаряды и торпеды, а также аппараты, связанные с их выбрасыванием или управлением;
- d) Морские мины;
- e) Торпеды, которые могут быть укомплектованы людьми;
- f) Подводные лодки или другие типы подводных судов;
- g) Торпедные катеры;
- h) Специализированные типы штурмовых судов;
- i) Орудия, способные вести огонь на дистанцию свыше 30 километров;
- j) Удушающие, парывные или отравляющие материалы или биологические вещества как по количеству, так и по типам, превышающие общепринятые гражданские нужды, или аппараты, сконструированные для того, чтобы производить, выстреливать или распылять эти материалы или вещества для военных целей.

2. Союзные и Соединенные Державы оставляют за собой право добавить к этой статье запрещение любых видов вооружения, которые могут быть разработаны в результате научных изысканий.

Статья 14

Распоряжение военными материалами и техникой союзного и германского происхождения

1. Все военные материалы и техника союзного происхождения в Австрии будут переданы в распоряжение соответствующей Союзной или Соединенной Державы, согласно указаниям, которые будут даны этой Державой.

Австрия отказывается от всех прав на вышеупомянутые военные материалы и технику.

2. В течение одного года со дня вступления в силу настоящего Договора Австрия должна привести в непригодное состояние для военных целей или уничтожить:

- все надписи военных материалов и техники германского или другого несоюзного происхождения;
- все германские и японские чертежи, включая существующие «синьки», прототипы, эксперимен-

тальные модели и планы, поскольку они относятся к современным военным материалам и технике; все военные материалы и технику, запрещенные статьей 13 настоящего Договора;

все запрещенные статьей 13 специализированные сооружения, включая научно-исследовательское и производственное оборудование, которые нельзя приспособить для проведения разрешенных научно-исследовательских работ, развития или строительства.

3. В течение шести месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора Австрия должна представить Правительством Советского Союза, Соединенного Королевства, Соединенных Штатов Америки и Франции перечень военных материалов и техники, а также и сооружений, перечисленных в пункте 2.

4. Австрия не должна производить какие-либо военные материалы и технику германской конструкции.

Австрия не должна приобретать или иметь ни в государственном, ни в частном порядке, или каким-либо иным образом военные материалы и технику германского производства, происхождения или конструкции, за тем исключением, что Правительство Австрии может использовать для создания австрийских вооруженных сил ограниченное количество военных материалов и техники германского производства, происхождения или конструкции, оставшихся в Австрии после второй мировой войны.

5. Определение термина «военные материалы и техника» и перечень военных материалов и техники для целей настоящего Договора даны в Приложении I.

Статья 15

Предотвращение возрождения вооружения Германии

1. Австрия обязуется полностью сотрудничать с Союзными и Соединенными Державами с целью обеспечения того, чтобы Германия не смогла предпринять каких-либо мер за пределами германской территории в направлении возрождения своего вооружения.

2. Австрия не будет принимать или обучать в военной или гражданской авиации или для экспериментирования, проектирования, производства или содержания военных материалов и техники лиц, которые являются или в любое время до 13 марта 1938 года являлись гражданами Германии, или австрийских граждан, которым статьей 12 запрещена служба в вооруженных силах, или лиц неавстрийского гражданства.

Статья 16

Запрещение ввоза гражданских самолетов германской и японской конструкции

Австрия обязуется не приобретать и не производить гражданских самолетов германской или японской конструкции или самолетов, включающих крупные узлы германского или японского производства или конструкции.

Статья 17

Длительность ограничений

Каждая из военных и военно-воздушных статей настоящего Договора будет оставаться в силе до тех

пор, пока она не будет заменена полностью или частично по соглашению между Союзными и Соединенными Державами и Австрией или, после того, как Австрия станет членом Объединенных Наций, — по соглашению между Советом Безопасности и Австрией.

Статья 18

Военнопленные

1. Австрийцы, которые в настоящее время являются военнопленными, должны быть репатрированы как можно скорее в соответствии с соглашениями между отдельными Державами, содержащими этих военнопленных, и Австрией.

2. Все издержки на перевозку австрийцев, являющихся в настоящее время военнопленными, включая их содержание, от сборных пунктов, установленных правительством соответствующей Союзной или Соединенной Державы, до пункта вступления на австрийскую территорию, будет нести Правительство Австрии.

Статья 19

Военные могилы и памятники

1. Австрия обязуется уважать, охранять и поддерживать на австрийской территории могилы воинов, военнопленных и принудительно привезенных в Австрию граждан Союзных Держав, а равно и иных Объединенных Наций, находившихся в состоянии войны с Германией, памятники и эмблемы на этих могилах, а равно памятники военной славы армий, сражавшихся на территории Австрии против гитлеровской Германии.

2. Правительство Австрии будет признавать всякую комиссию, делегацию или иной орган, уполномоченные заинтересованным государством на опознание, опись, поддержание или оформление упомянутых в пункте 1 могил и сооружений, облегчать работу таких органов, заключать относительно вышеупомянутых могил и сооружений соглашения, какие могут оказаться нужными, с заинтересованным государством или уполномоченными им комиссией, делегацией либо иным органом. Оно соглашается также оказывать, с соблюдением разумных санитарных предписаний, всякие облегчения для эксгумации и отправки на родину останков, погребенных в упомянутых могилах, — как по просьбе официальных органов заинтересованного государства, так и по просьбам родственников погребенных лиц.

Часть III

Статья 20

Вывод Союзных войск

1. Соглашение от 28 июня 1946 года о Контрольном Механизме в Австрии прекратит свое действие со дня вступления в силу настоящего Договора.

2. По вступлении в силу настоящего Договора Межсоюзническая Комендатура, учрежденная в соответствии с пунктом 4 Соглашения о зонах оккупации в Австрии и об управлении городом Вена от 9 июля 1945 года, прекратит выполнение всех функций по

управлению г. Вена. Соглашение о зонах оккупации в Австрии прекратит свое действие по завершении вывода из Австрии войск Союзных и Соединенных Держав в соответствии с пунктом 3 настоящей статьи.

3. Войска Союзных и Соединенных Держав и персонал Союзнической Комиссии по Австрии будут выведены из Австрии в течение 90 дней со дня вступления в силу настоящего Договора и по возможности не позднее 31 декабря 1955 года.

4. Правительство Австрии предоставит войскам Союзных и Соединенных Держав и персоналу Союзнической Комиссии по Австрии впредь до их вывода из Австрии те же права, иммунитеты и услуги, которыми они пользовались непосредственно перед вступлением в силу настоящего Договора.

5. Союзные и Соединенные Державы обязуются возвратить Правительству Австрии после вступления в силу настоящего Договора в течение периода, предусмотренного в пункте 3 данной статьи:

- а) всю валюту, предоставленную безвозмездно Союзным и Соединенным Державам для целей оккупации, которая останется неизрасходованной на день окончания вывода Союзных войск;
- б) всю австрийскую собственность, реквизированную Союзными войсками или Союзнической Комиссией и всё еще находящуюся в их распоряжении. Обязательства, принятые на основании этого подпункта, будут применяться без ущерба для постановлений статьи 22 настоящего Договора.

Часть IV

Претензии, вытекающие из Войны

Статья 21

Репарации

С Австрия не будут требоваться репарации, вытекающие из существования состояния войны в Европе после 1 сентября 1939 года.

Статья 22

Германские активы в Австрии

Советский Союз, Соединенное Королевство, Соединенные Штаты Америки и Франция имеют право распоряжаться всеми германскими активами в Австрии, в соответствии с протоколом Берлинской Конференции от 2 августа 1945 года.

1. Советскому Союзу передаются сроком на 30 лет концессии на нефтепромысловые поля, соответствующие 60% от добычи нефти в Австрии за 1947 год, а также право собственности на все здания, сооружения, оборудование и иное имущество, являющееся принадлежностью этих нефтепромысловых полей, согласно списку № 1 и карте № 1, прилагаемой к Договору.

2. Советскому Союзу передаются концессии на 60% всех расположенных в Восточной Австрии разведочных площадей из тех германских активов, на которые Советский Союз имеет право на основании Потсдамского Соглашения и которыми он владеет в настоящее время, согласно списку № 2 и карте № 2, прилагаемой к Договору.

На указанных в настоящем пункте разведочных площадях Советский Союз имеет право на ведение разведки

в течение восьми лет и на последующую добычу нефти в течение 25 лет, начиная с момента открытия нефти.

3. Советскому Союзу передаются нефтепереработные заводы с общегодовой производственной мощностью в 420 тыс. тонн сырой нефти, согласно списку № 3.

4. Советскому Союзу передаются предприятия по сбыту нефтепродуктов, находящиеся в его распоряжении, согласно списку № 4.

5. Советскому Союзу передаются активы ДДСГ, расположенные в Венгрии, Румынии и Болгарии, а также, согласно списку № 5, 100% активов Дунайской Судостроительной Компании, находящихся в Восточной Австрии.

6. Советский Союз передает Австрии имущество, права и интересы, удерживаемые или требуемые как германские активы, вместе с наличным оборудованием, а также передает военно-промышленные предприятия вместе с наличным оборудованием, жилые дома и тому подобное недвижимое имущество, включая земельные площади, находящиеся в Австрии, удерживаемое или требуемое в качестве военных трофеев, за исключением активов, указанных в п. п. 1, 2, 3, 4 и 5 настоящей статьи, причем Австрия, со своей стороны, обязуется уплатить Советскому Союзу в течение шести лет 150 млн. американских долларов в свободно конвертируемой валюте.

Указанная сумма будет выплачиваться Австрией Советскому Союзу равными частями каждые три месяца по 6.250.000 долларов США в свободно конвертируемой валюте. Первый платеж будет произведен первого числа второго месяца после месяца, в котором вступит в силу настоящий Договор. Последующие трехмесячные платежи производятся первого числа соответствующего месяца. Последний трехмесячный платеж будет произведен в последний день шестилетнего периода со дня вступления в силу Договора.

В основу платежей, предусмотренных в настоящей статье, положен доллар США по его золотому паритету на 1 сентября 1949 года, т. е. 35 долларов за одну унцию золота.

В обеспечение своевременной уплаты причитающихся СССР указанных выше сумм Австрийский Национальный Банк выдаст Государственному Банку СССР в течение двухнедельного срока со дня вступления в силу настоящего Договора векселя на общую сумму 150 млн. долларов США со сроками платежей, предусмотренными в настоящей статье.

Выдаваемые Австрией векселя будут беспроцентными. Государственный Банк СССР не имеет в виду производить учет векселей при своевременном и точном исполнении своих обязательств Австрийским Правительством и Австрийским Национальным Банком.

7. Правовое положение активов:

- а) все бывшие германские активы, перешедшие к Советскому Союзу в соответствии с пунктами 1, 2, 3, 4 и 5 настоящей статьи, остаются, как общее правило, под австрийской юрисдикцией и в соответствии с этим к ним будет применяться австрийское законодательство;
- б) в отношении повинностей, коммерческих и производственных прав и обложений налогами эти активы не будут поставлены в худшие условия, чем те, которые применяются или будут применяться для предприятий, принадлежащих Австрии и её гражданам, а также другим государствам и лицам, в отношении которых будет предоставлен режим наибольшего благоприятствования;

- с) все бывшие германские активы, перешедшие к СССР, не подлежат никакому отчуждению без согласия Советского Союза;
- d) Австрия не будет чинить препятствий к вывозу прибылей или иных доходов (а именно — аренда) в виде продукции или любой полученной свободно конвертируемой валюты;
- e) права, собственность и интересы, передаваемые Советскому Союзу, равно как права, собственность и интересы, которые Советский Союз уступает Австрии, передаются без всяких обременений или требований со стороны Советского Союза или со стороны Австрии. Под словами «обременений и требований» понимаются не только кредиторские претензии, вытекающие из осуществления Союзного контроля над этим имуществом, правами и интересами после 8 мая 1945 года, но и всякие иные претензии, в том числе по налогам. Взаимный отказ Советского Союза и Австрии от обременений и требований относится ко всем обременениям и требованиям в том объеме, как они будут существовать на дату оформления Австрией прав Советского Союза на переданные ему бывшие германские активы и на дату фактической передачи Австрии активов, уступаемых Советским Союзом.

8. Передача Австрии всего имущества, прав и интересов, предусмотренных в пункте 6 настоящей статьи, а также оформление Австрией прав Советского Союза на передаваемые бывшие германские активы будут произведены в течение двухмесячного срока со дня вступления в силу настоящего Договора.

9. Советскому Союзу принадлежат также права, собственность и интересы на все активы, где бы таковые ни находились в Восточной Австрии, созданные советскими организациями или приобретенные ими путем покупки после 8 мая 1945 года для эксплуатации имущества, перечисленного ниже в списках № № 1, 2, 3, 4, и 5.

К этим активам будут соответственно применяться положения, изложенные в подпунктах «а», «б», «с» и «д» пункта 7 настоящей статьи.

10. Споры, могущие возникнуть при применении положений настоящей статьи, должны разрешаться на основе двусторонних переговоров между заинтересованными сторонами.

В случае недостижения соглашений в порядке двусторонних переговоров между Правительствами Советского Союза и Австрии в течение трех месяцев, споры передаются на разрешение арбитражной комиссии, состоящей из одного представителя от Советского Союза и одного представителя от Австрии, с включением в комиссию третьего члена, избираемого по взаимному соглашению между обоими Правительствами из числа граждан третьей страны.

11. Соединенное Королевство, Соединенные Штаты Америки и Франция настоящим передают Австрии всю собственность, права и интересы, удерживаемые или требуемые любой из этих держав или от их имени в Австрии как бывшие германские активы или военные трофеи.

Собственность, права и интересы, передаваемые Австрии в соответствии с настоящим пунктом, должны перейти свободными от каких-либо обременений или требований со стороны Соединенного Королевства, Соединенных Штатов Америки и Франции, вытекающих из осуществления их контроля над этой собственностью, правами или интересами после 8 мая 1945 года.

12. После выполнения Австрией всех обязательств, предусмотренных постановлениями настоящей статьи или вытекающих из этих постановлений, требования Союзных и Соединенных Держав в отношении германских активов в Австрии, основанные на решении Берлинской Конференции от 2 августа 1945 года, будут считаться полностью удовлетворенными.

13. Австрия обязуется в том, что, за исключением имущества просветительных, культурных, благотворительных и религиозных организаций, никакое имущество, права и интересы, переданные ей в качестве бывших германских активов, не будут вновь передаваться в собственность немецких юридических лиц, или когда стоимость имущества, прав и интересов превышает 260 тыс. шиллингов — в собственность немецких физических лиц. Кроме того, Австрия обязуется не передавать в иностранное владение те права и имущество, указанные в списках 1 и 2 этой статьи, которые будут переданы Австрии Советским Союзом в соответствии с австро-советским Меморандумом от 15 апреля 1955 года.

14. На положения этой статьи распространяются условия Приложения II к настоящему Договору.

Список № 1

концессий на нефтепромысловые поля в Восточной Австрии, передаваемых Советскому Союзу

№ № или	Наименование нефтепромысловых полей	Наименование фирм
1	Мюльберг	ИТАГ
2	Санкт-Ульрих — ДЕА	ДЕА
3	Санкт-Ульрих — Нидердонау	Нидердонау
4	Гестинг — Кройцфельд — Пионир (50% добычи)	ЭПГ

Примечание:

А. Советскому Союзу передается всё хозяйство перечисленных выше нефтепромысловых полей, включая весь фонд скважин, как действующих, так и бездействующих, со всем их надземным и подземным оборудованием, нефтесборные узлы, установки и оборудование для бурения, компрессорные и насосные станции, механические мастерские, газолиновые установки, парокотельные установки, электростанции и подстанции с линиями электропередач, нефтепроводы, водопроводы, электросети, паропроводы, газопроводы, промышленные дороги, подъездные пути, телефонную сеть, противопожарный инвентарь, автомобильное и тракторное хозяйство, служебные и жилые здания, обслуживающие нефтепромысла, и прочее имущество, связанное с эксплуатацией перечисленных нефтепромысловых полей.

В. Право собственности и арендные права на всё хозяйство указанных выше нефтепромысловых полей передаются Советскому Союзу в том объеме, в каком любое физическое или юридическое лицо, владевшее этими полями, эксплуатировавшее их или участвовавшее в их эксплуатации, имело права, титул или интерес в указанном хозяйстве.

В тех случаях, когда какое-либо имущество использовалось на правах аренды, сроки аренды, предусмотренные в арендных договорах, исчисляются с момента вступления в силу настоящего Договора, причем действие арендных договоров не может быть прекращено без согласия Советского Союза.

Список № 2
концессий на разведочные площади в Восточной Австрии,
передаваемых Советскому Союзу

№ № по	Наименование концессий	Наименование фирм	Размер выделенной за СССР площади в га
1	Нойзидлераэе	Эльверат	122.480
2	Лейтагебирге	Коле Эль Унион	52.700
3	Гросс-Энцерсдорф (включая поле Адерклаа)	Надердонау	175.000
4	Хаускирхен (включая поле Альт-Лихтенварт)	ИТАГ	4.800
5	Санкт Ульрих	ДЕА	740
6	Шраттенберг	Коле Эль Унион	3.940
7	Гросскрут	Винтерсхаль	8.000
8	Мистельбах	Пройссаг	6.400
9	Паасдорф (50% площади)	ЭПГ	3.650
10	Штейнберг	Штейнберг Нафта	100
11	Хаусбрунн	ДЕА	350
12	Дразенхофен (площадь на австрийской территории)	Коле Эль Унион	8.060
13	Амейс	Пройссаг	7.080
14	Зибенхртен	Эльверат	5.000
15	Лейс	ИТАГ	14.800
16	Корнойбург	Ригг	30.000
17	Клостернойбург (50% площади)	ЭПГ	7.900
18	Оберлаа	Пройссаг	61.400
19	Энцерсдорф	Дойтаг	25.800
20	Эденбургер Пфорте	Коле Эль Унион	66.410
21	Тульн	Донау Эль	38.070
22	Кильб (50% площади)	ЭПГ	18.220
23	Пулендорф	Коле Эль Унион	60.700
24	Нордштеймарк (50% площади в советской зоне)	ЭПГ	66.650
25	Мительштеймарк (площадь в советской зоне)	Винтерсхаль	9.840
26	Гестинг (50% площади)	ЭПГ	250
	ВСЕГО	26 концессий	766.340 га

Примечание:

А. Советскому Союзу передается всё имущество, относящееся к перечисленным выше разведочным площадям.

В. Право собственности и арендные права на всё имущество указанных выше разведочных площадей передаются Советскому Союзу в том объеме, в каком любое физическое или юридическое лицо, владевшее

этими площадями, эксплуатировавшее их или участвовавшее в их эксплуатации, имело права, титул или интерес в указанном имуществе.

В тех случаях, когда какое-либо имущество использовалось на правах аренды, сроки аренды, предусмотренные в арендных договорах, исчисляются с момента вступления в силу настоящего Договора, причем действие арендных договоров не может быть прекращено без согласия Советского Союза.

Список № 3

нефтеперегонных заводов в Восточной Австрии, передаваемых в собственность Советского Союза

№ №	Наименование заводов	Годовая производственная мощность в тысячах тонн сырой нефти в 1947 г.
1	Лобау	240.0
2	Нова	120.0
3	Корнойбург	60.0
4	Окерос (вторичная перегонка)	—
5	Нефтеперегонный завод «Мосбирбаум», исключая принадлежащее Франци оборудование, подлежащее реституции	—
ВСЕГО		420.0

Примечание:

А. Заводы передаются со всем их имуществом, включая технологические установки, электростанции, парокотельные, механические мастерские, нефтескладское хозяйство с резервуарным парком, наливными эстакадами и речными причалами, нефтепроводы, в том числе нефтепровод Лобау—Цистерсдорф, дороги, подъездные пути, административные и жилые постройки, противопожарный инвентарь и прочее.

В. Право собственности и арендные права на всё хозяйство указанных выше нефтеперегонных заводов передаются Советскому Союзу в том объеме, в каком любое физическое или юридическое лицо, владевшее этими заводами, эксплуатировавшее их или участвовавшее в их эксплуатации, имело права, титул или интерес в указанном хозяйстве.

В тех случаях, когда какое-либо имущество использовалось на правах аренды, сроки аренды, предусмотренные в арендных договорах, исчисляются с момента вступления в силу настоящего Договора, причем действие арендных договоров не может быть прекращено без согласия Советского Союза.

Список № 4

предприятий по сбыту нефтепродуктов, находящихся в Восточной Австрии, передаваемых в собственность Советского Союза

№ №	Наименование предприятий
1	Дойче Газолин А. Г. — сбытовое отделение в Австрия Г. м. б. Х.

№ №	Наименование предприятий
2	«А. Г. дер Коленверкштофсфербенде Бохум; Беници-Бензол-Ферланд» — отделение в Австрии, включая принадлежащую ему нефтебазу на Пратершпитц
3	«Нова» Минераль Эль Фертриб Газельшафт м. б. Х.
4	«Донау-Оель Г. м. б. Х.»
5	«Нитаг» с нефтебазой на Пратершпитц
6	фирмы по сбыту газа «Эрдгаз Г. м. б. Х.», «Ферн Газ А. Г.», «Цайя Газ Г. м. б. Х.», «Рейнталь Газ Г. м. б. Х.» и «Б. ф. Метан Г. м. б. Х.»
7	Нефтебазы «Пратершпитц Вилтер Хафен» и «Маутхаузен».
8	«Виртшафтликхе форшунгсгесельшафт м. б. Х.» (ВИФО), Нефтебаза в Лобау и земельные участки.
9	Нефтепровод Лобау (Австрия)—Раудниц (Чехословакия), на участке от Лобау до границы с Чехословакией.

Примечание:

А. Предприятия передаются со всем их имуществом, находящимся в Восточной Австрии, включая нефтебазы, нефтепроводы, раздаточные колонки, сливные и наливные эстакады, речные причалы, дороги, подъездные пути и прочее.

Кроме того Советскому Союзу передается право собственности на весь парк железнодорожных цистерн, находящихся во владении советских организаций.

В. Право собственности и арендные права на всё хозяйство указанных выше предприятий в Восточной Австрии по сбыту нефтепродуктов передаются Советскому Союзу в том объеме, в каком любое физическое или юридическое лицо, владевшее этими предприятиями, эксплуатировавшее их или участвовавшее в их эксплуатации, имело права, титул или интерес в указанном хозяйстве.

В тех случаях, когда какое-либо имущество использовалось на правах аренды, сроки аренды, предусмотренные в арендных договорах, исчисляются с момента вступления в силу настоящего Договора, причем действие арендных договоров не может быть прекращено без согласия Советского Союза.

Список № 5

активов ДДСГ в Восточной Австрии, передаваемых Советскому Союзу

1. Судостроительная верфь в г. Корнойбурге

Советскому Союзу передается в собственность судостроительная верфь в г. Корнойбурге, расположенная на левом берегу реки Дунай на 1943 километре и занимающая территорию по обе стороны

старого русла реки Дунай, общей площадью, определяемой в 220.770 квадратных метров. Акватория верфи равна 61.300 квадратным метрам и протяженность причальных линий — 177 метрам.

Кроме того Советскому Союзу передаются на правах аренды участки верфи размером 2946 квадратных метров.

Советскому Союзу передаются права собственности и другие права на всё хозяйство верфи в том объеме, в каком ДДСГ имело права, титул или интерес в указанном хозяйстве, включая все земельные участки, сооружения, стапеля и эллинги, пловучие средства, производственные цеха, здания и помещения, слесовые станции и трансформаторные подстанции, железнодорожные подъездные пути, транспортные средства, технологическое и производственное оборудование, инструмент и инвентарь, коммуникации и всё коммунальное хозяйство, жилые здания и барачки, а также всякое другое имущество, принадлежащее верфи.

II. Участки порта г. Вены

а) 1-й участок (Нордбанбрюке)

1. Участок порта от отметки 1931, 347,35 километра течения Дуная до отметки 1931, 211,65 километра, включающий в себя участок «Донау-Зандверкплад», и от отметки 1931, 176,90 километра до отметки 1930, 439,85 километра течения Дуная, включающий в себя участки «Нордбанбрюке» и «Цвишенбрюке», общей протяженностью по причальному фронту 873,2 метра и средней шириной около 70 метров.

б) 2-й участок (Нордбанленде)

2. Участок порта от отметки 1929, 803,00 километра до отметки 1929, 618,00 километра течения Дуная, длиной по причальному фронту 186,00 метра и средней шириной около 15 метров с прилегающими к нему двумя железнодорожными путями, а также участок площади «Коммунальбедер».

в) 3-й участок (Пратеркай)

3. Участок порта от отметки 1928, 858,90 километра до отметки 1927, 695,30 километра течения Дуная, длиной 1163,60 метров и средней шириной около 70 метров.

д) 4-й участок

Участок порта, граничащий на отметке 1926, 664,7 километра реки Дунай с участком порта, находящимся в пользовании у Венгерского пароходства, и на отметке 1925, 629,30 километра с участком, занятым железной дорогой (Кайбапхоф), общей протяженностью по причальному фронту 135,4 метра и средней шириной около 70 метров.

Перечисленные четыре участка порта передаются со всеми гидротехническими сооружениями, складами, магазинами, навесами, речным вокзалом, производственными, служебными и жилыми зданиями, вспомогательными постройками и сооружениями, средствами механизации и погрузо-разгрузочным оборудованием и механизмами, ремонтными мастерскими с оборудованием, трансформаторными подстанциями и электрооборудованием, коммуникациями, коммунальным хозяйством, всем путевым и транспортным хозяйством, а также всем оборудованием и инвентарем.

III. Имущество и оборудование агентств, речных вокзалов и складов

№ п/п	Наименование
1	г. Нидерранна Агентство и складское здание
2	г. Обермюль Агентство и складское здание
3	Земельный участок 536 кв. м.
4	г. Нойхаус Зал ожидания
5	г. Маутхаузен Здание агентства
6	г. Вальзее Здание агентства
7	Склад
8	г. Грейн Здание агентства и склада
9	г. Зармингштейн Здание агентства
10	г. Иббс Здание агентства
11	г. Пехляри Жилое здание
12	Здание агентства
13	Земельный участок 1598 кв. м.
14	г. Мельк Склад (в городе)
15	Зал ожидания и здание канцелярии
16	Склад
17	г. Шенбюгель Зал ожидания
18	г. Аггсбах Дорф Здание агентства
19	Склад
20	г. Шпитц Здание агентства
21	Склад
22	Земельный участок 1355 кв. м.
23	г. Вейсенкирхен Здание канцелярии и зал ожидания
24	Склад
25	Земельный участок 616 кв. м.
26	г. Дюрнштейн Здание агентства
27	г. Штейн Жилое здание
28	Здание склада и зал ожидания
29	Земельный участок при жилом доме

№№ п/п	Наименование
30	г. Кремс Здание агентства
31	г. Холленбург Зал ожидания
32	г. Тульн Здание агентства
33	г. Грейфенштейн Навес
34	г. Корнойбург Здание кассы и зала ожидания
35	г. Хайнбург Жилое здание
36	Здание агентства
37	Склад
38	Земельный участок 764 кв. м.
39	г. Ариسدорф Здание агентства
40	Пристань: Мелькштрэм
41	Испердорф
42	Марбах
43	Вейтенег
44	Дойч-Альтенбург
45	Цвентендорф
46	Критцендорф

IV. Имущество в гор. Вена

1. Жилой дом на Эрцгердог-Карл-Платц № 11 (ранее дом № 6), во втором районе, на собственном земельном участке.

2. Собственный земельный участок и дом на улице Хандельской, № 204, во втором районе.

3. Собственные незастроенные участки на Валиштрассе, во втором районе, кадастровые №№ 1660, 1661, 1662.

4. Арендованный земельный участок по улице Хандельской, № 286, во втором районе.

Перечисленное в разделе IV имущество передается со всем оборудованием и инвентарем.

Примечание к разделам II, III и IV

Земля, занятая под участки порта, указанного в разделе II настоящего списка, под зданиями агентств, речные вокзалы и склады и под другие постройки, перечисленные в разделах III и IV настоящего списка, а также всё имущество, указанное в разделах II, III и IV, передаются СССР на тех же правооснованиях, на которых земля и другое имущество находились во владении ДДСГ с тем, что земля и имущество, находившиеся в собственности ДДСГ на 8 мая 1945 года, переходят в собственность СССР.

В тех случаях, когда договоры, которыми устанавливалось правооснование для перехода земли во владение ДДСГ, не предусматривали перехода к ДДСГ прав собственности на эту землю, Правительство Австрии обязано оформить переход к СССР прав, приобретенных ДДСГ по таким договорам, и пролонгировать действие последних на неопределенный срок с тем, что в будущем действие таких договоров не может быть прекращено без согласия Правительства СССР.

Объем обязательств по этим договорам со стороны СССР подлежит определению по соглашению между Правительством СССР и Правительством Австрии, причем эти обязательства не должны превышать тех обязательств, которые приняло на себя ДДСГ по договорам, заключенным до 8 мая 1945 года.

Перечисленное в разделе III имущество передается со всем оборудованием и инвентарем.

У. Суда, принадлежащие ДДСГ, находящиеся в Восточной Австрии и передаваемые Советскому Союзу

№№ п/п	Тип судна	Современное наименование	Старое наименование	Мощность в лошадиных силах	Грузоподъемность
1	2	3	4	5	6
1	Буксирный пароход	«Владивосток»	«Персебойг»	1000	—
2	Буксирный теплоход	«Кронштадт»	«Бремен»	800	—
3	Пассажирский пароход	«Кавказ»	«Гелиос»	1100	—
4	Несамоходный танкер	104	«ДДСГ-09714»	—	967
5	Несамоходный танкер	144	«ДДСГ-09756»	—	974
6	Несамоходный танкер	161	«ДДСГ-05602»	—	548
7	Несамоходный танкер	09765	«ДДСГ-09765»	—	952
8	Несамоходный танкер	29	«ДДСГ-XXIX»	—	1030
9	Несамоходная сухогрузная баржа	22	принята после достройки	—	972

№ № шт	Тип судна	Современное наименование	Старое наименование	Мощность в лошадных силках	Грузо- подъем- ность
1	2	3	4	5	6
10	Несамходная сухо- грузная баржа	23	принята после до- стройки	—	972
11	Несамходная сухо- грузная баржа	ЕЛ-72	«ДДСГ-ЕЛ-72»	—	180
12	Несамходная сухо- грузная баржа	654	«ДДСГ-67277»	—	669
13	Несамходная сухо- грузная баржа	689	«ДДСГ-6566»	—	657
14	Несамходная сухо- грузная баржа	1058	«ДДСГ-1058»	—	950
15	Несамходная сухо- грузная баржа	5016	«ДДСГ-5016»	—	520
16	Несамходная сухо- грузная баржа	5713	«ДДСГ-5713»	—	576
17	Несамходная сухо- грузная баржа	5728	«ДДСГ-5728»	—	602
18	Несамходная сухо- грузная баржа	6746	«ДДСГ-6746»	—	670
19	Несамходная сухо- грузная баржа	65204	«ДДСГ-65204»	—	650
20	Несамходная сухо- грузная баржа	67173	«ДДСГ-67173»	—	670
21	Несамходная сухо- грузная баржа	10031	«ДДСГ-10031»	—	942
22	Несамходная сухо- грузная баржа	5015	«ДДСГ-5015»	—	511
23	Несамходная сухо- грузная баржа	6525	«ДДСГ-6525»	—	682
24	Несамходная сухо- грузная баржа	67266	«ДДСГ-67266»	—	680
25	Плшкоут	304	«Иоганна»	—	30
26	Плшкоут	411	«В-238»	—	40
27	Двухтрубный понтон	РП-IV	«РП-IV»	—	—
28	Двухтрубный понтон	РП-VI	«ДДСГ-РП-VI»	—	—
29	Двухтрубный понтон	РП-XX	«ДДСГ-РП-XX»	—	—
30	Дебаркадер	ЕЛ-97	«ДДСГ-ЕЛ-9721»	—	—
31	Понтон	ЕП-120	«ДДСГ-ЕП-120»	—	—
32	Беспалубный плаш- коут	«Траунер»	«Траунер»	—	—
33	Пловучий край	П-1	б/п	—	—
34	Пловучий край	П-2	«ДДСГ-21»	—	—
35	Понтон	ПТ-7	—	—	—
36	Понтон	ПТ-8	—	—	—

Статья 23

Австрийская собственность в Германии и отказ Австрии от претензий в Германии

1. Со дня вступления в силу настоящего Договора имущество Австрийского Правительства или австрийских граждан, находящееся в Германии, включая имущество, насильственно вывезенное с австрийской территории в Германию после 12 марта 1938 года, будет возвращено его собственникам. Это положение не будет применяться к имуществу военных преступников или лиц, подвергшихся наказанию в порядке проведения мер по денацификации; такое имущество будет передано в распоряжение Австрийского Правительства, если оно не являлось предметом блокирования или конфискации согласно законам и распоряжениям, находящимся в силе в Германии после 8 мая 1945 года.

2. Восстановление прав на австрийскую собственность в Германии должно осуществляться в соответствии с мероприятиями, которые будут определены оккупирующими Германию Державами в их зонах оккупации.

3. Без ущерба для этих постановлений и любых других мероприятий, предпринятых в пользу Австрии и ее граждан Державами, оккупирующими Германию, без ущерба для действительности уже достигнутых урегулирований, Австрия от своего имени и от имени австрийских граждан отказывается от всех претензий в отношении Германии и германских граждан, оставшихся неурегулированными на 8 мая 1945 года, за исключением претензий, вытекающих из контрактов и других обязательств, заключенных до 13 марта 1938 года, и прав, приобретенных до этой даты. Этот отказ будет рассматриваться как включающий все требования в отношении соглашений, заключенных Германией во время аннексии Австрии, и все претензии за потери или ущерб, возникшие в течение этого периода, в частности, в отношении облигаций германского государственного долга, находящихся в руках Правительства Австрии или ее граждан, и валюты, изъятой из обращения во время конверсии. Такая валюта будет уничтожена после вступления в силу настоящего Договора.

Статья 24

Отказ Австрии от претензий к Союзникам

1. Австрия отказывается от всех претензий любого характера от имени Правительства Австрии или австрийских граждан к Союзным и Соединенным Державам, связанных непосредственно с войной в Европе после 1 сентября 1939 года или вытекающих из мероприятий, предпринятых в силу существования состояния войны в Европе после этой даты, независимо от того, находилась ли в то время соответствующая Союзная или Соединенная Держава в состоянии войны с Германией или нет. Этот отказ от претензий включает нижеследующее:

- a) претензии в связи с потерями или ущербом, понесенным вследствие действий вооруженных сил или властей Союзных или Соединенных Держав;
- b) претензии, вытекающие из присутствия, операций или действий вооруженных сил или властей Союзных или Соединенных Держав на австрийской территории;

- c) претензии в отношении решений или распоряжений призовых судов Союзных или Соединенных Держав, причем Австрия признает действительными и обязательными все решения и распоряжения таких призовых судов, вынесенные 1 сентября 1939 года или позднее, относительно судов или грузов, принадлежащих австрийским гражданам, или относительно оплаты издержек;
- d) претензии, вытекающие из осуществления прав воюющей стороны или из мер, принятых с целью осуществления этих прав.

2. Положения настоящей статьи должны исключать полностью и окончательно все претензии указанного выше характера, которые отныне будут прекращены, кто бы ни являлся заинтересованной стороной. Правительство Австрии соглашается выплатить справедливую компенсацию в шиллингах лицам, которые предоставили вооруженным силам Союзных или Соединенных Держав на австрийской территории снабжение или услуги по реквизиции, а также для удовлетворения возникших на австрийской территории претензий за невоенный ущерб, предъявленных вооруженным силам Союзных или Соединенных Держав.

3. Австрия равным образом отказывается от всех претензий такого характера, который указан в пункте 1 настоящей статьи, от имени Правительства Австрии или австрийских граждан к любой из Объединенных Наций, дипломатические отношения которой с Германией были порваны в период между 1 сентября 1939 года и 1 января 1945 года и которая предприняла действия в сотрудничестве с Союзными и Соединенными Державами.

4. Правительство Австрии должно принять на себя полную ответственность за всю военную валюту Союзников, достоинством 5 шиллингов и меньше, выпущенную в Австрии Союзными военными властями, включая всю такую валюту, которая будет находиться в обращении на день вступления в силу настоящего Договора. Банкноты достоинством выше 5 шиллингов, выпущенные Союзными военными властями, будут уничтожены, и никакие претензии не могут быть предъявлены в этой связи к какой-либо из Союзных и Соединенных Держав.

5. Отказ Австрии от претензий, согласно пункту 1 настоящей статьи, включает любые претензии, вытекающие из мер, принятых любой из Союзных и Соединенных Держав в отношении судов, принадлежавших австрийским гражданам между 1 сентября 1939 года и днем вступления в силу настоящего Договора, а также любые претензии и долги, вытекающие из ныне действующих конвенций о военнопленных.

Часть У

Собственность, Права и Интересы

Статья 25

Собственность Объединенных Наций в Австрии

1. Австрия, поскольку ею это еще не сделано, восстановит все законные права и интересы Объединенных Наций и их граждан в Австрии, как они существовали на день начала войны Германии с соответствующей Объединенной Нацией, и вернет всю собственность Объединенных Наций и их граждан в Австрии в том состоянии, в котором она находится в настоящее время.

2. Правительство Австрии обязуется восстановить всю собственность, права и интересы, подпадающие под действие этой статьи, без всяких обременений и обложений любого рода, которым они могли подвергнуться в результате войны с Германией и без взимания Правительством Австрии каких-либо сборов в связи с их возвращением. Правительство Австрии аннулирует все мероприятия по отобранию, секвестру или контролю, проведенные в отношении собственности Объединенных Наций в Австрии в период между днем начала войны Германии с соответствующей Объединенной Нацией и днем вступления в силу настоящего Договора. В случае невозвращения собственности в течение 6 месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора, заявление о возвращении собственности должно быть представлено австрийским властям не позднее 12 месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора, за исключением случаев, когда заявитель может доказать, что он не мог подать своего заявления в течение этого срока.

3. Правительство Австрии должно аннулировать передачи, относящиеся к собственности, правам и интересам всякого рода, принадлежащим гражданам Объединенных Наций, в тех случаях, когда такие передачи были результатом насилия со стороны правительств держав оси или их органов в период между началом войны Германии с соответствующей Объединенной Нацией и 8 мая 1945 года.

4. а) В тех случаях, когда Правительство Австрии предоставляет компенсацию за убыток вследствие повреждения или порчи собственности в Австрии во время оккупации Австрии Германией или во время войны, граждане Объединенных Наций не должны ставиться в менее благоприятное положение, чем австрийские граждане; и в таких случаях граждане Объединенных Наций, имеющие прямой или косвенный собственнический интерес в корпорациях или ассоциациях, национальность которых не является национальностью Объединенных Наций в значении пункта 8 настоящей статьи, должны получать компенсацию, исчисляемую на основе общих убытков или ущерба, понесенных корпорацией или ассоциацией, и составляющую по отношению к таким убыткам или ущербу ту же пропорцию, какую составляют приносящие доход интересы таких граждан по отношению к капиталу корпорации или ассоциации.

б) Правительство Австрии предоставит Объединенным Нациям и их гражданам при распределении материалов для ремонта или восстановления их собственности в Австрии, а также при распределении иностранных девиц для импорта таких материалов такой же режим, как и тот, который применяется в отношении австрийских граждан.

5. Все произведенные в Австрии разумные расходы по предъявлению претензий, включая расходы на подсчет потерь или ущерба, должно нести Правительство Австрии.

6. Граждане Объединенных Наций и их собственность должны быть освобождены от всяких исключительных налогов, сборов или податей, палаганшихся на их основные фонды в Австрии Правительством Австрии или любой австрийской властью в период между днем капитуляции германских вооруженных сил и днем вступления в силу настоящего Договора со специальной целью покрытия расходов, связанных с

войной, или покрытия издержек на оккупационные войска. Любые суммы, выплаченные таким образом, должны быть возвращены.

7. Заинтересованный собственник и Правительство Австрии могут заключать соглашения взамен положений настоящей статьи.

8. Применяемые в настоящей статье:

а) Выражение «граждане Объединенных Наций» означает физических лиц, являющихся к моменту вступления в силу настоящего Договора гражданами любой из Объединенных Наций, или корпорации или ассоциации, организованные к этому моменту по законам любой из Объединенных Наций, при условии, что указанные лица, корпорации или ассоциации имели такой статус также и на 8 мая 1945 года.

Выражение «граждане Объединенных Наций» включает также в себя всех физических лиц, корпорации и ассоциации, которые на основании законов, действовавших в Австрии во время войны, рассматривались как вражеские.

б) Выражение «собственник» означает одну из Объединенных Наций или гражданина одной из Объединенных Наций, как определено в подпункте а) выше, имеющего право на данную собственность, и включает преемника такого собственника, при условии, что преемник также является гражданином одной из Объединенных Наций, как определено в подпункте а) или Объединенной Нацией. Если преемник приобрел собственность в поврежденном виде, то лицо передающее сохраняет свои права на возмещение на основании настоящей статьи без ущерба для обязательств, существующих между лицом передающим и лицом приобретающим в соответствии с внутренними законами.

в) Выражение «собственность» означает всю движимую или недвижимую собственность, материальную или нематериальную, включая промышленную, литературную и художественную собственность, а также все права или интересы всякого рода в собственности.

9. Постановления настоящей статьи не распространяются на передачи собственности, прав или интересов Объединенных Наций и их граждан в Австрии, произведенные в соответствии с законами и постановлениями, сохранившими свою силу в качестве австрийских законов на 28 июня 1946 года.

10. Правительство Австрии признает, что соглашение в Брно от 10 августа 1942 года является несуществующим и недействительным. Оно обязуется участвовать с другими сторонами, подписавшими Римское соглашение от 21 марта 1923 года, в любых переговорах, имеющих целью включение в его постановления необходимых изменений для обеспечения справедливого урегулирования предусмотренных в нем ежегодных платежей.

Статья 26

Собственность, права и интересы национальных меньшинств в Австрии

1. Австрия, поскольку ею это еще не сделано, обязуется, что во всех случаях, когда собственность, законные права или интересы в Австрии подверглись после 13 марта 1938 года насильственной передаче или секвестру, конфискации или контролю вследствие расо-

вого происхождения или религии собственника, эта собственность будет возвращена, а законные права и интересы будут восстановлены вместе с приходящими правами. Если возвращение или восстановление невозможно, то за потеря, понесенные в результате таких мер, будет выплачена компенсация в таком же размере, в каком она предоставляется или может быть предоставлена австрийским гражданам вообще в отношении военного ущерба.

2. Австрия соглашается взять под свой контроль всю собственность, законные права и интересы в Австрии, принадлежащие лицам, организациям или обществам, которые индивидуально или в качестве членов групп являлись объектами применения расовых, религиозных или других нацистских мер преследования, если, в случае отдельных лиц, такая собственность, права и интересы остались без наследника или неостребованными в течение 6 месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора, а в случае организаций и обществ —, если такие организации или общества перестали существовать. Австрия передаст такую собственность, права и интересы соответствующим агентствам или организациям, которые должны быть указаны главами четырех миссий в Вене, при согласовании с Правительством Австрии, для использования в целях оказания помощи и восстановления положения жертв преследования со стороны держав оси, при условии, что вышеуказанные положения не обязывают Австрию производить платежи в иностранной валюте или другие переводы за границу, которые явились бы бременем для экономики Австрии. Такая передача должна быть произведена в течение 18 месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора и должна включать собственность, права и интересы, восстановление которых требуется согласно пункту 1 настоящей статьи.

Статья 27

Австрийская собственность на территории Союзных и Соединенных Держав

1. Союзные и Соединенные Державы заявляют о своем намерении вернуть австрийскую собственность, права и интересы в том виде, в каком они в настоящее время существуют на их территориях, или вернуть выручку от ликвидации, распоряжения или реализации такой собственности, прав или интересов, после оплаты всех наросших налогов, административных расходов, претензий кредиторов и других подобных расходов, в тех случаях, когда эта собственность, права или интересы были ликвидированы, или ими распорядились или они были иным образом реализованы. Для этой цели Союзные и Соединенные Державы будут готовы заключить соглашение с Правительством Австрии.

2. Несмотря на предыдущие постановления, Федеративная Народная Республика Югославии будет иметь право взять, удержать или ликвидировать австрийскую собственность, права и интересы, которые на день вступления в силу настоящего Договора будут находиться на ее территории. Правительство Австрии обязуется компенсировать австрийских граждан, на собственность которых распространяется действие настоящего пункта.

Статья 28

Долги

1. Союзные и Соединенные Державы признают, что процентные платежи и аналогичные начисления на цен-

ные бумаги Правительства Австрии, срок выплаты которых приходится на период между 12 марта 1938 года и 8 мая 1945 года, представляют собой претензию к Германии, а не к Австрии.

2. Союзные и Соединенные Державы заявляют о своем намерении не воспользоваться положениями ваймовых соглашений, заключенных Правительством Австрии до 13 марта 1938 года в той части, в которой эти положения предоставляли кредиторам право контроля над государственными финансами Австрии.

3. Существование состояния войны между Союзными и Соединенными Державами и Германией само по себе не будет считаться фактором, влияющим на обязательство выплачивать денежные долги, вытекающие из обязательств и контрактов, существовавших до возникновения состояния войны — а также из приобретенных до этого времени прав —, срок уплаты которых наступил до дня вступления в силу настоящего Договора и которые причитаются с Правительства или граждан Австрии Правительству или гражданам одной из Союзных и Соединенных Держав, или которые причитаются с Правительства или граждан одной из Союзных и Соединенных Держав Правительству или гражданам Австрии.

4. За исключением случаев, специально предусмотренных в настоящем Договоре, ничто в нем не должно толковаться как наносящее ущерб отношениям между дебиторами и кредиторами, вытекающим из контрактов, заключенных до 1 сентября 1939 года Правительством Австрии или лицами, которые являлись австрийскими гражданами на 12 марта 1938 года.

Часть VI

Общие экономические отношения

Статья 29

1. До заключения торговых договоров или соглашений между отдельными Объединенными Нациями и Австрией Правительство Австрии будет предоставлять в течение 18 месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора нижеуказанный режим каждой из Объединенных Наций, которая на началах взаимности фактически предоставит Австрии аналогичный режим в подобных вопросах:

- Во всем, что касается пошлин и сборов по импорту или экспорту, внутреннего обложения импортируемых товаров, а также всех правил, относящихся к этому, Объединенным Нациям будет предоставлен безусловный режим наибольшего благоприятствования;
- Во всех других отношениях Австрия не должна проводить произвольной дискриминации, направленной против товаров, производимых на любой территории любой из Объединенных Наций, или предназначенных для этой территории, по сравнению с подобными товарами, производимыми на территории любой другой из Объединенных Наций или на территории любой другой иностранной державы или предназначенными для этих территорий;
- Гражданам Объединенных Наций, в том числе юридическим лицам, должен быть предоставлен национальный режим в режиме наибольшего благоприятствования во всех вопросах, касаю-

щихся торговли, промышленности, судоходства и других видов торговой деятельности в Австрии. Эти постановления не должны применяться к коммерческой авиации;

- д) Австрия не будет предоставлять никакого исключительного или предпочтительного права какой бы то ни было стране в отношении использования коммерческих самолетов в международном сообщении; она предоставит всем Объединенным Нациям равные возможности в приобретении на австрийской территории прав в области международной коммерческой авиации, включая право посадки для заправки горючим и ремонта; что касается использования коммерческих самолетов в международном сообщении, она предоставит всем Объединенным Нациям на основе взаимности и без дискриминации право беспосадочного полета над австрийской территорией. Эти постановления не должны затрагивать интересов национальной обороны Австрии.

2. Вышеупомянутые обязательства Австрии должны пониматься в том смысле, что на них распространяются изъятия, обычно включавшиеся в торговые договоры, заключенные Австрией до 13 марта 1938 года, а постановления, относящиеся к взаимности со стороны каждой из Объединенных Наций, должны пониматься в том смысле, что на них распространяются изъятия, обычно включаемые в торговые договоры данного государства.

Часть УИИ

Разрешение Споров

Статья 30

1. Споры, могущие возникнуть при осуществлении статьи, озаглавленной «Собственность Объединенных Наций в Австрии» настоящего Договора, должны передаваться Согласительной Комиссии, составленной на паритетных началах из одного представителя Правительства заинтересованной Объединенной Нации и одного представителя Правительства Австрии. Если в течение трех месяцев после передачи спора Согласительной Комиссии не будет достигнуто соглашения, каждое из Правительств может потребовать включения в Комиссию третьего члена, избираемого по взаимному соглашению между обоими Правительствами из числа граждан третьей страны. Если два Правительства в течение двух месяцев не смогут достигнуть соглашения относительно избрания третьего члена Комиссии, они обращаются к Главам Дипломатических Миссий Советского Союза, Соединенного Королевства, Соединенных Штатов Америки и Франции в Вене, которые назначают третьего члена Комиссии. Если Главы Дипломатических Миссий не смогут в течение одного месяца согласиться о назначении этого третьего члена, то любая из сторон может обратиться к Генеральному Секретарю Объединенных Наций с просьбой произвести это назначение.

2. Когда та или иная Согласительная Комиссия будет учреждена согласно пункту 1 настоящей статьи, в её компетенцию будет входить разрешение всех споров, которые могут впоследствии возникнуть между заинтересованной страной Объединенных Наций и Австрией при применении и толковании статьи,

указанной в пункте 1 настоящей статьи, и она будет выполнять функции, возложенные на неё этими постановлениями.

3. Каждая Согласительная Комиссия определит свою собственную процедуру, устанавливая правила, соответствующие принципам справедливости и правосудия.

4. Каждое Правительство будет платить жалование тому члену Согласительной Комиссии, которого оно назначит, а также любому представителю, которому оно может поручить представлять его в Комиссии. Жалование третьего члена будет установлено по специальному соглашению между заинтересованными Правительствами, и это жалование вместе с общими расходами каждой Комиссии будет выплачиваться обоими Правительствами в равных долях.

5. Стороны принимают на себя обязательство, что их власти будут оказывать Согласительной Комиссии непосредственно всякое содействие в пределах своих полномочий.

6. Решение большинства членов Комиссии будет являться решением Комиссии и должно приниматься сторонами как окончательное и обязательное.

Часть УИИ

Разные экономические Постановления

Статья 31

Постановления, относящиеся к Дунаю

Навигация на реке Дунай должна быть свободной и открытой для граждан, торговых судов и товаров всех государств на основе равенства в отношении портовых и навигационных сборов и условий торгового судоходства. Вышеизложенное не распространяется на перевозки между портами одного и того же государства.

Статья 32

Транзит

1. Австрия окажет содействие, в пределах возможного, в железнодорожных транзитных перевозках на своей территории, с разумными тарифами, и будет готова с этой целью заключить с соседними государствами взаимные соглашения.

2. Союзные и Соединенные Державы обязуются поддержать включение в урегулирование в отношении Германии положений, касающихся облегчения транзита и сообщения без взимания таможенных пошлин и сборов между Зальцбургом и Лофером (Зальцбург) через Рейхенхалль-Штейнпасс и между Шарнитц (Тироль) и Эрвальд (Тироль) через Гармиш-Партен Кирхен.

Статья 33

Область применения

Статьи настоящего Договора, озаглавленные «Собственность Объединенных Наций в Австрии» и «Общие экономические отношения», будут применяться к Союзным и Соединенным Державам и к тем из Объединенных Наций, которые имели этот статус на 8 мая 1945 года и дипломатические отношения которых с Германией были порваны в период между 1 сентября 1939 года и 1 января 1945 года.

Часть IX Заключительные Постановления

Статья 34

Главы Миссий

1. В течение периода, не превышающего 18 месяцев со дня вступления в силу настоящего Договора, Главы Дипломатических Миссий Советского Союза, Соединенного Королевства, Соединенных Штатов Америки и Франции в Вене, действуя по согласованию, будут представлять Союзные и Соединенные Государства в сношениях с Правительством Австрии по всем вопросам, касающимся выполнения и толкования настоящего Договора.

2. Четыре Главы Миссий будут предоставлять Правительству Австрии такие руководство, технические советы и разъяснения, какие могут быть необходимы для обеспечения быстрого и эффективного выполнения настоящего Договора в соответствии с его духом и текстом.

3. Правительство Австрии обязуется предоставлять упомянутым четырём Главам Миссий всю необходимую информацию и оказывать любое содействие, которое они могут потребовать при выполнении задач, возложенных на них настоящим Договором.

Статья 35

Толкование Договора

1. За исключением тех случаев, когда иной порядок специально предусмотрен какой-либо из статей настоящего Договора, любой спор относительно толкования или выполнения этого Договора, не урегулированный путем прямых дипломатических переговоров, должен передаваться четырём Главам Миссий, действующим на основании статьи 34, с тем исключением, что в этом случае Главы Миссий не будут ограничены сроком, предусмотренным этой статьей. Любой такой спор, не разрешенный Главами Миссий в течение двух месяцев, должен, если спорящие стороны не придут к взаимному соглашению об иных способах урегулирования спора, передаваться, по требованию любой из спорящих сторон, в Комиссию в составе одного представителя от каждой из сторон и третьего члена, выбранного по взаимному соглашению двух сторон из граждан третьей страны. Если двум сторонам не удастся в месячный срок прийти к соглашению относительно назначения

третьего члена, то любая из них может обратиться к Генеральному Секретарю Объединенных Наций с просьбой произвести это назначение.

2. Решение большинства членов Комиссии будет являться решением Комиссии и должно приниматься сторонами как окончательное и обязательное.

Статья 36

Сила Приложений

Постановления Приложений будут иметь силу и действие, как неотъемлемая часть настоящего Договора.

Статья 37

Приращение к Договору

1. Любой член Организации Объединенных Наций, находившийся в состоянии войны с Германией, который имел статус Объединенной Нации на 8 мая 1945 года, и не являющийся стороной, подписавшей настоящий Договор, может присоединиться к этому Договору и после присоединения будет для целей Договора считаться одной из Соединенных Государств.

2. Акты присоединения будут сданы на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик и будут иметь силу со дня сдачи.

Статья 38

Ратификация Договора

1. Настоящий Договор, русский, английский, французский и немецкий тексты которого являются аутентичными, будет ратифицирован.

Договор вступит в силу немедленно после сдачи ратификационных грамот Союзом Советских Социалистических Республик, Соединенным Королевством Великобритании и Северной Ирландии, Соединенными Штатами Америки и Францией, с одной стороны, и Австрией — с другой. Ратификационные грамоты будут в кратчайший срок сданы на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик.

2. В отношении каждой из Союзных или Соединенных Государств, ратификационная грамота которой будет сдана после этого, Договор вступит в силу со дня сдачи на хранение. Настоящий Договор будет сдан в архивы Правительства Союза Советских Социалистических Республик, которое разошлет заверенные копии каждому из подписавших настоящий Договор или присоединившихся к нему государств.

State Treaty

for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria

Preamble

The Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States of America, and France, hereinafter referred to as "the Allied and Associated Powers", of the one part and Austria, of the other part;

Whereas on 13th March, 1938, Hitlerite Germany annexed Austria by force and incorporated its territory in the German Reich;

Whereas in the Moscow Declaration published on 1st November, 1943, the Governments of the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom and the United States of America declared that they regarded the annexation of Austria by Germany on 13th March, 1938, as null and void and affirmed their wish to see Austria re-established as a free and independent State, and the French Committee of National Liberation made a similar declaration on 16th November, 1943;

Whereas as a result of the Allied victory Austria was liberated from the domination of Hitlerite Germany;

Whereas the Allied and Associated Powers, and Austria, taking into account the importance of the efforts which the Austrian people themselves have made and will have to continue to make for the restoration and democratic reconstruction of their country, desire to conclude a treaty re-establishing Austria as a free, independent and democratic State, thus contributing to the restoration of peace in Europe;

Whereas the Allied and Associated Powers desire by means of the present Treaty to settle in accordance with the principles of justice all questions which are still outstanding in connection with the events referred to above, including the annexation of Austria by Hitlerite Germany and participation of Austria in the war as an integral part of Germany; and

Whereas the Allied and Associated Powers and Austria are desirous for these purposes of con-

cluding the present Treaty to serve as the basis of friendly relations between them, thereby enabling the Allied and Associated Powers to support Austria's application for admission to the United Nations Organization;

Have therefore appointed the undersigned Plenipotentiaries who, after presentation of their full powers, found in good and due form, have agreed on the following provisions:

Part I

Political and Territorial Clauses

Article 1

Re-establishment of Austria as a Free and Independent State

The Allied and Associated Powers recognize that Austria is re-established as a sovereign, independent and democratic State.

Article 2

Maintenance of Austria's Independence

The Allied and Associated Powers declare that they will respect the independence and territorial integrity of Austria as established under the present Treaty.

Article 3

Recognition by Germany of Austrian Independence

The Allied and Associated Powers will incorporate in the German Peace Treaty provisions for securing from Germany the recognition of Austria's sovereignty and independence and the renunciation by Germany of all territorial and political claims in respect of Austria and Austrian territory.

Article 4

Prohibition of Anschluss

1. The Allied and Associated Powers declare that political or economic union between Austria

and Germany is prohibited. Austria fully recognizes its responsibilities in this matter and shall not enter into political or economic union with Germany in any form whatsoever.

2. In order to prevent such union Austria shall not conclude any agreement with Germany, nor do any act, nor take any measures likely, directly or indirectly, to promote political or economic union with Germany, or to impair its territorial integrity or political or economic independence. Austria further undertakes to prevent within its territory any act likely, directly or indirectly, to promote such union and shall prevent the existence, resurgence and activities of any organizations having as their aim political or economic union with Germany, and pan-German propaganda in favor of union with Germany.

Article 5

Frontiers of Austria

The frontiers of Austria shall be those existing on 1st January, 1938.

Article 6

Human Rights

1. Austria shall take all measures necessary to secure to all persons under Austrian jurisdiction, without distinction as to race, sex, language or religion, the enjoyment of human rights and of the fundamental freedoms, including freedom of expression, of press and publication, of religious worship, of political opinion and of public meeting.

2. Austria further undertakes that the laws in force in Austria shall not, either in their content or in their application, discriminate or entail any discrimination between persons of Austrian nationality on the ground of their race, sex, language or religion, whether in reference to their persons, property, business, professional or financial interests, status, political or civil rights or any other matter.

Article 7

Rights of the Slovene and Croat Minorities

1. Austrian nationals of the Slovene and Croat minorities in Carinthia, Burgenland and Styria shall enjoy the same rights on equal terms as all other Austrian nationals, including the right to their own organizations, meetings and press in their own language.

2. They are entitled to elementary instruction in the Slovene or Croat language and to a proportional number of their own secondary schools; in this connection school curricula shall

be reviewed and a section of the Inspectorate of Education shall be established for Slovene and Croat schools.

3. In the administrative and judicial districts of Carinthia, Burgenland and Styria, where there are Slovene, Croat or mixed populations, the Slovene or Croat language shall be accepted as an official language in addition to German. In such districts topographical terminology and inscriptions shall be in the Slovene or Croat language as well as in German.

4. Austrian nationals of the Slovene and Croat minorities in Carinthia, Burgenland and Styria shall participate in the cultural, administrative and judicial systems in these territories on equal terms with other Austrian nationals.

5. The activity of organizations whose aim is to deprive the Croat or Slovene population of their minority character or rights shall be prohibited.

Article 8

Democratic Institutions

Austria shall have a democratic government based on elections by secret ballot and shall guarantee to all citizens free, equal and universal suffrage as well as the right to be elected to public office without discrimination as to race, sex, language, religion or political opinion.

Article 9

Dissolution of Nazi Organizations

1. Austria shall complete the measures, already begun by the enactment of appropriate legislation approved by the Allied Commission for Austria, to destroy the National Socialist Party and its affiliated and supervised organizations, including political, military and para-military organizations, on Austrian territory. Austria shall also continue the efforts to eliminate from Austrian political, economic and cultural life all traces of Nazism, to ensure that the above-mentioned organizations are not revived in any form, and to prevent all Nazi and militarist activity and propaganda in Austria.

2. Austria undertakes to dissolve all Fascist-type organizations existing on its territory, political, military and para-military, and likewise any other organizations carrying on activities hostile to any United Nation or which intend to deprive the people of their democratic rights.

3. Austria undertakes not to permit, under threat of penal punishment which shall be immediately determined in accordance with procedures established by Austrian Law, the existence and the activity on Austrian territory of the above-mentioned organizations.

Article 10

Special Clauses on Legislation

1. Austria undertakes to maintain and continue to implement the principles contained in the laws and legal measures adopted by the Austrian Government and Parliament since 1st May, 1945, and approved by the Allied Commission for Austria, aimed at liquidation of the remnants of the Nazi regime and at the re-establishment of the democratic system, and to complete the legislative and administrative measures already taken or begun since 1st May, 1945, to codify and give effect to the principles set out in Articles 6, 8 and 9 of the present Treaty, and insofar as she has not yet done so to repeal or amend all legislative and administrative measures adopted between 5th March, 1933, and 30th April, 1945, which conflict with the principles set forth in Articles 6, 8 and 9.

2. Austria further undertakes to maintain the law of 3rd April, 1919, concerning the House of Hapsburg-Lorraine.

Article 11

Recognition of Peace Treaties

Austria undertakes to recognize the full force of the Treaties of Peace with Italy, Roumania, Bulgaria, Hungary and Finland and other agreements or arrangements which have been or will be reached by the Allied and Associated Powers in respect of Germany and Japan for the restoration of peace.

Part II

Military and Air Clauses

Article 12

Prohibition of Service in the Austrian Armed Forces of Former Members of Nazi Organizations, and certain other Categories of Persons

The following shall in no case be permitted to serve in the Austrian Armed Forces:

1. Persons not of Austrian nationality;
2. Austrian nationals who had been German nationals at any time before 13th March, 1938;
3. Austrian nationals who served in the rank of Colonel or in any higher rank in the German Armed Forces during the period from 13th March, 1938, to 8th May, 1945;
4. With the exception of any persons who shall have been exonerated by the appropriate body in accordance with Austrian law, Austrian nationals falling within any of the following categories:

- (a) Persons who at any time belonged to the National Socialist Party ("N.S.D.A.P.") or the "S. S.", "S. A.", or "S. D." organizations; the Secret State Police ("Gestapo"); or the National Socialist Soldiers' Association ("N. S. Soldatenring"); or the National Socialist Officers' Association ("N. S. Offiziersvereinigung").
- (b) Officers in the National Socialist Fliers' Corps ("N. S. F. K.") or the National Socialist Motor Corps ("N. S. K. K.") of rank not lower than "Untersturmfuehrer" or its equivalent;
- (c) Functionaries in any supervised or affiliated organizations of the N. S. D. A. P. of rank not lower than that equivalent to "Ortsgruppenleiter";
- (d) Authors of printed works or scenarios placed by the competent commissions set up by the Government of Austria in the category of prohibited works because of their Nazi character;
- (e) Leaders of industrial, commercial and financial undertakings who according to the official and authenticated reports of existing industrial, commercial and financial associations, trade unions and party organizations are found by the competent commission to have co-operated actively in the achievement of the aims of the N.S.D.A.P. or of any of its affiliated organizations, supported the principles of National Socialism or financed or spread propaganda for National Socialist organizations or their activities, and by any of the foregoing to have damaged the interests of an independent and democratic Austria.

Article 13

Prohibition of Special Weapons

1. Austria shall not possess, construct or experiment with — (a) Any atomic weapon, (b) any other major weapon adaptable now or in the future to mass destruction and defined as such by the appropriate organ of the United Nations, (c) any self-propelled or guided missile or torpedoes, or apparatus connected with their discharge or control, (d) sea mines, (e) torpedoes capable of being manned, (f) submarines or other submersible craft, (g) motor torpedo boats, (h) specialized types of assault craft, (i) guns with a range of more than 30 kilometers, (j) asphyxiating, vesicant or poisonous materials or biological substances in quantities greater than, or of types other than, are required for legitimate civil purposes, or any apparatus designed to produce, project or spread such materials or substances for war purposes.

2. The Allied and Associated Powers reserve the right to add to this Article prohibitions of any weapons which may be evolved as a result of scientific development.

Article 14

Disposal of War Materiel of Allied and German Origin

1. All war materiel of Allied origin in Austria shall be placed at the disposal of the Allied or Associated Power concerned according to the instructions given by that Power.

Austria shall renounce all rights to the above-mentioned war materiel.

2. Within one year from the coming into force of the present Treaty Austria shall render unusable for any military purpose or destroy:

all excess war materiel of German or other non-Allied origin;

in so far as they relate to modern war materiel, all German and Japanese drawings, including existing blueprints, prototypes, experimental models and plans;

all war materiel prohibited by Article 13 of the present Treaty; all specialized installations, including research and production equipment, prohibited by Article 13 which are not convertible for authorized research, development or construction.

3. Within six months from the coming into force of the present Treaty Austria shall provide the Governments of the Soviet Union, of the United Kingdom, of the United States of America, and of France with a list of the war materiel and installations enumerated in paragraph 2.

4. Austria shall not manufacture any war materiel of German design.

Austria shall not acquire or possess, either publicly or privately, or by any other means, any war materiel of German manufacture, origin or design except that the Austrian Government may utilize, for the creation of the Austrian Armed Forces, restricted quantities of war materiel of German manufacture, origin or design remaining in Austria after the Second World War.

5. A definition and list of war materiel for the purposes of the present Treaty are contained in Annex I.

Article 15

Prevention of German Rearmament

1. Austria shall co-operate fully with the Allied and Associated Powers in order to ensure that Germany is unable to take steps outside German territory towards rearmament.

2. Austria shall not employ or train in military or civil aviation or in the experimentation, design, production or maintenance of war materiel:

persons who are, or were at any time previous to 13th March, 1938, nationals of Germany;

or Austrian nationals precluded from serving in the Armed Forces under Article 12;

or persons who are not Austrian nationals.

Article 16

Prohibition Relating to Civil Aircraft of German and Japanese Design

Austria shall not acquire or manufacture civil aircraft which are of German or Japanese design or which embody major assemblies of German or Japanese manufacture or design.

Article 17

Duration of Limitations

Each of the military and air clauses of the present Treaty shall remain in force until modified in whole or in part by agreement between the Allied and Associated Powers and Austria or, after Austria becomes a member of the United Nations, by agreement between the Security Council and Austria.

Article 18

Prisoners of War

1. Austrians who are now prisoners of war shall be repatriated as soon as possible, in accordance with arrangements to be agreed upon by the individual Powers detaining them and Austria.

2. All costs, including maintenance costs, incurred in moving Austrians who are now prisoners of war from their respective assembly points, as chosen by the Government of the Allied or Associated Power concerned, to the point of their entry into Austrian territory, shall be borne by the Government of Austria.

Article 19

War Graves and Memorials

1. Austria undertakes to respect, preserve and maintain the graves on Austrian territory of the soldiers, prisoners of war and nationals forcibly brought to Austria of the Allied Powers as well as of the other United Nations which were at war with Germany, the memorials and emblems on these graves, and the memorials to the military glory of the armies which fought on Austrian territory against Hitlerite Germany.

2. The Government of Austria shall recognize any commission, delegation or other organization authorized by the State concerned to identify, list, maintain or regulate the graves and edifices referred to in paragraph 1; shall facilitate the work of such organizations; and shall conclude in respect of the above-mentioned graves and edifices such agreements as may prove necessary with the State concerned or with any commission or delegation or other organization authorized by it. It likewise agrees to render, in conformity with reasonable sanitary requirements, every facility for the disinterment and despatch to their own country of the remains buried in the said graves, whether at the request of the official organizations of the State concerned or at the request of the relatives of the persons interred.

Part III

Article 20

Withdrawal of Allied Forces

1. The Agreement on the Machinery of Control in Austria of 28th June, 1946 shall terminate on the coming into force of the present Treaty.

2. On the coming into force of the present Treaty, the Inter-Allied Command established under paragraph 4 of the Agreement on Zones of Occupation in Austria and the Administration of the City of Vienna of 9th July, 1945, shall cease to exercise any functions with respect to the administration of the City of Vienna. The Agreement on Zones of Occupation of Austria shall terminate upon completion of the withdrawal from Austria of the forces of the Allied and Associated Powers in accordance with paragraph 3 of the present Article.

3. The forces of the Allied and Associated Powers and members of the Allied Commission for Austria shall be withdrawn from Austria within ninety days from the coming into force of the present Treaty, and in so far as possible not later than 31st December, 1955.

4. The Government of Austria shall accord to the forces of the Allied and Associated Powers and the members of the Allied Commission for Austria pending their withdrawal from Austria the same rights, immunities and facilities as they enjoyed immediately before the coming into force of the present Treaty.

5. The Allied and Associated Powers undertake to return to the Government of Austria after the coming into force of the present Treaty and within the period specified in paragraph 3 of this Article:

- (a) All currency which was made available free of cost to the Allied and Associated Powers for the purpose of the occupation and which remains unexpended at the time

of completion of withdrawal of the Allied forces;

- (b) All Austrian property requisitioned by Allied forces or the Allied Commission, and which is still in their possession. The obligations under this sub-paragraph shall be applied without prejudice to the provisions of Article 22 of the present Treaty.

Part IV

Claims Arising out of the War

Article 21

Reparation

No reparation shall be exacted from Austria arising out of the existence of a state of war in Europe after 1st September, 1939.

Article 22

German Assets in Austria

The Soviet Union, the United Kingdom, the United States of America and France have the right to dispose of all German assets in Austria in accordance with the Protocol of the Berlin Conference of 2nd August, 1945.

1. The Soviet Union shall receive for a period of validity of thirty years concessions to oil fields equivalent to 60% of the extraction of oil in Austria for 1947, as well as property rights to all buildings, constructions, equipment, and other property belonging to these oil fields, in accordance with list No. 1 and map No. 1 annexed to the Treaty.

2. The Soviet Union shall receive concessions to 60% of all exploration areas located in Eastern Austria that are German assets to which the Soviet Union is entitled in conformity with the Potsdam Agreement and which are in its possession at the present time, in accordance with list No. 2 and map No. 2 annexed to the Treaty.

The Soviet Union shall have the right to carry out explorations on the exploration areas mentioned in the present paragraph for 8 years and to subsequent extraction of oil for a period of 25 years beginning from the moment of the discovery of oil.

3. The Soviet Union shall receive oil refineries having a total annual production capacity of 420,000 tons of crude oil, in accordance with list No. 3.

4. The Soviet Union shall receive those undertakings concerned in the distribution of oil products which are at its disposal, in accordance with list No. 4.

5. The Soviet Union shall receive the assets of the Danube Shipping Company (D. D. S. G.), located in Hungary, Roumania and Bulgaria; and, likewise, in accordance with list No. 5,

100% of the assets of the Danube Shipping Company located in Eastern Austria.

6. The Soviet Union shall transfer to Austria property, rights and interests held or claimed as German assets, together with existing equipment, and shall also transfer war industrial enterprises, together with existing equipment, houses and similar immovable property, including plots of land, located in Austria and held or claimed as war booty with the exception of the assets mentioned in paragraphs 1, 2, 3, 4 and 5 of the present Article. Austria for its part undertakes to pay the Soviet Union 150,000,000 United States dollars in freely convertible currency within a period of 6 years.

The said sum will be paid by Austria to the Soviet Union in equal three-monthly installments of 6,250,000 United States dollars in freely convertible currency. The first payment will be made on the first day of the second month following the month of the entry into force of the present Treaty. Subsequent three-monthly payments will be made on the first day of the appropriate month. The last three-monthly payment will be made on the last day of the six-year period after the entry into force of this Treaty.

The basis for payments provided for in this Article will be the United States dollar at its gold parity on 1st September, 1949, that is, 35 dollars for 1 ounce of gold.

As security for the punctual payment of the above-mentioned sums due to the Soviet Union the Austrian National Bank shall issue to the State Bank of the U. S. S. R. within two weeks of the coming into force of the present Treaty promissory notes to the total sum of 150,000,000 United States dollars to become payable on the dates provided for in the present Article.

The promissory notes to be issued by Austria will be non-interest-bearing. The State Bank of the U. S. S. R. does not intend to discount these notes provided that the Austrian Government and the Austrian National Bank carry out their obligations punctually and exactly.

7. Legal Position of Assets:

(a) All former German assets which have become the property of the Soviet Union in accordance with paragraphs 1, 2, 3, 4 and 5 of the present Article shall, as the general rule, remain under Austrian jurisdiction and, in conformity with this, Austrian legislation shall apply to them.

(b) Where duties and charges, commercial and industrial rights and the levying of taxation are concerned, these assets shall be subject to conditions not less favorable than those which apply or will apply to

undertakings belonging to Austria and its nationals and also to other states and persons who are accorded most-favored-nation treatment.

(c) All former German assets which have become the property of the Soviet Union shall not be subject to expropriation without the consent of the Soviet Union.

(d) Austria will not raise any difficulties in regard to the export of profits or other income (i. e. rents) in the form of output or of any freely convertible currency received.

(e) The rights, properties and interests transferred to the Soviet Union as well as the rights, properties and interests which the Soviet Union relinquishes to Austria shall be transferred without any charges or claims on the part of the Soviet Union or on the part of Austria. Under the words "charges and claims" is understood not only creditor claims arising out of the exercise of Allied control of these properties, rights and interests after 8th May, 1945, but also all other claims including claims in respect of taxes. The reciprocal waiver by the Soviet Union and Austria of charges and claims applies to all such charges and claims as exist on the date when Austria formalizes the rights of the Soviet Union to the former German assets transferred to it and on the date of the actual transfer to Austria of the assets relinquished by the Soviet Union.

8. The transfer to Austria of all properties, rights and interests provided for in paragraph 6 of the present Article, and also the formalizing by Austria of the rights of the Soviet Union to the former German assets to be transferred shall be effected within two months from the date of the entry into force of the present Treaty.

9. The Soviet Union shall likewise own the rights, property and interests in respect of all assets, wherever they may be situated in Eastern Austria, created by Soviet organizations or acquired by them by purchase after 8th May, 1945 for the operation of the properties enumerated in Lists 1, 2, 3, 4 and 5 below.

The provisions as set forth in sub-paragraphs a, b, c and d of paragraph 7 of the present Article shall correspondingly apply to these assets.

10. Disputes which may arise in connection with the application of the provisions of the present Article shall be settled by means of bilateral negotiations between the interested parties.

In the event of failure to reach agreement by bilateral negotiations between the Governments of the Soviet Union and of Austria within three

months, disputes shall be referred for settlement to an Arbitration Commission consisting of one representative of the Soviet Union and one representative of Austria with the addition of a third member, a national of a third country, selected by mutual agreement between the two Governments.

11. The United Kingdom, the United States of America and France hereby transfer to Austria all property, rights and interests held or claimed by or on behalf of any of them in Austria as former German assets or war booty.

Property, rights and interests transferred to Austria under this paragraph shall pass free from any charges or claims on the part of the United Kingdom, the United States of America or France arising out of the exercise of their control of these properties, rights or interests after 8th May, 1945.

12. After fulfillment by Austria of all obligations stipulated in the provisions of the present Article or derived from such provisions, the claims of the Allied and Associated Powers with respect to former German assets in Austria, based on the Decision of the Berlin Conference of 2nd August, 1945, shall be considered as fully satisfied.

13. Austria undertakes that, except in the case of educational, cultural, charitable and religious property none of the properties, rights and interests transferred to it as former German assets shall be returned to ownership of German juridical persons or where the value of the property, rights and interests exceeds 260,000 schillings, to the ownership of German natural persons. Austria further undertakes not to pass to foreign ownership those rights and properties indicated in Lists 1 and 2 of this Article which will be transferred to Austria by the Soviet Union in accordance with the Austro-Soviet Memorandum of April 15, 1955.

14. The provisions of this Article shall be subject to the terms of Annex II of this Treaty.

List No. 1
Oil Fields in Eastern Austria on Which Concessions Shall Be Granted to the Soviet Union

Serial No.	Name of Oil Field	Name of Company
1.	Mühlberg	ITAG
2.	St. Ulrich-DEA	D. E. A.
3.	St. Ulrich-Niederdonau	Niederdonau
4.	Gösting-Kreutzfeld-Pionier (50% of Production)	E. P. G.

Note:

A. All properties of the oil fields listed above shall be transferred to the Soviet Union, including all wells, both productive and non-productive, with all their surface and underground equipment, oil collecting networks, installations and equipment for drilling, compressor and pumping stations, mechanical workshops, gasoline installations, steam-generating plants, electric generating plants and sub-stations with transmission networks, pipe lines, water supply systems and water mains, electric networks, steam lines, gas mains, oil-field roads, approach roads, telephone lines, fire fighting equipment, motor vehicle and tractor parks, office and living accommodation serving the fields, and other property connected with the exploitation of oil fields listed above.

B. The right of ownership and leasehold rights to all the properties of the above-mentioned producing fields shall be transferred to the Soviet Union to the extent that any natural or juridical person who owned these fields, exploited them or participated in their exploitation, had rights in, title to, or interest in the said properties.

In cases where any property was held on lease, the periods of the leases, as provided for in the lease agreements, shall be calculated from the date of the entry into force of the present Treaty, and the lease agreements cannot be terminated without the consent of the Soviet Union.

List No. 2

Concessions to Oil Exploration Areas in Eastern Austria To Be Transferred to the Soviet Union

Serial No.	Name of Concession	Name of Company	Hectarage of the area to be ceded to the U. S. S. R.
1.	Neusiedlersee	Elverat	122,480
2.	Leithagebirge	Kohle Oel Union	52,700
3.	Gross Enzersdorf (including the Aderklaa field)	Niederdonau	175,000
		Carry forward ...	350,180 ha.

Serial No.	Name of Concession	Name of Company	Hectareage of the area to be ceded to the U.S.S.R.
		Brought forward ...	350,180 ha.
4.	Hauskirchen (including the Alt Lichtenwarth field)	ITAG	4,800
5.	St. Ulrich	D. E. A.	740
6.	Schrattenberg	Kohle Oel Union	3,940
7.	Grosskrut	Wintershal	8,000
8.	Mistelbach	Preussag	6,400
9.	Paasdorf (50% of the area)	E. P. G.	3,650
10.	Steinberg	Steinberg Naphta	100
11.	Hausbrunn	D. E. A.	350
12.	Drasenhofen (area on Austrian territory)	Kohle Oel Union	8,060
13.	Ameis	Preussag	7,080
14.	Siebenhirten	Elverat	5,000
15.	Leis	ITAG	14,800
16.	Korneuburg	Ritz	30,000
17.	Klosterneuburg (50% of the area)	E. P. G.	7,900
18.	Oberlaa	Preussag	51,400
19.	Enzersdorf	Deutag	25,800
20.	Oedenburger Pforte	Kohle Oel Union	55,410
21.	Tulln	Donau Oel	38,070
22.	Kilb (50% of the area)	E. P. G.	18,220
23.	Pullendorf	Kohle Oel Union	60,700
24.	Nord Steiermark (50% of the area in the Soviet Zone)	E. P. G.	55,650
25.	Mittel Steiermark (area in the Soviet Zone)	Wintershal	9,840
26.	Gösting (50% of the area)	E. P. G.	250
	Total ...	26 Concessions	766,340 ha.

Note:

A. All the properties of the above-mentioned oil exploration areas shall be transferred to the Soviet Union.

B. The right of ownership and leasehold rights to all the properties of the above-mentioned oil exploration areas shall be transferred to the Soviet Union to the extent that any natural or juridical person who owned these oil exploration areas, exploited them or participated in their exploitation, had rights in, title to, or interest in the said properties.

In cases where any property was held on lease, the periods of the leases, as provided for in the lease agreements, shall be calculated from the date of the entry into force of the present Treaty, and the lease agreements cannot be terminated without the consent of the Soviet Union.

List No. 3

Oil Refineries in Eastern Austria the Property Rights to Which Are To Be Transferred to the Soviet Union

Serial No.	Name of the refinery	Annual productive capacity in 1,000 tons of crude oil in 1947
1.	Lobau	240.0
2.	Nova	120.0
3.	Korneuburg	60.0
4.	Okeros (re-refining)	—
5.	Oil Refinery "Moosbierbaum" excluding the equipment belonging to France and subject to restitution.	
	Total ...	420.0

Note:

A. The properties of the refineries shall be transferred with all their equipment including technological installations, electric generating stations, steam generating plants, mechanical workshops, oil depot equipment and storage parks, loading ramps and river moorings, pipe lines including the pipe line Lobau—Zistersdorf, roads, approach roads, office and living quarters, fire fighting equipment, etc.

B. The right of ownership and leasehold rights to all the properties of the above-mentioned oil refineries shall be transferred to the Soviet Union to the extent that any natural or juridical person who owned these refineries, exploited them or participated in their exploitation, had rights in, title to, or interest in the said properties.

In cases where any property was held on lease, the periods of the leases, as provided for in the lease agreements, shall be calculated from the date of the entry into force of the present Treaty, and the lease agreements cannot be terminated without the consent of the Soviet Union.

List No. 4

Undertakings in Eastern Austria Engaged in the Distribution of Oil Products, the Property Rights to Which Are To Be Transferred to the Soviet Union

Serial No.	Name of the Undertaking
1.	Deutsche Gasolin A. G. — distributing branch in Austria G. m. b. H.
2.	"A. G. der Kohlenwerkstoffverband Gruppe Benzin-Benzol-Verband-Bochum" — branch in Austria including the oil depot belonging to it at Praterspitz.
3.	"Nova" Mineral Oel Vertrieb Gesellschaft m. b. H.
4.	"Donau-Oel G. m. b. H."
5.	"Nitag" with the oil depot at Praterspitz.
6.	Firms engaged in gas distribution "Erdgas G. m. b. H.", "Fergas A. G.", "Zaya Gas G. m. b. H.", "Reintal Gas G. m. b. H." and "B. F. Methane G. m. b. H."
7.	Oil depots "Praterspitz Winter Hafen" and "Mauthausen".

Serial No.	Name of the Undertaking
8.	"Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft m. b. H." (W. I. F. O.) Oil depot at Lobau and plots of land.
9.	Pipe line Lobau (Austria)—Raudnitz (Czechoslovakia) on the section from Lobau to the Czechoslovak frontier.

Note:

A. The undertakings shall be transferred with all their property located in Eastern Austria, including oil depots, pipe lines, distributing pumps, filling and emptying ramps, river moorings, roads, approach roads, etc.

In addition, the property rights over the whole park of railway tank wagons now in the possession of Soviet organizations shall be transferred to the Soviet Union.

B. The right of ownership and leasehold rights to all the equipment of the above-mentioned undertakings situated in Eastern Austria and engaged in the distribution of oil products shall be transferred to the Soviet Union to the extent that any natural or juridical person who owned these undertakings, exploited them or participated in their exploitation, had rights in, title to, or interest in the said equipment.

In cases where any property was held on lease, the periods of the leases, as provided for in the lease agreements, shall be calculated from the date of the entry into force of the present Treaty, and the lease agreements cannot be terminated without the consent of the Soviet Union.

List No. 5

Assets of the D.D.S.G. in Eastern Austria To Be Transferred to the Soviet Union

I. Shipyard in the Town of Korneuburg

The property rights of the shipyard in the town of Korneuburg situated on the left bank of the Danube at Kilometer 1943 and occupying territory on both sides of the old bed of the river Danube, with an aggregate area estimated at 220,770 square meters are to be transferred to the Soviet Union. The wharf area is equal to 61,300 square meters and the berth accommodation to 177 meters.

Furthermore, rights in the lease of the shipyard area of 2,946 square meters are to be transferred to the Soviet Union.

Property rights and other rights to all the equipment of the shipyard to the extent that

the D. D. S. G. had rights, or title to or interest in the said equipment, including all plots of land, buildings, dockyards and slips, floating tackle, workshops, buildings and premises, power stations and transformer sub-stations, railway sidings, transport equipment, technological and operational equipment, tools and inventory, communications and all communal welfare installations, dwelling houses and barracks, and also all other property belonging to the shipyard are to be transferred to the Soviet Union.

II. Areas of the Port of the City of Vienna.

a) First Area (Nordbahnbruecke)

1. Port area from point 1931, 347.35 kilometers along the course of the Danube to point 1931, 211.65 kilometers, including in it the "Donau-Sandwerkplatz" area, and from point 1931, 176.90 kilometers to point 1930, 439.35 kilometers along the course of the Danube, including in it the areas "Nordbahnbruecke" and "Zwischenbruecke", extending along the wharfside for a total distance of 873.2 meters and with an average width of about 70 meters.

b) Second Area (Nordbahnlaende)

2. Port area from point 1929, 803.00 kilometers to point 1929, 618.00 kilometers along the course of the Danube, extending along the wharfside for a distance of 185.00 meters and with an average width of about 15 meters with the two adjacent railways and also the plot of the "Kommunal Baeder" area.

c) Third Area (Praterkai)

Port area from point 1928, 858.90 kilometers to point 1927, 695.30 kilometers along the course of the Danube, for a distance of 1163.60 meters and with an average width of about 70 meters.

d) Fourth Area

Port area, bordering on point 1925, 664.7 kilometers, on the Danube on the area of the port used by the Hungarian Steamship Company, to point 1925, 529.30 kilometers on the area occupied by the railway (Kaibahnhof), extending along the wharfside for a total distance of 135.4 meters and with an average width of about 70 meters.

The four areas of the Port enumerated shall be transferred with all the hydro-technical constructions, warehouses, magazines, sheds, river station, operational, service and dwelling houses, auxiliary buildings and constructions, mechanical and loading and unloading equipment and

mechanisms, repair shops with equipment, transformer sub-stations and electrical equipment, communications, communal welfare installations, all road and transport installations and also all equipment and inventory.

III. Property and Plant of the Agencies, of River Stations and Stores

Serial Number	Name
	Niederranna
1.	Agency and warehouse building.
	Obermuehl
2.	Agency and warehouse building.
3.	Land plot 536 square meters.
	Neuhaus
4.	Waiting room.
	Mauthausen
5.	Agency building.
	Wallsee
6.	Agency building.
7.	Warehouse.
	Grein
8.	Agency and warehouse building.
	Sarmingstein
9.	Agency building.
	Ybbs
10.	Agency building.
	Poehlarn
11.	Living premises.
12.	Agency building.
13.	Land plot 1598 square meters.
	Melk
14.	Warehouse (in the city).
15.	Waiting room and office.
16.	Warehouse.
	Schoenbuehel
17.	Waiting room.
	Aggsbach-Dorf
18.	Agency building.
19.	Warehouse.
	Spitz
20.	Agency building.
21.	Warehouse.
22.	Land plot 1355 square meters.
	Weissenkirchen
23.	Office and waiting room.
24.	Warehouse.
25.	Land plot 516 square meters.

Serial Number	Name
	Duernstein
26.	Agency building.
	Stein
27.	Living premises.
28.	Waiting room and warehouse building.
29.	Land plot alongside house.
	Krems
30.	Agency building.
	Hollenburg
31.	Waiting room.
	Tulln
32.	Agency building.
	Greifenstein
33.	Shed.
	Korneuburg
34.	Waiting room and booking office building.
	Hainburg
35.	Living premises.
36.	Agency building.
37.	Warehouse.
38.	Land plot 754 square meters.
	Arnsdorf
39.	Agency building.
	Landing stages
40.	Melkstrom.
41.	Ispeldorf.
42.	Marbach.
43.	Weitenegg.
44.	Deutsch-Altenburg.
45.	Zwentendorf.
46.	Kritzendorf.

The property enumerated in Section III. is to be transferred with all equipment and inventory.

IV. Property in the City of Vienna

1. Living house at No. 11, Archduke Karl Square (formerly house No. 6), 2nd District, standing on its own land.

2. Freehold land and house at 204 Handelskai, 2nd District.

3. Freehold building plots in Wehlstrasse, 2nd District, Catastral Registry Nos. 1660, 1661, 1662.

4. Leased land plot at No. 286 Handelskai, 2nd District.

The property enumerated in Section IV. is to be transferred with all equipment and inventory.

Note to Sections II., III. and IV.

The land, occupied by the Port area mentioned in Section II. of the present list, and also by the agency buildings, river stations, warehouses and other buildings, enumerated in Sections III. and IV. of the present list and also all property indicated in Sections II., III. and IV. are to be transferred to the U. S. S. R. on the same legal basis on which this land and other property were held by the D. D. S. G., with the proviso that the land and other property owned by the D. D. S. G. on 8th May, 1945, pass into the ownership of the U. S. S. R.

In cases where agreements which established the legal basis for the transfer of land to the D. D. S. G. did not provide for the transfer to the D. D. S. G. of the ownership rights to this land, the Austrian Government shall be obliged to formalize the transfer to the U. S. S. R. of rights, acquired by the D. D. S. G. by such agreements, and to prolong the validity of the latter for an indefinite period with the proviso that in the future the validity of such agreements shall not be canceled without the consent of the Government of the U. S. S. R.

The extent of the Soviet Union's liabilities in respect of these agreements is to be determined by agreement between the Government of the U. S. S. R. and the Government of Austria. These liabilities shall not exceed the liabilities undertaken by the D. D. S. G. in accordance with agreements concluded on or before 8th May, 1945.

V. Vessels, Belonging to the D.D.S.G. Located in Eastern Austria and To Be Transferred to U.S.S.R.

No.	Type of Vessel	Present Name	Old Name	Horse Power	Cargo carrying capacity
1.	Tug	"Vladivostok"	"Persenbeug"	1000	—
2.	Tug	"Cronstadt"	"Bremen"	800	—
3.	Passenger steamer	"Caucasus"	"Hellios"	1100	—
4.	Dumb tanker barge	104	"DDSG-09714"	—	967

No.	Type of Vessel	Present Name	Old Name	Horse Power	Cargo carrying capacity
5.	Dumb tanker barge	144	"DDSG-09756"	—	974
6.	"	161	"DDSG-05602"	—	548
7.	"	09765	"DDSG-09765"	—	952
8.	"	29	"DDSG-XXIX"	—	1030
9.	Dumb dry cargo barge	22	(Taken over after completion)	—	972
10.	"	23	"	—	972
11.	"	EL-72	"DDSG-EL-72"	—	180
12.	"	654	"DDSG-67277"	—	669
13.	"	689	"DDSG-6566"	—	657
14.	"	1058	"DDSG-1058"	—	950
15.	"	5016	"DDSG-5016"	—	520
16.	"	5713	"DDSG-5713"	—	576
17.	"	5728	"DDSG-5728"	—	602
18.	"	6746	"DDSG-6746"	—	670
19.	"	65204	"DDSG-65204"	—	650
20.	"	67173	"DDSG-67173"	—	670
21.	"	10031	"DDSG-10031"	—	942
22.	"	5015	"DDSG-5015"	—	511
23.	"	6525	"DDSG-6525"	—	682
24.	"	67266	"DDSG-67266"	—	680
25.	Lighter	304	"Johanna"	—	30
26.	"	411	"V-238"	—	40
27.	Double funnel pontoon	RP-IV	"RP-IV"	—	—
28.	"	RP-VI	"DDSG-RP-VI"	—	—
29.	"	RP-XX	"DDSG-RP-XX"	—	—
30.	Landing Stage	EP-97	"DDSG-EP-9721"	—	—
31.	Pontoon	EP-120	"DDSG-EP-120"	—	—
32.	Deckless Lighter	"Trauner"	"Trauner"	—	—
33.	Floating Crane	P-1	(nameless)	—	—
34.	"	P-2	"DDSG-21"	—	—
35.	Pontoon	PT-7	—	—	—
36.	"	PT-8	—	—	—

Article 23

Austrian Property in Germany and Renunciation of Claims by Austria on Germany

1. From the date of the coming into force of the present Treaty the property in Germany of the Austrian Government or of Austrian nationals, including property forcibly removed from Austrian territory to Germany after 12th March, 1938 shall be returned to its owners. This provision shall not apply to the property of war criminals or persons who have been subjected to the penalties of denazification measures; such property shall be placed at the disposal of the Austrian Government if it has not been subjected to blocking or confiscation in accordance with the laws or ordinances in force in Germany after 8th May, 1945.

2. The restoration of Austrian property rights in Germany shall be effected in accordance with measures which will be determined by the Powers in occupation of Germany in their zones of occupation.

3. Without prejudice to these and to any other disposition in favor of Austria and Austrian nationals by the Powers occupying Germany, and without prejudice to the validity of settlements already reached, Austria waives on its own behalf and on behalf of Austrian nationals all claims against Germany and German nationals outstanding on 8th May, 1945 except those arising out of contracts and other obligations entered into, and rights acquired, before 13th March, 1938. This waiver shall be deemed to include all claims in respect of transactions effected by Germany during the period of the annexation of Austria and all claims in respect of loss or damage suffered during the said period, particularly in respect of the German public debt held by the Austrian Government or its nationals and of currency withdrawn at the time of the monetary conversion. Such currency shall be destroyed upon the coming into force of the present Treaty.

Article 24

Renunciation by Austria of Claims against the Allies

1. Austria waives all claims of any description against the Allied and Associated Powers on behalf of the Austrian Government or Austrian nationals arising directly out of the war in Europe after 1st September, 1939, or out of actions taken because of the existence of a state of war in Europe after that date whether or not such Allied or Associated Power was at war with Germany at the time. This renunciation of claims includes the following:

- (a) Claims for losses or damages sustained as a consequence of acts of armed forces or authorities of Allied or Associated Powers;
- (b) Claims arising from the presence, operations or actions of armed forces or authorities of Allied or Associated Powers in Austrian territory;
- (c) Claims with respect to the decrees or orders of Prize Courts of Allied or Associated Powers, Austria agreeing to accept as valid and binding all decrees and orders of such Prize Courts on or after 1st September, 1939 concerning ships or goods belonging to Austrian nationals or concerning the payment of costs;
- (d) Claims arising out of the exercise or purported exercise of belligerent rights.

2. The provisions of this Article shall bar, completely and finally, all claims of the nature referred to herein, which shall henceforward be extinguished, whoever may be the parties in interest. The Austrian Government agrees to make equitable compensation in schillings to persons who furnished supplies or services on requisition to the forces of Allied or Associated Powers in Austrian territory and in satisfaction of non-combat damage claims against the forces of the Allied or Associated Powers arising in Austrian territory.

3. Austria likewise waives all claims of the nature covered by paragraph 1 of this Article on behalf of the Austrian Government or Austrian nationals against any of the United Nations whose diplomatic relations with Germany were broken off between 1st September, 1939 and 1st January, 1945, and which took action in co-operation with the Allied and Associated Powers.

4. The Government of Austria shall assume full responsibility for Allied military currency of denominations of five schillings and under issued in Austria by the Allied Military Authorities, including all such currency in circulation at the coming into force of the present Treaty. Notes issued by the Allied Military Authorities of denominations higher than five schillings shall be destroyed and no claims may be made in this connection against any of the Allied or Associated Powers.

5. The waiver of claims by Austria under paragraph 1 of this Article includes any claims arising out of actions taken by any of the Allied or Associated Powers with respect to ships belonging to Austrian nationals between 1st September, 1939 and the coming into force of the present Treaty as well as any claims and debts arising out of the Conventions on prisoners of war now in force.

Part V

Property, Rights and Interests

Article 25

United Nations Property in Austria

1. In so far as Austria has not already done so, Austria shall restore all legal rights and interests in Austria of the United Nations and their nationals as they existed on the day hostilities commenced between Germany and the United Nation concerned, and shall return all property in Austria of the United Nations and their nationals as it now exists.

2. The Austrian Government undertakes that all property, rights and interests falling under this Article shall be restored free of all encumbrances and charges of any kind to which they may have become subject as a result of the war with Germany and without the imposition of any charges by the Austrian Government in connection with their return. The Austrian Government shall nullify all measures of seizure, sequestration or control taken against United Nations property in Austria between the day of commencement of hostilities between Germany and the United Nation concerned and the coming into force of the present Treaty. In cases where the property has not been returned within six months from the coming into force of the present Treaty, applications for the return of property shall be made to the Austrian authorities not later than twelve months from the coming into force of the Treaty, except in cases in which the claimant is able to show that he could not file his application within this period.

3. The Austrian Government shall invalidate transfers involving property, rights and interests of any description belonging to United Nations nationals, where such transfers resulted from force exerted by Axis Governments or their agencies between the beginning of hostilities between Germany and the United Nation concerned and 8th May, 1945.

4. (a) In cases in which the Austrian Government provides compensation for losses suffered by reason of injury or damage to property in Austria which occurred during the German occupation of Austria or during the war, United Nations nationals shall not receive less favorable treatment than that accorded to Austrian nationals; and in such cases United Nations nationals who hold, directly or indirectly, ownership interests in corporations or associations which are not United Nations nationals within the meaning of paragraph 8 (a) of this Article shall receive

compensation based on the total loss or damage suffered by the corporations or associations and bearing the same proportion to such loss or damage as the beneficial interest of such nationals bears to the capital of the corporation or association.

(b) The Austrian Government shall accord to United Nations and their nationals the same treatment in the allocation of materials for the repair or rehabilitation of their property in Austria and in the allocation of foreign exchange for the importation of such materials as applies to Austrian nationals.

5. All reasonable expenses incurred in Austria in establishing claims, including the assessment of loss or damage, shall be borne by the Austrian Government.

6. United Nations nationals and their property shall be exempted from any exceptional taxes, levies, or imposts imposed on their capital assets in Austria by the Austrian Government or by any Austrian authority between the date of the surrender of the German armed forces and the coming into force of the present Treaty for the specific purpose of meeting charges arising out of the war or of meeting the costs of occupying forces. Any sums which have been so paid shall be refunded.

7. The owner of the property concerned and the Austrian Government may agree upon arrangements in lieu of the provisions of this Article.

8. As used in this Article:

(a) "United Nations nationals" means individuals who are nationals of any of the United Nations, or corporations or associations organized under the laws of any of the United Nations, at the coming into force of the present Treaty, provided that the said individuals, corporations or associations also had this status on 8th May, 1945.

The term "United Nations nationals" also includes all individuals, corporations or associations which, under the laws in force in Austria during the war, were treated as enemy.

(b) "Owner" means one of the United Nations, or a national of one of the United Nations, as defined in sub-paragraph (a) above, who is entitled to the property in question, and includes a successor of the owner, provided that the successor is also a United Nation or a United Nations national as defined in sub-paragraph (a). If the successor has purchased the property in its damaged state, the transferor shall

retain his rights to compensation under this Article, without prejudice to obligations between the transferor and the purchaser under domestic law.

- (c) "Property" means all movable or immovable property, whether tangible or intangible, including industrial, literary and artistic property, as well as all rights or interests of any kind in property.

9. The provisions of this Article do not apply to transfers of property, rights or interests of United Nations or United Nations nationals in Austria made in accordance with laws and enactments which were in force as Austrian Law on 28th June 1946.

10. The Austrian Government recognizes that the Brioni Agreement of 10th August, 1942 is null and void. It undertakes to participate with the other signatories of the Rome Agreement of 21st March, 1923, in any negotiations having the purpose of introducing into its provisions the modifications necessary to ensure the equitable settlement of the annuities which it provides.

Article 26

Property, Rights and Interests of Minority Groups in Austria.

1. In so far as such action has not already been taken, Austria undertakes that, in all cases where property, legal rights or interests in Austria have since 13th March, 1938, been subject of forced transfer or measures of sequestration, confiscation or control on account of the racial origin or religion of the owner, the said property shall be returned and the said legal rights and interests shall be restored together with their accessories. Where return or restoration is impossible, compensation shall be granted for losses incurred by reason of such measures to the same extent as is, or may be, given to Austrian nationals generally in respect of war damage.

2. Austria agrees to take under its control all property, legal rights and interests in Austria of persons, organizations or communities which, individually or as members of groups, were the object of racial, religious or other Nazi measures of persecution where, in the case of persons, such property, rights and interests remain heirless or unclaimed for six months after the coming into force of the present Treaty, or where in the case of organizations and communities such organizations or communities have ceased to exist. Austria shall transfer such property, rights and interests to appropriate agencies or organizations to be designated by the Four Heads of Mission in Vienna by agreement with the Austrian Government to be used for the relief and

rehabilitation of victims of persecution by the Axis Powers, it being understood that these provisions do not require Austria to make payments in foreign exchange or other transfers to foreign countries which would constitute a burden on the Austrian economy. Such transfer shall be effected within eighteen months from the coming into force of the present Treaty and shall include property, rights and interests required to be restored under paragraph 1 of this Article.

Article 27

Austrian Property in the Territory of the Allied and Associated Powers

1. The Allied and Associated Powers declare their intention to return Austrian property, rights and interests as they now exist in their territories or the proceeds arising out of the liquidation, disposal or realization of such property, rights or interests, subject to accrued taxes, expenses of administration, creditor claims and other like charges, where such property, rights or interests have been liquidated, disposed of or otherwise realized. The Allied and Associated Powers will be prepared to conclude agreements with the Austrian Government for this purpose.

2. Notwithstanding the foregoing provisions, the Federal Peoples' Republic of Yugoslavia shall have the right to seize, retain or liquidate Austrian property, rights and interests within Yugoslav territory on the coming into force of the present Treaty. The Government of Austria undertakes to compensate Austrian nationals whose property is taken under this paragraph.

Article 28

Debts

1. The Allied and Associated Powers recognize that interest payments and similar charges on Austrian Government securities falling due after 12th March, 1938, and before 8th May, 1945, constitute a claim on Germany and not on Austria.

2. The Allied and Associated Powers declare their intention not to avail themselves of the provisions of loan agreements made by the Government of Austria before 13th March, 1938, in so far as those provisions granted to the creditors a right of control over the government finances of Austria.

3. The existence of the state of war between the Allied and Associated Powers and Germany shall not, in itself, be regarded as affecting the obligation to pay pecuniary debts arising out of obligations and contracts that existed, and rights that were acquired before the existence of

the state of war, which became payable prior to the coming into force of the present Treaty, and which are due by the Government or nationals of Austria to the Government or nationals of one of the Allied and Associated Powers or are due by the Government or nationals of one of the Allied and Associated Powers to the Government or nationals of Austria.

4. Except as otherwise expressly provided in the present Treaty, nothing therein shall be construed as impairing debtor-creditor relationships arising out of contracts concluded at any time prior to 1st September, 1939, by either the Government of Austria or persons who were nationals of Austria on 12th March, 1938.

Part VI

General Economic Relations

Article 29

1. Pending the conclusion of commercial treaties or agreements between individual United Nations and Austria, the Government of Austria shall, during a period of eighteen months from the coming into force of the present Treaty, grant the following treatment to each of the United Nations which, in fact, reciprocally grants similar treatment in like matters to Austria:

- (a) In all that concerns duties and charges on importation or exportation, the internal taxation of imported goods and all regulations pertaining thereto, the United Nations shall be granted unconditional most-favored-nation treatment;
- (b) In all other respects, Austria shall make no arbitrary discrimination against goods originating in or destined for any territory of any of the United Nations as compared with like goods originating in or destined for territory of any other of the United Nations or of any other foreign country;
- (c) United Nations nationals, including juridical persons, shall be granted national and most-favored-nation treatment in all matters pertaining to commerce, industry, shipping and other forms of business activity within Austria. These provisions shall not apply to commercial aviation;
- (d) Austria shall grant no exclusive or preferential rights to any country with regard to the operation of commercial aircraft in international traffic, shall afford all the United Nations equality of opportunity in obtaining international commercial aviation rights in Austrian territory, including the right to land for refuelling and repair, and, with regard to the operation of commercial aircraft in international traffic,

shall grant on a reciprocal and non-discriminatory basis to all United Nations the right to fly over Austrian territory without landing. These provisions shall not affect the interests of the national defense of Austria.

2. The foregoing undertaking by Austria shall be understood to be subject to the exceptions customarily included in commercial treaties concluded by Austria prior to 13th March, 1938; and the provisions with respect to reciprocity granted by each of the United Nations shall be understood to be subject to the exceptions customarily included in the commercial treaties concluded by that State.

Part VII

Settlement of Disputes

Article 30

1. Any disputes which may arise in giving effect to the Article entitled "United Nations Property in Austria" of the present Treaty shall be referred to a Conciliation Commission established on a parity basis consisting of one representative of the Government of the United Nation concerned and one representative of the Government of Austria. If within three months after the dispute has been referred to the Conciliation Commission no agreement has been reached, either Government may ask for the addition to the Commission of a third member selected by mutual agreement of the two Governments from nationals of a third country. Should the two Governments fail to agree within two months on the selection of a third member of the Commission, either Government may request the Heads of the Diplomatic Missions in Vienna of the Soviet Union, of the United Kingdom, of the United States of America, and of France to make the appointment. If the Heads of Mission are unable to agree within a period of one month upon the appointment of a third member, the Secretary-General of the United Nations may be requested by either party to make the appointment.

2. When any Conciliation Commission is established under paragraph 1 of this Article, it shall have jurisdiction over all disputes which may thereafter arise between the United Nation concerned and Austria in the application or interpretation of the Article referred to in paragraph 1 of this Article and shall perform the functions attributed to it by those provisions.

3. Each Conciliation Commission shall determine its own procedure, adopting rules conforming to justice and equity.

4. Each Government shall pay the salary of the member of the Conciliation Commission whom it appoints and of any agent whom it may

designate to represent it before the Commission. The salary of the third member shall be fixed by special agreement between the Governments concerned and this salary, together with the common expenses of each Commission, shall be paid in equal shares by the two Governments.

5. The parties undertake that their authorities shall furnish directly to the Conciliation Commission all assistance which may be within their power.

6. The decision of the majority of the members of the Commission shall be the decision of the Commission, and shall be accepted by the parties as definitive and binding.

Part VIII

Miscellaneous Economic Provisions

Article 31

Provisions Relating to the Danube

Navigation on the Danube shall be free and open for the nationals, vessels of commerce, and goods of all States, on a footing of equality in regard to port and navigation charges and conditions for merchant shipping. The foregoing shall not apply to traffic between ports of the same State.

Article 32

Transit Facilities

1. Austria shall facilitate as far as possible railway traffic in transit through its territory at reasonable rates and shall be prepared to conclude with neighbouring States reciprocal agreements for this purpose.

2. The Allied and Associated Powers undertake to support inclusion in the settlement in relation to Germany of provisions to facilitate transit and communication without customs duties or charges between Salzburg and Lofer (Salzburg) across the Reichenhall-Steinpass and between Scharnitz (Tyrol) and Ehrwald (Tyrol) via Garmisch-Partenkirchen.

Article 33

Scope of Application

The Articles entitled "United Nations Property in Austria" and "General Economic Relations" of the present Treaty shall apply to the Allied and Associated Powers and to those of the United Nations which had that status on 8th May, 1945, and whose diplomatic relations with Germany were broken off during the period between 1st September, 1939 and 1st January, 1945.

Part IX

Final Clauses

Article 34

Heads of Mission

1. For a period not to exceed eighteen months from the coming into force of the present Treaty, the Heads of the Diplomatic Missions in Vienna of the Soviet Union, the United Kingdom, the United States of America and France, acting in concert, will represent the Allied and Associated Powers in dealing with the Government of Austria in all matters concerning the execution and interpretation of the present Treaty.

2. The Four Heads of Mission will give the Government of Austria such guidance, technical advice and clarification as may be necessary to ensure the rapid and efficient execution of the present Treaty both in letter and in spirit.

3. The Government of Austria shall afford to the said Four Heads of Mission all necessary information and any assistance which they may require in the fulfillment of the tasks devolving on them under the present Treaty.

Article 35

Interpretation of the Treaty

1. Except where another procedure is specifically provided under any Article of the present Treaty, any dispute concerning the interpretation or execution of the Treaty which is not settled by direct diplomatic negotiations shall be referred to the Four Heads of Mission acting under Article 34, except that in this case the Heads of Mission will not be restricted by the time limit provided in that Article. Any such dispute not resolved by them within a period of two months shall, unless the parties to the dispute mutually agree upon another means of settlement, be referred at the request of either party to the dispute to a Commission composed of one representative of each party and a third member selected by mutual agreement of the two parties from nationals of a third country. Should the two parties fail to agree within a period of one month upon the appointment of the third member, the Secretary-General of the United Nations may be requested by either party to make the appointment.

2. The decision of the majority of the members of the Commission shall be the decision of the Commission, and shall be accepted by the parties as definitive and binding.

Article 36

Force of Annexes

The provisions of the Annexes shall have force and effect as integral parts of the present Treaty.

Article 37

Accession to the Treaty

1. Any member of the United Nations which on 8th May, 1945 was at war with Germany and which then had the status of a United Nation and is not a signatory to the present Treaty, may accede to the Treaty and upon accession shall be deemed to be an Associated Power for the purposes of the Treaty.

2. Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Union of Soviet Socialist Republics and shall take effect upon deposit.

Article 38

Ratification of the Treaty

1. The present Treaty, of which the Russian, English, French and German texts are authentic, shall be ratified. It shall come into force immediately upon deposit of instruments of ratification by the Union of Soviet Socialist Republics, by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, by the United States of America, and by France of the one part and by Austria of the other part. The instruments of ratification shall, in the shortest time possible, be deposited with the Government of the Union of Soviet Socialist Republics.

2. With respect to each Allied and Associated Power whose instrument of ratification is thereafter deposited, the Treaty shall come into force upon the date of deposit. The present Treaty shall be deposited in the archives of the Government of the Union of Soviet Socialist Republics, which shall furnish certified copies to each of the signatory and acceding States.

Traité d'Etat

portant rétablissement d'une Autriche indépendante et démocratique

Préambule

L'Union des Républiques Soviétiques Socialistes, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les Etats-Unis d'Amérique et la France ci-dessous désignés comme les Puissances Alliées et Associées d'une part, et l'Autriche d'autre part;

Considérant que le 13 mars 1938, l'Allemagne hitlérienne a annexé l'Autriche par la force et a incorporé son territoire au Reich allemand;

Considérant que, par la déclaration de Moscou publiée le 1er novembre 1943, les gouvernements de l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes, du Royaume-Uni et des Etats-Unis d'Amérique ont déclaré qu'ils considéraient comme nulle et non avenue l'annexion de l'Autriche par l'Allemagne à la date du 13 mars 1938 et ont affirmé leur désir de voir l'Autriche rétablie en tant qu'Etat libre et indépendant, et que le Comité français de Libération Nationale a fait une déclaration analogue le 16 novembre 1943;

Considérant que, par suite de la victoire des Alliés, l'Autriche a été libérée de la domination de l'Allemagne hitlérienne;

Considérant que les Puissances Alliées et Associées et l'Autriche, tenant compte de l'importance des efforts que le peuple autrichien lui-même a déjà entrepris et devra encore entreprendre pour la reconstruction et la réorganisation démocratique de son pays, sont désireuses de conclure un Traité rétablissant l'Autriche en tant qu'Etat libre, indépendant et démocratique, contribuant ainsi à la restauration de la paix en Europe;

Considérant que les Puissances Alliées et Associées sont désireuses de régler par le présent Traité, en conformité avec les principes de justice, toutes les questions demeurées en suspens du fait des événements ci-dessus rappelés, y compris l'annexion de l'Autriche par l'Allemagne hitlérienne et la participation de l'Autriche à la guerre en tant que partie intégrante de l'Allemagne;

Considérant que les Puissances Alliées et Associées et l'Autriche sont désireuses de conclure à cet effet le présent Traité pour former la base de relations amicales entre elles, permettant ainsi aux Puissances Alliées et Associées d'appuyer la demande que l'Autriche présentera pour devenir membre de l'Organisation des Nations Unies;

Pour ces motifs ont désigné les Plénipotentiaires soussignés lesquels, après présentation de leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Partie I

Clauses politiques et territoriales

Article 1

Rétablissement de l'Autriche en tant qu'Etat libre et indépendant

Les Puissances Alliées et Associées reconnaissent que l'Autriche est rétablie en tant qu'Etat souverain, indépendant et démocratique.

Article 2

Maintien de l'indépendance de l'Autriche

Les Puissances Alliées et Associées déclarent qu'elles respecteront l'indépendance et l'intégrité territoriale de l'Autriche, telles qu'elles sont établies par le présent Traité.

Article 3

Reconnaissance par l'Allemagne de l'indépendance de l'Autriche

Les Puissances Alliées et Associées feront figurer dans le Traité de Paix allemand des dispositions assurant la reconnaissance par l'Allemagne de la souveraineté et de l'indépendance de l'Autriche et la renonciation par l'Allemagne à toutes revendications territoriales et politiques à l'encontre de l'Autriche et du territoire autrichien.

Article 4

Interdiction de l'Anschluss

1. Les Puissances Alliées et Associées déclarent que toute union politique ou économique entre l'Autriche et l'Allemagne est interdite. L'Autriche reconnaît pleinement les responsabilités qui lui incombent à ce sujet et s'engage à ne participer à aucune union politique ou économique avec l'Allemagne sous quelque forme que ce soit.

2. Afin d'empêcher une union de cette nature, l'Autriche s'engage à s'abstenir de tout accord avec l'Allemagne, ainsi que de tout acte ou de toute mesure de nature à favoriser, directement ou indirectement, une union politique ou économique avec l'Allemagne ou à compromettre son intégrité territoriale ou son indépendance politique ou économique. L'Autriche s'engage en outre à interdire sur son territoire tout acte susceptible de favoriser directement ou indirectement une union de cette nature et à interdire l'existence, la reconstitution et l'activité de toute organisation ayant pour objectif l'union politique ou économique avec l'Allemagne, ainsi que la propagande pan-germaniste en faveur de l'union avec l'Allemagne.

Article 5

Frontières de l'Autriche

Les frontières de l'Autriche demeureront telles qu'elles étaient au 1er janvier 1938.

Article 6

Droits de l'homme

1. L'Autriche prendra toutes les mesures nécessaires pour assurer à toutes les personnes relevant de sa juridiction, sans distinction de race, de sexe, de langue ou de religion, la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales, y compris la liberté d'expression de la pensée, la liberté de presse et de publication, la liberté de culte, la liberté d'opinion et de réunion.

2. L'Autriche s'engage en outre à ce que les lois en vigueur en Autriche n'entraînent, ni par leur texte, ni par les modalités de leur application, aucune discrimination directe ou indirecte entre les ressortissants autrichiens en raison de leur race, de leur sexe, de leur langue ou de leur religion, tant en ce qui concerne leur personne, leurs biens, leurs intérêts commerciaux, professionnels ou financiers, leur statut, leurs droits politiques et civils qu'en toute autre matière.

Article 7

Droits des minorités slovène et croate

1. Les ressortissants autrichiens appartenant aux minorités slovène et croate en Carinthie,

Burgenland et Styrie jouiront de pair avec tous les autres ressortissants autrichiens des mêmes droits que ceux-ci, y compris le droit d'avoir leurs propres organisations, de tenir leurs réunions et de posséder une presse dans leur propre langue.

2. Ils ont droit à l'enseignement primaire en langue slovène ou croate et à un nombre proportionnel d'établissements propres d'enseignement secondaire; à cet effet, les programmes scolaires seront revus et une section de l'inspection de l'enseignement sera créée pour les écoles slovènes et croates.

3. Dans les circonscriptions administratives et judiciaires de Carinthie, Burgenland et Styrie où réside une population slovène ou croate, ou une population mixte le slovène ou le croate seront admis comme langue officielle en plus de l'allemand. Dans ces circonscriptions, la terminologie et les inscriptions topographiques seront en langue slovène ou croate aussi bien qu'en allemand.

4. Les ressortissants autrichiens appartenant aux minorités slovène et croate en Carinthie, Burgenland et Styrie participeront dans les mêmes conditions que les autres ressortissants autrichiens aux activités des organismes culturels, administratifs et judiciaires dans ces territoires.

5. Sera interdite l'activité des organisations qui ont pour but de priver les populations croate ou slovène de leur caractère et de leurs droits de minorité.

Article 8

Institutions démocratiques

L'Autriche aura un gouvernement démocratique fondé sur des élections au scrutin secret, et garantira à tous les citoyens le suffrage libre, égal et universel, ainsi que le droit d'être élu à une fonction publique, sans distinction de race, de sexe, de langue, de religion ou d'opinion.

Article 9

Dissolution des organisations nazies

1. L'Autriche complètera les mesures déjà prises sous forme de lois appropriées approuvées par la Commission Alliée pour l'Autriche, en vue de liquider le parti national-socialiste et les organisations qui lui étaient affiliées ou qui étaient placées sous son contrôle, y compris les organisations politiques, militaires ou para-militaires qui existaient en territoire autrichien; l'Autriche poursuivra également les efforts entrepris pour éliminer de sa vie politique, économique et culturelle toute trace de nazisme, pour s'assurer que les organisations mentionnées ci-dessus ne seront pas reconstituées sous une forme quelconque et pour prévenir toute activité et propagande nazie et militariste en Autriche.

2. L'Autriche s'engage à dissoudre toutes les organisations politiques, militaires et para-militaires de type fasciste existant sur son territoire, ainsi que toutes autres organisations menant des activités hostiles à l'une quelconque des Nations Unies ou ayant pour objet de priver le peuple de ses droits démocratiques.

3. L'Autriche s'engage à interdire, sous peine de sanctions judiciaires qui seront déterminées sans délai conformément aux lois autrichiennes, l'existence et l'activité sur le territoire autrichien des organisations mentionnées ci-dessus.

Article 10

Dispositions spéciales concernant la législation

1. L'Autriche s'engage à maintenir et à continuer à appliquer les principes inclus dans les lois et décrets adoptés par le Gouvernement et le Parlement autrichiens depuis le 1^{er} mai 1945 et approuvés par la Commission Alliée pour l'Autriche, ayant pour objet la liquidation des vestiges du régime nazi et le rétablissement du système démocratique, à compléter les mesures législatives et administratives déjà prises ou en cours d'exécution depuis le 1^{er} mai 1945, à codifier et à appliquer les principes énoncés dans les articles 6, 8 et 9 du présent Traité et, pour autant qu'elle ne l'a déjà fait, à rapporter ou à modifier toutes les mesures législatives et administratives adoptées entre le 5 mars 1933 et le 30 avril 1945 qui sont incompatibles avec les principes énoncés dans les articles 6, 8 et 9.

2. L'Autriche s'engage en outre à maintenir en vigueur la loi du 3 avril 1919 relative à la maison de Habsbourg-Lorraine.

Article 11

Reconnaissance des Traités de Paix

L'Autriche s'engage à reconnaître la pleine valeur des Traités de Paix avec l'Italie, la Roumanie, la Bulgarie, la Hongrie et la Finlande, ainsi que des autres accords ou arrangements qui ont été ou seront conclus par les Puissances Alliées et Associées en ce qui concerne l'Allemagne et le Japon, en vue du rétablissement de la paix.

Partie II

Clauses militaires et aériennes

Article 12

Interdiction aux anciens membres d'organisations nazies et à certaines autres catégories de personnes de servir dans les forces armées autrichiennes

Ne pourront en aucun cas faire partie des forces armées autrichiennes:

1. les personnes qui ne possèdent pas la nationalité autrichienne;

2. les ressortissants autrichiens qui ont été ressortissants allemands à un moment quelconque avant le 13 mars 1938;

3. les ressortissants autrichiens ayant servi avec le grade de colonel ou un grade supérieur dans les forces armées allemandes au cours de la période du 13 mars 1938 au 8 mai 1945;

4. à l'exception des personnes qui auront été réhabilitées par l'autorité compétente conformément à la loi autrichienne, les ressortissants autrichiens entrant dans l'une quelconque des catégories ci-après:

- a) personnes qui, à un moment quelconque, ont appartenu: au parti national-socialiste (N. S. D. A. P.) ou aux organisations dénommées « S. S. », « S. A. » ou « S. D. »; à la police secrète d'Etat (Gestapo); à l'association des soldats nationaux-socialistes (N. S. Soldatenring) ou à l'association des officiers nationaux-socialistes (N. S. Offiziersvereinigung);
- b) officiers du « Corps des aviateurs nationaux-socialistes » (N. S. F. K.) ou du « Corps motorisé national-socialiste » (N. S. K. K.) ayant exercé un commandement correspondant au moins au grade d'« Untersturmführer » ou à son équivalent;
- c) fonctionnaires d'une organisation quelconque affiliée au N. S. D. A. P. ou contrôlée par lui et qui y ont exercé un commandement au moins équivalent à celui d'« Ortsgruppenleiter »;
- d) auteurs d'oeuvres imprimées ou de scénarios classés par les commissions compétentes instituées par le Gouvernement autrichien dans la catégorie des oeuvres interdites en raison de leur caractère nazi;
- e) chefs d'entreprises industrielles, commerciales et financières qui, sur la base de rapports officiels et d'authenticité reconnue, établis par les associations industrielles, commerciales ou financières existantes, par les syndicats ou par les partis politiques ont été reconnus par la Commission compétente comme ayant collaboré activement à la réalisation des fins du N. S. D. A. P. ou de l'une quelconque de ses organisations affiliées, soutenu les principes du national-socialisme, subventionné la propagande des organisations nationales-socialistes ou leurs activités, ou ont fait en faveur de ces organisations ou de leurs activités de la propagande et qui, par l'un quelconque de ces moyens, ont agi au détriment de l'Autriche indépendante et démocratique.

Article 13

Interdiction d'armes spéciales

L'Autriche ne possédera, ne fabriquera ni n'expérimentera: a) aucune arme atomique; b) aucune autre arme principale adaptable actuellement ou dans l'avenir à la destruction en masse et définie comme telle par les organismes compétents de l'Organisation des Nations Unies; c) aucun projectile autopropulsé ou dirigé, aucune torpille, aucun dispositif destiné à leur lancement ou à leur contrôle; d) aucune mine marine; e) aucune torpille humaine; f) aucun sous-marin ou autre bâtiment submersible; g) aucune vedette lance-torpilles; h) aucun type spécialisé de bâtiment d'assaut; i) aucun canon d'une portée supérieure à 30 Km; j) aucun produit asphyxiant, vésicant ou toxique ou substance biologique en quantités grandes ou de type autre que ceux nécessaires pour les besoins civils normaux et aucun appareil conçu pour produire et lancer ou répandre ces produits ou substances pour fins de guerre.

Les Puissances Alliées et Associées se réservent le droit d'ajouter au présent article des interdictions relatives à toute arme qui pourrait être inventée à la suite de découvertes scientifiques.

Article 14

Sort du matériel de guerre d'origine alliée ou allemande

1. Tout le matériel de guerre d'origine alliée se trouvant en Autriche sera mis à la disposition de la Puissance Alliée ou Associée intéressée, conformément aux instructions données par cette Puissance.

L'Autriche renoncera à tous droits sur le matériel de guerre ci-dessus mentionné.

2. Dans un délai d'un an à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité, l'Autriche devra rendre impropre à tout usage militaire ou détruire:

— tout le matériel de guerre en excédent d'origine allemande ou de toute autre origine non alliée;

— dans la mesure où ils se rapportent à du matériel de guerre moderne, tous les dessins allemands et japonais, y compris les bleus, les prototypes, les modèles expérimentaux et les plans existants;

— tout le matériel de guerre interdit en vertu de l'article 13 du présent Traité;

— toutes les installations spécialisées, y compris l'équipement de recherche et de production, interdites en vertu de l'article 13 qui ne sont pas convertibles pour des recherches, des études ou des constructions autorisées.

3. Dans les six mois qui suivront la date d'entrée en vigueur du présent Traité, l'Autriche devra fournir aux Gouvernements de l'Union Soviétique, du Royaume-Uni, des Etats-Unis d'Amérique et de la France, une liste du matériel de guerre et des installations énumérés au paragraphe 2.

4. L'Autriche ne devra fabriquer aucun matériel de guerre de conception allemande.

L'Autriche ne devra ne acquérir, ni posséder, soit à titre public, soit à titre privé, ou de toute autre façon, aucun matériel de guerre de fabrication, d'origine ou de conception allemandes, avec la seule exception que le Gouvernement autrichien pourra utiliser, pour la mise sur pied des forces armées autrichiennes, des quantités limitées de matériel de guerre de fabrication, d'origine ou de conception allemandes, resté en Autriche après la seconde guerre mondiale.

5. La définition et la liste du matériel de guerre, aux fins du présent Traité, figurent à l'annexe I.

Article 15

Action préventive contre le réarmement de l'Allemagne

1. L'Autriche s'engage à apporter son entière collaboration aux Puissances Alliées et Associées en vue de mettre l'Allemagne dans l'impossibilité de prendre, hors du territoire allemand, des mesures tendant à son réarmement.

2. L'Autriche ne devra pas employer ou entraîner dans son aviation civile ou militaire, ou dans l'expérimentation, la conception, la production ou l'entretien du matériel de guerre:

— des personnes qui sont ou ont été à un moment quelconque, antérieurement au 13 mars 1938, ressortissants allemands;

— ou des ressortissants autrichiens à qui l'article 12 interdit d'appartenir aux forces armées;

— ou des personnes qui ne sont pas ressortissants autrichiens.

Article 16

Interdictions relatives aux avions civils de conception allemande ou japonaise

L'Autriche s'engage à n'acquérir ou fabriquer aucun avion civil de modèle allemand ou japonais ou comportant des éléments importants de fabrication ou de conception allemande ou japonaise.

Article 17

Durée d'application des limitations

Chacune des clauses militaires et aériennes du présent Traité demeurera en vigueur aussi long-

temps qu'elle n'aura pas été modifiée entièrement ou partiellement par accord entre les Puissances Alliées et Associées et l'Autriche, ou, après que l'Autriche sera devenue membre de l'Organisation des Nations Unies, par accord entre le Conseil de Sécurité et l'Autriche.

Article 18

Prisonniers de guerre

1. Les Autrichiens qui sont actuellement prisonniers de guerre seront rapatriés dès que possible conformément aux arrangements qui devront être conclus entre chacune des Puissances qui détiennent ces prisonniers et l'Autriche.

2. Tous les frais, y compris les frais de subsistance, entraînés par le transfert des Autrichiens qui sont actuellement prisonniers de guerre depuis leurs centres de rapatriement respectifs, choisis par le Gouvernement de la Puissance Alliée ou Associée intéressée, jusqu'au lieu d'entrée sur le territoire autrichien, seront à la charge du Gouvernement autrichien.

Article 19

Sépultures de guerre et Monuments aux Morts

1. L'Autriche s'engage à respecter, à préserver et à entretenir sur le territoire autrichien les sépultures des combattants, des prisonniers de guerre et des ressortissants transférés de force en Autriche, des Puissances Alliées et autres Nations Unies qui furent en état de guerre avec l'Allemagne, ainsi que les monuments et emblèmes placés sur ces sépultures, de même que les monuments érigés à la gloire des armées qui ont combattu sur le territoire de l'Autriche contre l'Allemagne hitlérienne.

2. Le Gouvernement de l'Autriche reconnaîtra toute commission, délégation ou autre organisme autorisé par l'Etat intéressé en vue d'identifier, relever, entretenir ou réglementer les sépultures et constructions visées au premier paragraphe; il facilitera la tâche de ces organismes, et conclura avec l'Etat intéressé ou avec la commission, délégation ou autre organisme autorisé par cet Etat, les conventions relatives aux sépultures et constructions précitées qui pourront être nécessaires. Il accepte également, sous réserve de l'observation des prescriptions sanitaires raisonnables, d'accorder toutes facilités pour l'exhumation et le transport dans leur patrie des restes inhumés dans les sépultures susvisées, et ce, soit à la demande des organes officiels de l'Etat intéressé, soit à la demande des parents des personnes inhumées.

Partie III

Article 20

Retrait des forces alliées

1. L'Accord de Contrôle pour l'Autriche du 28 juin 1946 prendra fin à la date de l'entrée en vigueur de présent Traité.

2. Dès l'entrée en vigueur du présent Traité, le commandement interallié institué en vertu du paragraphe 4 de l'accord du 9 juillet 1945 sur les zones d'occupation en Autriche et sur l'administration de la Ville de Vienne cessera d'exercer toutes fonctions relatives à l'administration de la Ville de Vienne. L'accord sur les zones d'occupation en Autriche prendra fin dès que le retrait d'Autriche des forces des Puissances Alliées et Associées sera terminé dans le délai prévu au paragraphe 3.

3. Les forces des Puissances Alliées et Associées et les membres de la Commission Alliée pour l'Autriche seront retirés d'Autriche dans un délai de quatre vingt dix jours à partir de la date de l'entrée en vigueur du présent Traité et, dans toute la mesure possible, au plus tard le 31 décembre 1955.

4. Le Gouvernement autrichien accordera aux forces des Puissances Alliées et Associées et aux membres de la Commission Alliée pour l'Autriche jusqu'au moment de leur retrait du territoire autrichien, les mêmes droits, immunités et privilèges dont ils jouissaient immédiatement avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

5. Les Puissances Alliées et Associées s'engagent à restituer au Gouvernement autrichien après l'entrée en vigueur de présent Traité et dans le délai prévu au paragraphe 3 de cet article:

- a) toute la monnaie mise gratuitement à la disposition des Puissances Alliées et Associées pour les besoins de l'occupation et qui n'aura pas été utilisée au moment où prendra fin le retrait des forces alliées;
- b) tous les biens autrichiens réquisitionnés par les forces alliées ou la Commission Alliée et se trouvant encore en leur possession. L'engagement stipulé dans cet alinéa s'applique sans préjudice des dispositions de l'article 22 du présent Traité.

Partie IV

Réclamations nées de la guerre

Article 21

Réparations

Aucune réparation ne sera exigée de l'Autriche du fait de l'état de guerre ayant existé en Europe depuis le 1^{er} septembre 1939.

Article 22

Avoirs allemands en Autriche

L'Union Soviétique, le Royaume-Uni, les Etats-Unis d'Amérique et la France ont le droit de disposer de tous les avoirs allemands en Autriche, conformément au protocole de la Conférence de Berlin du 2 Août 1945.

1. L'Union Soviétique recevra, pour une durée de trente ans, des concessions sur les zones d'extraction de pétrole correspondant à 60% de l'extraction en Autriche pour l'année 1947, ainsi que le droit de propriété sur tous les bâtiments, installations, équipements et autres biens qui appartiennent à ces zones d'extraction, conformément à la liste N° 1 ci-dessous et à la carte N° 1 annexée au Traité.

2. L'Union Soviétique recevra des concessions sur 60% de toutes les zones de prospection situées en Autriche orientale qui sont des avoirs allemands auxquels l'Union Soviétique a droit en vertu de l'accord de Potsdam, et qui sont actuellement en sa possession, conformément à la liste N° 2 ci-dessous et à la carte N° 2 annexée au Traité.

L'Union Soviétique aura pendant huit ans le droit de procéder à des recherches dans les zones de prospection visées au présent paragraphe; elle aura un droit sur l'extraction subséquente du pétrole pendant une durée de vingt cinq ans à partir de la date de la découverte du pétrole.

3. L'Union Soviétique recevra des raffineries de pétrole représentant une capacité annuelle totale de production de 420.000 tonnes de pétrole brut, conformément à la liste N° 3 ci-dessous.

4. L'Union Soviétique recevra celles des entreprises employées à la distribution des produits pétroliers qui sont à sa disposition, conformément à la liste N° 4 ci-dessous.

5. L'Union Soviétique recevra les avoirs de la D. D. S. G. situés en Hongrie, en Roumanie et en Bulgarie, et aussi, conformément à la liste N° 5 ci-dessous, 100% des avoirs en Autriche orientale de la Compagnie de Navigation du Danube.

6. L'Union Soviétique cédera à l'Autriche les biens, droits et intérêts détenus ou revendiqués au titre des avoirs allemands, y compris l'équipement industriel existant; elle cédera également les entreprises d'industrie de guerre, avec l'équipement industriel existant, les maisons et biens immobiliers de nature similaire, y compris les parcelles de terrain situées en Autriche, détenus ou revendiqués à titre de butin de guerre, à l'exception des avoirs visés aux paragraphes 1, 2, 3, 4 et 5 du présent article. L'Autriche, de son côté, s'engage à payer à l'U. R. S. S. 150.000.000 de dollars américains en devises librement convertibles, dans un délai de six ans.

L'Autriche versera à l'Union Soviétique la somme précitée par tranches trimestrielles égales

d'un montant de 6.250.000 dollars américains en devises librement convertibles. Le premier paiement sera effectué le premier jour du deuxième mois suivant le mois de l'entrée en vigueur du présent Traité. Les versements trimestriels subséquents seront effectués le premier jour du mois approprié. Le dernier versement trimestriel se fera le dernier jour de la période de six ans après l'entrée en vigueur du Traité.

Les paiements prévus au présent article se feront sur la base du dollar américain, au taux de sa parité-or au 1^{er} septembre 1949, à savoir 35 dollars pour une once d'or.

En garantie du paiement ponctuel des sommes précitées dues à l'Union Soviétique, la Banque Nationale d'Autriche remettra à la Banque d'Etat de l'U. R. S. S., dans un délai de deux semaines à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité, des billets à ordre à concurrence d'un montant global de 150.000.000 de dollars américains, venant à échéance aux dates prévues par le présent article.

Les billets à ordre émis par l'Autriche ne seront pas productifs d'intérêts. La Banque d'Etat de l'U. R. S. S. n'a pas l'intention d'escompter ces billets, à condition que le Gouvernement autrichien et la Banque Nationale d'Autriche remplissent leurs obligations fidèlement et ponctuellement.

7. Situation juridique des avoirs:

- a) Tous les anciens avoirs allemands qui sont devenus la propriété de l'Union Soviétique, conformément aux paragraphes 1, 2, 3, 4 et 5 du présent article resteront, en règle générale, soumis à la juridiction autrichienne et, en conséquence, la législation autrichienne leur sera applicable.
- b) En ce qui concerne les charges qui les grèveront ainsi que la législation industrielle, commerciale et fiscale qui leur sera applicable, ces avoirs ne pourront être placés dans des conditions moins favorables que celles auxquelles sont ou seront soumises les entreprises appartenant à l'Autriche, à ses ressortissants ou à d'autres états ou personnes auxquels le traitement de la nation la plus favorisée aura été accordé.
- c) Aucun des anciens avoirs allemands qui sont devenus la propriété de l'Union Soviétique ne pourra être exproprié sans le consentement de l'Union Soviétique.
- d) L'Autriche n'élèvera aucun obstacle à l'exportation des bénéfices ou autres revenus (c'est-à-dire loyers), qu'il s'agisse de la production des entreprises intéressées ou de toutes devises librement convertibles reçues en contre-partie.
- e) Les biens, droits et intérêts transférés à l'Union Soviétique, de même que les biens,

droits et intérêts cédés par l'Union Soviétique à l'Autriche, seront transférés sans aucune charge ou revendication de la part de l'Union Soviétique ou de la part de l'Autriche. Par les termes «charges et revendications», on entend non seulement les créances découlant après le 8 mai 1945 du Contrôle Allié sur ces biens, droits et intérêts, mais aussi toutes les autres revendications, y compris celles qui ont trait aux impôts. La renonciation réciproque par l'Union Soviétique et par l'Autriche aux charges et revendications vise l'ensemble des charges et des revendications définies ci-dessus, telles qu'elles existeront à la date à laquelle l'Autriche aura formellement transféré à l'Union Soviétique les anciens avoirs allemands cédés à celle-ci, et à la date du transfert formel à l'Autriche des avoirs cédés par l'Union Soviétique.

8. Le transfert à l'Autriche de tous les biens, droits et intérêts visés au paragraphe 6 du présent article, ainsi que la reconnaissance formelle par l'Autriche des droits de l'Union Soviétique sur les anciens avoirs allemands qui seront transférés à cette dernière auront lieu dans un délai de deux mois à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité.

9. L'Union Soviétique conservera également la propriété des biens, droits et intérêts, où qu'ils se trouvent en Autriche orientale, qui ont été créés ou achetés par des organismes soviétiques après le 8 Mai 1945, pour l'exploitation et la gestion des biens énumérés dans les listes 1, 2, 3, 4 et 5 ci-dessous.

Les dispositions des alinéas a), b), c) et d) du paragraphe 7 du présent article s'appliqueront également à ces avoirs.

10. Les différends qui pourront s'élever à l'occasion de l'application des dispositions du présent article devront être réglés sur la base de négociations bilatérales entre les parties intéressées.

Au cas où, dans un délai de trois mois, un accord ne serait pas intervenu par voie de négociations bilatérales entre les Gouvernements de l'Union Soviétique et de l'Autriche, les différends seront portés devant une Commission d'arbitrage composée d'un représentant de l'Union Soviétique et d'un représentant de l'Autriche auxquels sera adjoint un troisième membre choisi d'un commun accord par les deux gouvernements parmi les ressortissants d'un pays tiers.

11. Le Royaume-Uni, les Etats-Unis d'Amérique et la France transfèrent à l'Autriche tous les biens, droits et intérêts détenus ou revendiqués par l'un d'eux ou pour le compte de l'un d'eux en Autriche, au titre des anciens avoirs allemands ou du butin de guerre.

Les biens, droits et intérêts cédés à l'Autriche en vertu de ce paragraphe seront transférés libres de toutes charges ou revendications de la part du Royaume-Uni, des Etats-Unis d'Amérique et de la France, nées de l'exercice de leur contrôle sur ces biens, droits et intérêts après le 8 mai 1945.

12. Après que l'Autriche aura rempli tous les engagements stipulés par le présent article, ou résultant de ses dispositions, les revendications des Puissances Alliées et Associées concernant les anciens avoirs allemands en Autriche, fondées sur les décisions de la Conférence de Berlin du 2 août 1945, seront considérées comme étant entièrement satisfaites.

13. L'Autriche s'engage à ce que, à l'exception des biens, droits et intérêts des organisations ayant un but éducatif, culturel, charitable ou religieux, aucun des biens, droits et intérêts qui lui sont cédés au titre des anciens avoirs allemands ne redeviennent la propriété de personnes morales allemandes ni, quand la valeur de ces biens, droits et intérêts excède 260.000 schillings, la propriété de personnes physiques allemandes.

L'Autriche s'engage également à ne pas transférer à un propriétaire étranger les droits et biens qui figurent dans les listes 1 et 2 du présent article et qui seront transférés à l'Autriche par l'Union Soviétique conformément au memorandum austro-soviétique du 15 avril 1955.

14. Les stipulations de cet article seront appliquées conformément aux dispositions de l'annexe II du Traité.

Liste N° 1

Concessions sur les zones de production de pétrole en Autriche orientale à transférer à l'Union Soviétique

N°	Désignation de la zone de la production du pétrole	Nom de la compagnie
1	Mühlberg	ITAG
2	St. Ulrich — D. E. A.	D. E. A.
3	St. Ulrich — Niederdonau	Niederdonau
4	Gösting — Kreutzfeld — Pionnier (50% de la production)	E. P. G.

Note relative à la liste N° 1:

A. Seront transférés à l'Union Soviétique tous les biens des zones de production énumérées ci-dessus, y compris tous les puits productifs et non-productifs, avec tout leur équipement de surface et équipement souterrain, réseau collecteur de pétrole, installations et matériel de forage, centrales de compresseur et de pompage, ateliers, installations de dégazolinage, installations génératrices de vapeur, installations

génératrices d'électricité et sous-centrales avec réseau de transmission, pipe-lines, installations d'amenée d'eau, réseaux électriques, conduites de vapeur, conduites d'eau, conduites de gaz, routes d'exploitation pétrolière, voies d'accès, lignes téléphoniques, matériel pour combattre l'incendie, garages pour automobiles et tracteurs, bureaux et locaux d'habitation desservant les zones et autres biens utilisés à l'occasion de l'exploitation des zones de production du pétrole énumérées ci-dessus.

B. Le droit de propriété et les droits de bail sur l'ensemble des biens des zones de production

susvisées seront transférés à l'Union Soviétique dans la mesure où les personnes physiques ou morales, qui possédaient ou qui exploitaient ces zones ou qui participaient à leur exploitation, avaient un droit, titre ou intérêt portant sur lesdites installations.

Dans le cas où des biens étaient utilisés en vertu d'un droit de bail, la durée stipulée dans les contrats de bail sera calculée comme partant de la date d'entrée en vigueur du présent traité; la jouissance en vertu de ces contrats ne pourra prendre fin sans le consentement de l'Union Soviétique.

Liste N° 2

Concessions sur les zones de prospection du pétrole en Autriche orientale à transférer à l'Union Soviétique

N°	Nom de la concession	nom de la compagnie	Surface en hectares à concéder à l'Union Soviétique
1	Neusiedlersee	Elverat	122.480
2	Leithagebirge	Kohle Oel Union	52.700
3	Gross Enzersdorf (y compris le terrain d'Aderklaa)	Niederdonau	175.000
4	Hauskirdien (y compris le terrain d'Alt-Lichtenwarth)	ITAG	4.800
5	St. Ulrich	D. E. A.	740
6	Schrattenberg	Kohle Oel Union	3.940
7	Grosskrut	Wintershall	8.000
8	Mistelbach	Preussag	6.400
9	Paasdorf (50% de la surface)	E. P. G.	3.650
10	Steinberg	Steinberg-Naphta	100
11	Hausbrunn	D. E. A.	350
12	Drasenhofen (surface en territoire autrichien)	Kohle Oel Union	8.060
13	Ameis	Preussag	7.080
14	Siebenhirten	Elverat	5.000
15	Leis	ITAG	14.800
16	Korneuburg	Ritz	30.000
17	Klosterneuburg (50% de la surface)	E. P. G.	7.900
18	Oberlaa	Preussag	51.400
19	Enzersdorf	Deutag	25.800
20	Odenburger Pforte	Kohle Oel Union	55.410
21	Tulln	Donau Oel	38.070
22	Kilb (50% de la surface)	E. P. G.	18.220
23	Pullendorf	Kohle Oel Union	60.700
24	Nordsteiermark (50% de la surface en zone soviétique)	E. P. G.	55.650
25	Mittelsteiermark (surface en zone soviétique)	Wintershall	9.840
26	Gösting (50% de la surface)	E. P. G.	250
	Total ...	26 concessions	766.340

Note relative à la liste N° 2:

A. Seront transférés à l'Union Soviétique les biens des zones de prospection énumérées ci-dessus.

B. Le droit de propriété et les droits de bail sur l'ensemble des biens des zones de prospection énumérées ci-dessus seront transférés à l'Union Soviétique dans la mesure où les personnes physiques ou morales qui possédaient ou qui exploitaient ces zones ou qui participaient à leur exploitation avaient un droit, titre ou intérêt portant sur les biens en question.

Dans les cas où les biens étaient utilisés en vertu d'un droit de bail, la durée stipulée dans les contrats de bail sera calculée comme partant de la date d'entrée en vigueur du présent traité; la jouissance en vertu de ces contrats ne pourra prendre fin sans le consentement de l'Union Soviétique.

Liste N° 3

Raffineries de pétrole en Autriche orientale à transférer à l'Union Soviétique

N°	Nom de la raffinerie	Capacité annuelle de production par 1.000 tonnes de pétrole brut en 1947
1	Lobau	240.0
2	Nova	120.0
3	Korneuburg	60.0
4	Okeros (re-raffinage)	—
5	La raffinerie « Moosbierbaum » à l'exclusion de l'équipement appartenant à la France et sujet à restitution	—
Total . . .		420.0

Note relative à la liste N° 3:

A. L'ensemble des biens des raffineries seront transférés, y compris établissements techniques, installations génératrices d'électricité, installations génératrices de vapeur, ateliers, équipement des dépôts de pétrole et des entrepôts, dépôts et rampes de chargement et appontements, pipelines, y inclus la pipe-line Lobau—Zistersdorf, voies, voies d'accès, bureaux et locaux d'habitation, matériels pour combattre l'incendie, etc. . . .

B. Le droit de propriété et les droits de bail sur l'ensemble des biens des raffineries énumérées ci-dessus seront transférés à l'Union Soviétique dans la mesure où les personnes physiques ou morales qui possédaient ou qui exploitaient ces zones ou qui participaient à leur exploitation avaient un droit, titre ou intérêt portant sur les biens en question.

Dans les cas où les biens étaient utilisés en vertu d'un droit de bail, la durée stipulée dans les contrats de bail sera calculée comme partant de la date d'entrée en vigueur du présent traité; ces contrats ne pourront prendre fin sans le consentement de l'Union Soviétique.

Liste N° 4

Entreprises en Autriche orientale employées à la distribution des produits pétroliers à transférer à l'Union Soviétique

N°	Nom de l'entreprise
1	Deutsche Gasolin A. G. (Agence de distribution en Autriche G. m. b. H.).
2	A. G. der Kohlewerkstoffverbände (Gruppe Benzin-Benzol-Verband-Bochum) — agence d'Autriche, y compris l'entrepôt de pétrole lui appartenant à Praterspitz.
3	« Nova » Mineral Oel Vertrieb Gesellschaft m. b. H.
4	« Donau-Oel G. m. b. H. ».
5	« Nitag » avec l'entrepôt de pétrole à Praterspitz.
6	Firmes employées à la distribution du gaz: « Erdgas G. m. b. H. », « Ferngas A. G. », « Zaya Gas G. m. b. H. », « Rheintal Gas G. m. b. H. » et « B. F. Methane G. m. b. H. ».
7	Entrepôts de pétrole « Praterspitz Winter-Hafen » et « Mauthausen ».
8	Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft m. b. H. (W. I. F. O.), entrepôt de pétrole à Lobau et terrains.
9	Pipe-line Lobau (Autriche) — Raudnitz (Tchécoslovaquie) dans la section de Lobau à la frontière tchécoslovaque.

Note relative à la liste N° 4:

A. Les entreprises seront transférées à l'Union Soviétique dans leur ensemble avec toutes leurs propriétés situées en Autriche orientale, y compris entrepôts de pétrole, pipe-lines, pompes de distribution, rampes de chargement et de déchargement, appontements, voies, voies d'accès, etc. . . .

En outre, seront transférés à l'Union Soviétique les droits de propriété sur le parc entier des wagons-citernes à présent en possession des organisations soviétiques.

B. Le droit de propriété et les droits de bail sur l'ensemble de l'équipement des entreprises énumérées ci-dessus situées en Autriche orientale qui sont employées à la distribution des produits pétroliers seront transférés à l'Union Soviétique

dans la mesure où les personnes physiques ou morales qui possédaient ou qui exploitaient ces entreprises ou qui participaient à leur exploitation, avaient un droit, titre ou intérêt portant sur l'équipement en question.

Dans les cas où les biens étaient utilisés en vertu d'un droit de bail, la durée stipulée dans les contrats de bail sera calculée comme partant de la date d'entrée en vigueur du présent traité; ces contrats ne pourront prendre fin sans le consentement de l'Union Soviétique.

Liste N° 5

Àvoirs de la D. D. S. G. en Autriche orientale à transférer à l'Union Soviétique

I. Chantier de construction de Korneuburg

Sera transféré en toute propriété à l'Union Soviétique le chantier de construction de la ville de Korneuburg situé sur la rive gauche du fleuve Danube, au kilomètre fluvial 1943 et occupant sur les deux rives de l'ancien lit du Danube une superficie totale estimée à 220.770 m². La surface des quais égale 61.300 m² et les installations d'amarrage s'étendent sur 177 m.

En outre, seront transférés à l'Union Soviétique les droits de bail sur des zones du chantier d'une superficie de 2.946 m².

Seront transférés à l'Union Soviétique les droits de propriété et autres droits sur toutes les installations du chantier, dans la mesure où la D.D.S.G. avait les droits, titres ou intérêts portant sur lesdites installations, y compris toutes les parcelles de terrain, constructions, cales et bassins, engins flottants, ateliers, bâtiments et locaux, centrales électriques et postes de transformateur, voies de garage ferroviaires, matériel de transport, matériel technique et matériel d'exploitation, outillages et inventaires, moyens de communication et installations d'assistance sociale, maisons d'habitation et baraques, ainsi que tous autres biens appartenant au chantier de construction.

II. Zones du port de la ville de Vienne

a) Première zone (Nordbahnbrücke)

1. Zone du port s'étendant du point kilométrique 1931, 347.35 sur le Danube au point kilométrique 1931, 211.65 y compris la zone du « Donau-Sandwerkplatz » ainsi que du point kilométrique 1931, 176.90 au point kilométrique 1930, 439.35 le long du Danube, y compris les zones de « Nordbahnbrücke » et de « Zwischenbrücke » situées le long des quais sur une longueur totale de 873.2 m., avec une largeur de 70 m. environ.

b) Deuxième zone (Nordbahnlande)

2. Zone du port s'étendant du point kilométrique 1929, 803.00 au point kilométrique

1929, 618.00 du cours du Danube, le long des quais sur une longueur de 185 m., avec une largeur moyenne de 15 m. environ, ainsi que les deux chemins de fer adjacents et la parcelle de la zone des « Kommunal Bäder ».

c) Troisième zone (Praterquay)

Zone du port s'étendant du point kilométrique 1928, 858.90 au point kilométrique 1927, 695.30 le long du Danube sur une distance de 1163.60 m. avec une largeur moyenne de 70 m. environ.

d) Quatrième zone

Zone du port qui confine, au point kilométrique 1925, 664.7 du Danube, à la zone de ce port utilisée par la Compagnie hongroise de navigation et au point kilométrique 1925, 529.30 de la zone occupée par le chemin de fer de (Quay Bahnhof) et s'étendant le long des quais sur une longueur totale de 135.40 m., avec une largeur moyenne de 70 m. environ.

Les quatre zones de port énumérées seront transférées avec toutes les installations hydro-techniques, entrepôts, magasins, hangars, stations fluviales, bâtiments d'opération, de service et d'habitation, bâtiments d'installation auxiliaires, équipement mécanique et matériel et outillage mécanique de chargement et de déchargement, ateliers de réparations avec équipement, postes de transformateur et équipement électrique, moyens de communication, installations d'assistance sociale, toutes les installations de voies et moyens, ainsi que tout l'équipement et l'inventaire.

III. Biens et installations des agences, des gares et entrepôts fluviaux

N°	Nom
1	Niederranna Bâtiment pour agence et entrepôt
2	Obermühl Bâtiment pour agence et entrepôt
3	Terrain de 536 m ²
4	Neuhaus Salle d'attente
5	Mauthausen Bâtiment pour agence.
6	Wallsee Bâtiment pour agence
7	Entrepôt
8	Grein Bâtiment pour agence et entrepôt
9	Sarmingstein Bâtiment pour agence

N°	Nom	N°	Nom
	Ybbs		Débarcadères
10	Bâtiment pour agence	40	Melkstrom
	Pöchlarn	41	Ispeldorf
11	Locaux d'habitation	42	Marbach
12	Bâtiment pour agence	43	Weitenegg
13	Terrain de 1.598 m ²	44	Deutsch-Altenburg
	Melk	45	Zwentendorf
14	Entrepôt (en ville)	46	Kritzendorf
15	Salle d'attente et bureau		
16	Entrepôt		
	Schönbühel		
17	Salle d'attente		
	Aggsbach-Dorf		
18	Bâtiment pour agence		
19	Entrepôt		
	Spitz		
20	Bâtiment pour agence		
21	Entrepôt		
22	Terrain de 1.355 m ²		
	Weissenkirchen		
23	Bureau et salle d'attente		
24	Entrepôt		
25	Terrain de 516 m ²		
	Dürnstein		
26	Bâtiment pour agence		
	Stein		
27	Locaux d'habitation		
28	Salle d'attente et bâtiment pour entrepôt		
29	Terrains contigus à l'immeuble		
	Krems		
30	Bâtiment pour agence		
	Hollenburg		
31	Salle d'attente		
	Tulln		
32	Bâtiment pour agence		
	Greifenstein		
33	Hangar		
	Korneuburg		
34	Bâtiment contenant salle d'attente et guichets		
	Hainburg		
35	Locaux d'habitation		
36	Bâtiment pour agence		
37	Entrepôt		
38	Terrain de 754 m ²		
	Arnsdorf		
39	Bâtiment pour agence		

Les biens énumérés à la section III sont transférés avec tout l'équipement et l'inventaire.

IV. Biens dans la ville de Vienne

1. Maison d'habitation sise au N° 11, square Archiduc Karl (anciennement au N° 6), 2^{ème} arrondissement, érigée sur son propre terrain.

2. Terrain en pleine propriété et maison au 204, Handelskai, 2^{ème} arrondissement.

3. Terrain de construction en pleine propriété de la Wehlistrasse, 2^{ème} arrondissement, immatriculé au registre du cadastre sous les Nos 1660, 1661, 1662.

4. Parcelle de terrain en bail au 286, Handelskai, 2^{ème} arrondissement.

Les biens énumérés à la section IV sont transférés avec tout l'équipement et l'inventaire.

Note pour les sections II, III et IV:

Le terrain occupé par les zones de port visées à la section II de la présente liste, ainsi que par les bâtiments d'agence, gares fluviales, entrepôts et autres constructions énumérées aux sections III et IV de la présente liste ainsi que tous les biens mentionnés dans les sections II, III, IV, seront transférés à l'Union Soviétique sur les mêmes bases juridiques que celles sur lesquelles ils étaient détenus par la D. D. S. G., étant entendu que tel terrain ou autre bien qui était la propriété de la D. D. S. G. au 8 mai 1945 deviendra la propriété de l'Union Soviétique.

Dans les cas où les contrats qui fixaient les bases juridiques sur lesquelles un terrain avait passé en la possession de la D. D. S. G. ne prévoyaient pas le transfert à la D. D. S. G. des droits de propriété sur ledit terrain, le Gouvernement autrichien sera tenu de régulariser le transfert à l'Union Soviétique des droits acquis par la D. D. S. G. en vertu de ces contrats, et de prolonger l'effet de ces derniers pour une durée indéterminée, étant entendu qu'à l'avenir, l'effet de ces contrats ne pourra prendre fin sans le consentement du Gouvernement de l'Union Soviétique.

L'étendue des obligations de l'Union Soviétique en vertu de ces contrats devra être fixée d'un commun accord entre le Gouvernement de l'Union Soviétique et le Gouvernement de l'Autriche, étant entendu que ces obligations ne devront pas dépasser les obligations assumées par la D. D. S. G. en vertu des contrats conclus avant le 8 mai 1945.

V. Bateaux appartenant à la D.D.S.G. qui se trouvent en Autriche orientale et qui sont à transférer à l'Union Soviétique.

No	Type de bateau	Nom actuel	Ancien nom	Puissance HP	Tonnage utile
1	Remorqueur	« Vladivostok »	« Persenbeug »	1000	—
2	»	« Cronstadt »	« Bremen »	800	—
3	Vapeur de passagers	« Caucasus »	« Helios »	1100	—
4	Chaland-citernes	104	« DDSG-09714 »	—	967
5	»	144	« DDSG-09756 »	—	974
6	»	161	« DDSG-05602 »	—	548
7	»	09765	« DDSG-09765 »	—	952
8	»	29	« DDSG-XXIX »	—	1030
9	Chalands pour cargaisons sèches	22	Repris après avoir été terminés	—	972
10	»	23	»	—	972
11	»	EL-72	« DDSG-EL-72 »	—	180
12	»	654	« DDSG-67277 »	—	669
13	»	689	« DDSG-6566 »	—	657
14	»	1058	« DDSG-1058 »	—	950
15	»	5016	« DDSG-5016 »	—	520
16	»	5713	« DDSG-5713 »	—	576
17	»	5728	« DDSG-5728 »	—	602
18	»	6746	« DDSG-6746 »	—	670
19	»	65204	« DDSG-65204 »	—	650
20	»	67173	« DDSG-67173 »	—	670
21	»	10031	« DDSG-10031 »	—	942
22	»	5015	« DDSG-5015 »	—	511
23	»	6525	« DDSG-6525 »	—	682
24	»	67266	« DDSG-67266 »	—	680
25	Péniche	304	« JOHANNA »	—	30
26	»	411	« V-238 »	—	40
27	Ponton à 2 cheminées	RP-IV	« RP-IV »	—	—
28	»	RP-VI	« DDSG-RP-VI »	—	—
29	»	RP-XX	« DDSG-RP-XX »	—	—
30	Plateforme de débarquement	EP-97	« DDSG-EP-9721 »	—	—
31	Ponton	EP-120	« DDSG-EP-120 »	—	—
32	Péniche sans pont	« Trauner »	« Trauner »	—	—
33	Grue flottante	P-I	Sans nom	—	—
34	»	P-2	« DDSG-21 »	—	—
35	Ponton	PT-7	—	—	—
36	»	PT-8	—	—	—

Article 23

Biens autrichiens en Allemagne et abandon des réclamations de l'Autriche à l'encontre de l'Allemagne

1. A partir de l'entrée en vigueur du présent Traité, les biens en Allemagne du Gouvernement autrichien ou de ses ressortissants, y compris les biens qui ont été enlevés par la force du territoire autrichien et emportés en Allemagne après le 12 mars 1938 seront restitués à leurs propriétaires. Cette disposition ne s'appliquera pas aux biens des criminels de guerre et des personnes qui ont été l'objet de mesures pénales au titre de la dénazification. Ces biens seront mis à la disposition du Gouvernement autrichien, à la condition qu'ils n'aient pas été bloqués ou confisqués conformément aux lois et ordonnances en vigueur en Allemagne après le 8 mai 1945.

2. Le rétablissement des droits de propriété sur les biens autrichiens en Allemagne sera effectué conformément aux mesures qui seront déterminées par les Puissances d'Occupation de l'Allemagne dans leurs zones d'occupation.

3. Sans préjudice de ces dispositions et de toutes autres qui seraient prises en faveur de l'Autriche et des ressortissants autrichiens par les Puissances occupant l'Allemagne et sans préjudice des règlements déjà opérés, l'Autriche renonce, en son nom et au nom des ressortissants autrichiens, à toutes réclamations contre l'Allemagne et les ressortissants allemands, qui n'étaient pas réglées au 8 mai 1945, à l'exception de celles qui résultent de contrats et d'autres obligations qui étaient en vigueur avant le 13 mars 1938, ainsi que de droits qui étaient acquis avant cette date. Cette renonciation sera considérée comme s'appliquant à toutes les réclamations relatives à des transactions conclues par l'Allemagne pendant la période d'annexion de l'Autriche par l'Allemagne et à toutes les réclamations portant sur des pertes ou des dommages survenus au cours de la même période, et notamment aux créances représentées par les titres de la dette publique allemande détenus par le Gouvernement autrichien ou ses ressortissants et par les monnaies retirées de la circulation lors de la conversion monétaire, qui devront être détruites dès l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 24

Renonciation par l'Autriche à ses revendications à l'égard des Alliés

1. L'Autriche renonce, au nom du Gouvernement autrichien ou des ressortissants autrichiens, à faire valoir contre les Puissances Alliées et Associées, toute réclamation de quelque nature que ce soit, résultant directement de la guerre en Europe ou de mesures prises par suite de

l'existence d'un état de guerre en Europe après le 1^{er} septembre 1939, que la Puissance Alliée ou Associée intéressée ait été ou non en guerre avec l'Allemagne à l'époque. Sont incluses dans cette renonciation:

- a) les réclamations relatives à des pertes ou dommages subis par suite de l'action des forces armées ou des autorités des Puissances Alliées ou Associées;
- b) les réclamations résultant de la présence, des opérations ou de l'action des forces armées ou des autorités des Puissances Alliées ou Associées sur le territoire autrichien;
- c) les réclamations portant sur les décisions ou les ordonnances des tribunaux de prises de Puissances Alliées ou Associées, l'Autriche acceptant de reconnaître comme valides et comme ayant force obligatoire toutes les décisions et ordonnances desdits tribunaux de prises, rendues au 1^{er} septembre 1939 ou postérieurement à cette date et concernant les navires ou marchandises appartenant à des ressortissants autrichiens ou le paiement des frais;
- d) les réclamations résultant de l'exercice des droits de belligérance ou de mesures prises dans l'intention d'exercer ces droits.

2. Les dispositions du présent article excluront complètement et définitivement toutes réclamations de la nature de celles qui y sont visées, qui seront dès lors éteintes, quelles que soient les parties intéressées. Le Gouvernement autrichien accepte de verser, en schillings, une indemnité équitable pour satisfaire les réclamations des personnes qui ont fourni, sur réquisition, des marchandises ou des services aux forces armées des Puissances Alliées ou Associées sur le territoire autrichien, ainsi que les réclamations portées contre les forces armées des Puissances Alliées ou Associées relatives à des dommages causés sur le territoire autrichien et ne résultant pas de faits de guerre.

3. L'Autriche renonce également, au nom du Gouvernement autrichien ou des ressortissants autrichiens, à faire valoir des réclamations de la nature de celles qui sont visées au paragraphe 1 du présent article, contre l'une quelconque des Nations Unies, dont les relations diplomatiques avec l'Allemagne ont été rompues au cours de la période qui s'est écoulée entre le 1^{er} septembre 1939 et le 1^{er} janvier 1945 et qui a pris des mesures en coopération avec les Puissances Alliées et Associées.

4. Le Gouvernement autrichien assumera l'entière responsabilité de toute la monnaie militaire alliée émise en Autriche par les autorités militaires alliées en coupures dont la valeur n'excède pas cinq schillings, y compris toute la monnaie

de cette nature en circulation à la date d'entrée en vigueur du présent Traité. Les billets de plus de cinq schillings émis par les autorités militaires alliées seront détruits et aucune réclamation ne sera recevable à cet égard à l'encontre de l'une quelconque des Puissances Alliées et Associées.

5. La renonciation à laquelle l'Autriche souscrit aux termes du paragraphe 1 du présent article s'étend à toutes les réclamations portant sur les mesures prises par l'une quelconque des Puissances Alliées ou Associées à l'égard des navires appartenant à des ressortissants autrichiens, entre le 1^{er} septembre 1939 et la date d'entrée en vigueur du présent Traité, ainsi qu'à toutes les réclamations et créances résultant des conventions sur les prisonniers de guerre actuellement en vigueur.

Partie V

Biens, droits et intérêts

Article 25

Biens des Nations Unies en Autriche

1. Pour autant qu'elle ne l'a déjà fait, l'Autriche rétablira tous les droits et intérêts légaux en Autriche des Nations Unies et de leurs ressortissants, tels qu'ils existaient au jour où les hostilités ont commencé entre l'Allemagne et la Nation Unie intéressée, et restituera tous les biens appartenant en Autriche aux Nations Unies et à leurs ressortissants dans l'état où ils se trouvent actuellement.

2. Le Gouvernement autrichien restituera tous les biens, droits et intérêts visés au présent article, libres de toutes hypothèques ou charges quelconques dont ils auraient pu être grevés du fait de la guerre avec l'Allemagne sans que la restitution donne lieu à la perception d'aucune somme de la part du Gouvernement autrichien. Le Gouvernement autrichien annulera toutes mesures de saisie, de séquestre et de contrôle prises à l'encontre des biens des Nations Unies en Autriche entre la date de l'ouverture des hostilités entre l'Allemagne et la Nation Unie intéressée et la date d'entrée en vigueur du présent Traité. Dans les cas où le bien n'aurait pas été restitué dans les six mois à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Traité, la demande de restitution devra être présentée aux autorités autrichiennes dans un délai maximum de douze mois à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Traité, sauf dans les cas où le demandeur sera en mesure d'établir qu'il lui a été impossible de présenter sa demande dans ce délai.

3. Le Gouvernement autrichien annulera les transferts portant sur les biens, droits et intérêts

de toute nature, appartenant à des ressortissants des Nations Unies, lorsque ces transferts résultent de mesures de force prises par les Gouvernements des Puissances de l'Axe ou par leurs services, entre le commencement des hostilités entre l'Allemagne et la Nation Unie intéressée et le 8 mai 1945.

4. a) Dans les cas où le Gouvernement autrichien assure l'indemnisation des pertes subies par suite d'une atteinte ou d'un dommage infligé à des biens en Autriche au cours de l'occupation de l'Autriche par l'Allemagne ou au cours de la guerre, les ressortissants des Nations Unies ne devront pas être l'objet d'un traitement moins favorable que celui qui est accordé aux ressortissants autrichiens; dans ce cas, les ressortissants des Nations Unies qui détiennent, directement ou indirectement, des parts d'intérêts dans des sociétés ou associations qui ne possèdent pas la nationalité des Nations Unies au sens du paragraphe 8 a) du présent article, recevront une indemnité calculée en fonction de la perte ou du dommage total subi par la société ou l'association, et son montant par rapport au total de la perte et du dommage subis sera dans la même proportion que celle de la part détenue par lesdits ressortissants dans le capital de ladite société ou association.

b) Le Gouvernement autrichien accordera aux Nations Unies et à leurs ressortissants le même traitement qu'à ses propres nationaux pour l'attribution des matériaux nécessaires à la réparation et à la remise en état de leurs biens situés en Autriche et pour l'attribution de devises étrangères destinées à l'importation de ces matériaux.

5. Tous les frais raisonnables auxquels donnera lieu, en Autriche, l'établissement des demandes, y compris l'évaluation des pertes et des dommages, seront à la charge du Gouvernement autrichien.

6. Les ressortissants des Nations Unies ainsi que leurs biens seront exemptés de tous impôts, contributions ou taxes exceptionnels auxquels le Gouvernement autrichien ou une autorité autrichienne quelconque aurait soumis leurs avoirs en capital en Autriche, entre la date de la capitulation des forces armées allemandes et celle de l'entrée en vigueur du présent Traité, spécialement en vue de couvrir les dépenses résultant de la liquidation de la guerre et de l'entretien des forces d'occupation. Toutes les sommes qui auraient été ainsi perçues seront remboursées.

7. Le propriétaire des biens en question et le Gouvernement autrichien pourront conclure des arrangements qui se substitueront aux dispositions du présent article.

8. Aux fins du présent article:

a) l'expression « ressortissants des Nations Unies » s'applique aux personnes physiques qui sont ressortissants de l'une quelconque des Nations Unies, ainsi qu'aux sociétés ou associations constituées sous le régime des lois de l'une des Nations Unies lors de l'entrée en vigueur du présent Traité, à condition que les personnes physiques, sociétés ou associations aient déjà possédé ce statut au 8 mai 1945.

L'expression « ressortissants des Nations Unies » comprend également toutes les personnes physiques et les sociétés ou associations qui, aux termes de la législation en vigueur en Autriche pendant la guerre, ont été traitées comme ennemies.

b) le terme « propriétaire » désigne une des Nations Unies ou le ressortissant d'une des Nations Unies tels qu'ils sont définis à l'alinéa a) ci-dessus et qui ont un titre légitime aux biens en question, et s'applique au successeur du propriétaire à condition que ce successeur soit aussi une des Nations Unies ou un ressortissant d'une des Nations Unies au sens de l'alinéa a). Si le successeur a acheté le bien lorsque celui-ci était déjà endommagé, le vendeur conservera ses droits à l'indemnisation résultant du présent article, sans que les obligations existant entre le vendeur et l'acquéreur en vertu de la législation interne en soient affectées.

c) le terme « biens » désigne tous les biens mobiliers ou immobiliers, corporels ou incorporels, y compris les droits de propriété industrielle, littéraire et artistique, ainsi que tous droits ou intérêts de nature quelconque dans des biens.

9. Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas aux transferts de biens, droits et intérêts en Autriche des Nations Unies ou des ressortissants des Nations Unies si ces transferts ont été effectués conformément à la législation en vigueur en Autriche au 28 juin 1946.

10. Le Gouvernement autrichien reconnaît que l'accord de Brioni du 10 août 1942 est nul et non avenu. Il s'engage à participer avec les autres signataires de l'accord de Rome du 21 mars 1923, à toutes négociations ayant pour objet d'introduire dans ses dispositions les modifications nécessaires en vue d'assurer un règlement équitable des annuités qu'il prévoit.

Article 26

Biens, droits et intérêts des groupes minoritaires en Autriche

1. Pour autant qu'elle ne l'a déjà fait, l'Autriche prend l'engagement, dans tous les cas où les

biens, droits ou intérêts légaux en Autriche ont fait, après le 13 mars 1938, l'objet de transferts forcés ou de mesures de séquestre, de saisie ou de contrôle, en raison de l'origine raciale ou de la religion de leurs propriétaires, de restituer lesdits biens et de rétablir lesdits droits et intérêts légaux ainsi que leurs accessoires. Lorsque cette restitution ou ce rétablissement est impossible, le Gouvernement autrichien versera, pour les pertes subies du fait de ces mesures, une indemnité calculée sur les mêmes bases que l'indemnité qui est ou pourra être généralement attribuée aux ressortissants autrichiens en matière de dommages de guerre.

2. L'Autriche s'engage à assurer le contrôle de tous les biens, droits et intérêts légaux en Autriche de personnes, d'organisations ou de communautés qui, individuellement ou collectivement, ont été l'objet de mesures de persécution pour un motif racial ou religieux ou pour tout autre motif d'inspiration nazie, si, lorsqu'il s'agit de personnes, ces biens, droits et intérêts sont restés en déshérence ou n'ont fait l'objet d'aucune revendication pendant une période de six mois à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité, ou si, lorsqu'il s'agit d'organisations ou de communautés, ces organisations ou communautés ont cessé d'exister. L'Autriche sera tenue de transférer ces biens, droits et intérêts aux institutions ou organisations appropriées qui seront désignées par les quatre chefs de missions diplomatiques à Vienne, en accord avec le Gouvernement autrichien, afin qu'ils soient employés à l'assistance et au relèvement des victimes des persécutions des Puissances de l'Axe, étant entendu que l'Autriche ne sera pas tenue, en vertu de ces dispositions, d'effectuer des paiements en devises étrangères ou de procéder à d'autres transferts à l'étranger, qui constitueraient une charge pour l'économie autrichienne. Ces transferts seront effectués dans un délai de dix-huit mois à partir de la date d'entrée en vigueur du présent Traité et porteront également sur les biens qui doivent être restitués et les droits et intérêts qui doivent être rétablis aux termes du paragraphe 1 du présent article.

Article 27

Biens autrichiens sur le territoire des Puissances Alliées et Associées

1. Les Puissances Alliées et Associées déclarent qu'elles ont l'intention de restituer les biens, droits et intérêts autrichiens dans l'état où ils se trouvent actuellement sur leurs territoires ou, lorsque ces biens, droits ou intérêts ont fait l'objet de mesures de liquidation ou de disposition ou ont été réalisés d'autre manière, le produit résultant de l'exécution de ces mesures de liquidation, de disposition ou de réalisation, après paiement des impôts échus, des dépenses

d'administration, des droits des créanciers et des autres charges analogues. Les Puissances Alliées et Associées seront prêtes à conclure à cette fin des accords avec le Gouvernement autrichien.

2. Nonobstant les dispositions précédentes, la République Fédérative Populaire de Yougoslavie aura le droit de saisir, retenir ou liquider les biens, droits et intérêts autrichiens qui, à la date d'entrée en vigueur du présent Traité, se trouvent sur le territoire yougoslave. Le Gouvernement autrichien s'engage à indemniser les ressortissants autrichiens dont les biens auront été saisis en vertu de ce paragraphe.

Article 28

Dettes

1. Les Puissances Alliées et Associées reconnaissent que le paiement d'intérêts et les charges analogues concernant les fonds d'Etat autrichiens venus à échéance après le 12 mars 1938 et avant le 8 mai 1945 doivent être réclamés à l'Allemagne et non à l'Autriche.

2. Les Puissances Alliées et Associées déclarent leur intention de ne pas se prévaloir des dispositions des contrats d'emprunt conclus par le Gouvernement autrichien avant le 13 mars 1938, dans la mesure où ces dispositions accordent aux créanciers un droit de contrôle sur les finances publiques de l'Autriche.

3. L'existence de l'état de guerre entre les Puissances Alliées et Associées et l'Allemagne ne doit pas être considérée en soi comme affectant l'obligation d'acquitter les dettes pécuniaires résultant d'obligations et de contrats qui étaient en vigueur, et de droits qui étaient acquis, avant l'existence de l'état de guerre, dettes qui étaient devenues exigibles avant l'entrée en vigueur du présent Traité et qui sont dues soit par le Gouvernement ou les ressortissants autrichiens au Gouvernement ou aux ressortissants de l'une des Puissances Alliées et Associées, soit par le Gouvernement ou les ressortissants de l'une des Puissances Alliées et Associées au Gouvernement ou aux ressortissants autrichiens.

4. Sauf dispositions expressément contraires du présent Traité, aucune clause de ce Traité ne devra être interprétée comme affectant les rapports de débiteurs à créanciers résultant de contrats conclus à un moment quelconque avant le 1er septembre 1939, soit par le Gouvernement autrichien, soit par des personnes qui étaient au 12 mars 1938 ressortissants autrichiens.

Partie VI

Relations économiques générales

Article 29

1. En attendant la conclusion de traités ou d'accords commerciaux entre l'une quelconque

des Nations Unies et l'Autriche, le Gouvernement autrichien devra, pendant les dix-huit mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité, accorder à chacune des Nations Unies qui, en fait, accorde par voie de réciprocité un traitement analogue à l'Autriche dans ces domaines, le traitement suivant:

- a) Pour tout ce qui concerne les droits et redevances à l'importation ou à l'exportation, l'imposition à l'intérieur du pays des marchandises importées, et tous les règlements qui s'y rapportent, les Nations Unies bénéficieront de la clause inconditionnelle de la nation la plus favorisée;
- b) A tous autres égards, l'Autriche ne fera aucune discrimination arbitraire entre des marchandises provenant d'un territoire de l'une des Nations Unies ou destinées à l'un de ces territoires et des marchandises analogues provenant d'un territoire de l'une des autres Nations Unies ou de tout autre pays étranger ou destinées à l'un de ces territoires ou à l'un de ces pays;
- c) Les ressortissants des Nations Unies, y compris les personnes morales, bénéficieront du traitement national et de celui de la nation la plus favorisée pour tout ce qui a trait au commerce, à l'industrie, à la navigation et aux autres formes d'activité commerciale en Autriche. Ces dispositions ne s'appliqueront pas à l'aviation commerciale;
- d) L'Autriche n'accordera à aucun pays de droit exclusif ou préférentiel en ce qui concerne l'exploitation des services aériens commerciaux pour les transports internationaux; elle offrira des conditions d'égalité à toutes les Nations Unies pour l'obtention de droits en matière de transports aériens commerciaux internationaux sur le territoire autrichien, y compris le droit d'atterrir à des fins de ravitaillement et de réparation, et, en ce qui concerne l'exploitation des services aériens commerciaux pour les transports internationaux, elle accordera à toutes les Nations Unies, suivant le principe de la réciprocité et de la non-discrimination, le droit de survoler le territoire autrichien sans escale. Ces dispositions n'affecteront pas les intérêts de la défense nationale de l'Autriche.

2. Les engagements ci-dessus pris par l'Autriche doivent s'entendre sous réserve des exceptions usuelles des traités de commerce conclus par l'Autriche avant le 13 mars 1938; les dispositions relatives à la réciprocité accordée par chacune des Nations Unies doivent s'entendre sous réserve des exceptions usuelles des traités de commerce conclus par celle-ci.

Partie VII**Règlement des différends****Article 30**

1. Tous les différends qui pourront s'élever à propos de l'application de l'article intitulé « Biens des Nations Unies en Autriche » du présent Traité seront soumis à une commission paritaire de conciliation composée d'un représentant du Gouvernement de la Nation Unie intéressée et d'un représentant du Gouvernement autrichien. Si un règlement n'est pas intervenu dans les trois mois qui suivront la date à laquelle le différend a été soumis à la commission de conciliation, l'un ou l'autre Gouvernement pourra demander l'adjonction à la commission d'un tiers membre choisi d'un commun accord entre les deux Gouvernements parmi les ressortissants d'un état tiers. A défaut d'accord dans un délai de deux mois entre les deux Gouvernements sur le choix de ce membre, l'un et l'autre d'entre eux s'adresseront aux Chefs des Missions diplomatiques de l'Union Soviétique, du Royaume-Uni, des Etats-Unis d'Amérique et de la France à Vienne, qui désigneront le tiers membre de la commission. Si les Chefs des Missions diplomatiques ne parviennent pas à se mettre d'accord dans le délai d'un mois sur la désignation d'un tiers membre, l'une ou l'autre partie pourra demander au Secrétaire Général de l'Organisation des Nations Unies de procéder à cette désignation.

2. Lorsqu'une commission de conciliation sera constituée en application du paragraphe 1 du présent article, elle aura compétence pour connaître tous les différends qui pourront s'élever par la suite entre la Nation Unie intéressée et l'Autriche au sujet de l'application ou de l'interprétation de l'article mentionné au paragraphe 1 du présent article et elle remplira les fonctions qui lui sont dévolues par ces dispositions.

3. Chaque commission de conciliation établira elle-même sa procédure en adoptant des règles conformes à la justice et à l'équité.

4. Chaque Gouvernement paiera les honoraires du membre de la commission de conciliation qu'il nommera et de toute personne qu'il pourra désigner pour le représenter devant la commission. Les honoraires du tiers membre seront fixés par accord spécial entre les Gouvernements intéressés, et ses honoraires ainsi que les dépenses communes de chaque commission seront payés par moitié par les deux Gouvernements.

5. Les parties s'engagent à ce que leurs autorités fournissent directement à la commission de conciliation toute l'aide qui sera en leur pouvoir.

6. La décision de la majorité des membres de la commission sera considérée comme décision de la commission et acceptée par les parties comme définitive et obligatoire.

Partie VIII**Diverses dispositions économiques****Article 31****Dispositions relatives au Danube**

La navigation sur le Danube sera libre et ouverte aux ressortissants, aux bateaux marchands et aux marchandises de tous les Etats sur un pied d'égalité en ce qui concerne les droits de port et les taxes sur la navigation, ainsi que les conditions auxquelles est soumise la navigation commerciale. Les dispositions ci-dessus ne seront pas applicables au trafic entre les ports d'un même Etat.

Article 32**Facilités de transit**

1. L'Autriche facilitera dans toute la mesure possible les transports ferroviaires en transit par son territoire à des tarifs raisonnables et se prêtera à la conclusion avec les Etats voisins, sur une base de réciprocité, de tous accords nécessaires à cet effet.

2. Les Puissances Alliées et Associées s'engagent à recommander l'insertion dans le règlement relatif à l'Allemagne de dispositions propres à faciliter le transit et les communications sans droit de douane ni autre charge entre Salzbourg et Lofer (Salzbourg) en passant par le Reichenhall—Steinpass, et entre Scharnitz (Tyrol) et Ehrwald (Tyrol), via Garmisch-Partenkirchen.

Article 33**Champ d'application**

Les articles du présent Traité intitulés « Biens des Nations Unies en Autriche » et « Relations économiques générales » s'appliqueront aux Puissances Alliées et Associées ainsi qu'à celles des Nations Unies qui avaient ce statut au 8 mai 1945 et dont les relations diplomatiques avec l'Allemagne ont été rompues pendant la période comprise entre le 1^{er} septembre 1939 et le 1^{er} janvier 1945.

Partie IX**Clauses finales****Article 34****Chefs des missions diplomatiques**

1. Pendant une période qui n'excédera pas dix-huit mois à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité, les chefs des missions diplomatiques de l'Union Soviétique, du Royaume-Uni, des Etats-Unis d'Amérique et de la France à Vienne, agissant de concert, représenteront les Puissances Alliées et Associées pour traiter avec le Gouvernement autrichien de toutes questions rela-

tives à l'exécution et à l'interprétation du présent Traité.

2. Les quatre chefs de mission donneront au Gouvernement autrichien les conseils, avis techniques et éclaircissements qui pourront être nécessaires pour assurer l'exécution rapide et efficace du présent Traité, aussi bien dans sa lettre que dans son esprit.

3. Le Gouvernement autrichien fournira aux quatre chefs de mission ci-dessus désignés toutes les informations et toute l'aide dont ils pourront avoir besoin dans l'accomplissement des tâches qui leur sont dévolues par le présent Traité.

Article 35

Interprétation du Traité

1. Exception faite des cas pour lesquels une autre procédure est expressément prévue par un article du présent Traité, tout différend relatif à l'interprétation ou à l'exécution de ce Traité, qui n'a pas été réglé par voie de négociations diplomatiques directes, sera soumis aux quatre chefs de mission agissant comme il est prévu à l'article 34, mais en pareil cas, les chefs de mission ne seront pas tenus par les délais fixés dans ledit article. Tout différend de cette nature qu'ils n'auraient pas encore réglé dans un délai de deux mois sera, sauf si les parties au différend conviennent l'une et l'autre d'un autre mode de règlement, soumis à la requête de l'une ou l'autre des parties, à une commission composée d'un représentant de chaque partie et d'un tiers membre choisi d'un commun accord entre les deux parties parmi les ressortissants d'un pays tiers. A défaut d'accord dans un délai d'un mois entre les deux parties au sujet de la désignation de ce tiers membre, l'une ou l'autre partie pourra demander au secrétaire général des Nations Unies de procéder à cette désignation.

2. La décision prise par la majorité des membres de la commission sera considérée comme décision de la commission et acceptée par les parties comme définitive et obligatoire.

Article 36

Valeur des annexes

Les dispositions des annexes seront considérées comme faisant partie intégrante du présent Traité et auront la même valeur et les mêmes effets.

Article 37

Accession au Traité

1. Tout membre de l'Organisation des Nations Unies qui, à la date du 8 mai 1945, était en guerre avec l'Allemagne jouissait du statut de Nation Unie et qui n'est pas signataire du présent Traité, peut accéder au Traité et sera considéré, dès son accession, comme Puissance Associée pour l'application du Traité.

2. Les instruments d'accession seront déposés près le Gouvernement de l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes et prendront effet dès leur dépôt.

Article 38

Ratification du Traité

1. Le présent Traité, dont les textes russe, anglais, français et allemand feront foi, devra être ratifié. Il entrera en vigueur immédiatement après le dépôt des instruments de ratification par l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes, par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, par les Etats-Unis d'Amérique et par la France, d'une part, et par l'Autriche, d'autre part. Les instruments de ratification seront, dans le plus bref délai possible, déposés près le Gouvernement de l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes.

2. En ce qui concerne chacune des Puissances Alliées ou Associées, dont l'instrument de ratification sera déposé ultérieurement, le Traité entrera en vigueur à la date du dépôt. Le présent Traité sera déposé dans les archives du Gouvernement de l'Union des Républiques Soviétiques Socialistes qui en remettra à chacun des Etats signataires et à chacun de ceux qui accèderont une copie certifiée conforme.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in der Stadt Wien in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache am 15. Mai 1955.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся Полномочные Представители подписали настоящий Договор и приложили к нему свои печати.

Совершено в городе Вена на русском, английском, французском и немецком языках 15. Мая 1955 года.

In faith whereof the undersigned Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed thereto their seals.

Done in the city of Vienna in the Russian, English, French and German languages this day of May 15, 1955.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures et leurs cachets au bas du présent Traité.

Fait en la ville de Vienne, le 15. Mai 1955 en langue russe, anglaise, française et allemande.

I. S. V. Molotow
L. S. J. Iljitschow
L. S. Harold Macmillan
L. S. Geoffrey Wallinger
L. S. John Foster Dulles
L. S. Llewellyn E. Thompson
L. S. Ant. Pinay
L. S. R. Lalouette
L. S. Leopold Figl

Annex I

Definition und Liste von Kriegsmaterial

Der Ausdruck „Kriegsmaterial“, wie er im vorliegenden Vertrag gebraucht wird, umfaßt alle Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände, die für den Gebrauch im Kriege speziell entworfen oder adaptiert wurden, soweit sie nachstehend aufgezählt sind.

Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten sich das Recht vor, die Liste periodisch durch Änderung oder Hinzufügung im Hinblick auf die künftige wissenschaftliche Entwicklung zu ergänzen.

Kategorie I.

1. Militärgewehre, Karabiner, Revolver und Pistolen; Läufe für diese Waffen, und andere Ersatzteile, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch umgeändert werden können.

2. Maschinengewehre, automatische und selbstladende Militärgewehre und Maschinenpistolen; Läufe für diese Waffen und andere Ersatzteile, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch umgeändert werden können; Maschinengewehrgestelle.

3. Kanonen, Haubitzen, Mörser, Minenwerfer, Spezialkanonen für Flugzeuge, verschlußlose oder rückstoßfreie Geschütze und Flammenwerfer; Läufe für diese Waffen und Ersatzteile, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch umgeändert werden können; Lafetten und Gestelle für die vorgenannten.

4. Abschußvorrichtungen für Raketen; Abschuß- und Kontrollmechanismen für selbstgetriebene und gelenkte Geschosse und Projektile; Montierungen für diese.

5. Selbstgetriebene und gelenkte Geschosse, Projektile, Raketen, scharfe Munition und Kartuschen, sei es gefüllt oder ungefüllt, für die Waffen, die in den oben angeführten Punkten 1 bis 4 aufgezählt sind und Zündvorrichtungen, Zündladungen oder Auslöser, um dieselben zur Explosion zu bringen oder zu betätigen. Zündvorrichtungen für zivile Zwecke sind nicht eingeschlossen.

6. Granaten, Bomben, Torpedos, Minen, Wasserbomben und Brandsätze und Ladungen, sei es gefüllt oder ungefüllt, alle Mittel, um sie zur Explosion zu bringen oder zu betätigen. Zündvorrichtungen für zivilen Gebrauch sind nicht eingeschlossen.

7. Bajonette.

Kategorie II.

1. Gepanzerte Kampfwagen; Panzerzüge, die technisch nicht für zivilen Gebrauch umzuändern sind.

2. Mechanische und selbstgetriebene Fahrzeuge für alle in Kategorie I angeführten Waffen;

Chassis und Karosserien speziell militärischen Typs, außer den in Punkt 1 angeführten.

3. Panzerplatten mit mehr als drei Zoll Dicke, die für Schutzzwecke im Kriege verwendet werden.

Kategorie III.

1. Ziel- und Einstellungsapparate zur Vorbereitung und Kontrolle des Feuers einschließlich Zielmeßgeräte und Flächenmeßgeräte für Feuerkontrolle; Feuerlenkungsgeräte, Kanonen- und Bombenzielvorrichtungen, Einstellungsapparate für Zündladungen, Ausrüstungen für die Kalibrierung von Geschützen und Feuerkontrollinstrumente.

2. Sturmbrücken, Angriffs- und Sturmboote.

3. Objekte für Täuschung im Felde; Blend- und Lockvorrichtungen.

4. Persönliche Kriegsausrüstung spezialisierter Natur, die nicht ohne weiteres für zivilen Gebrauch zu adaptieren ist.

Kategorie IV.

1. Kriegsschiffe aller Art einschließlich umgebaute Schiffe und Fahrzeuge, die für deren Unterstützung und Versorgung konstruiert und bestimmt sind, die technisch nicht wieder für zivilen Gebrauch abgeändert werden können, als auch Waffen, Panzerung, Munition, Flugzeuge und alle andere Ausrüstung, Material, Maschinen und Vorrichtungen, die in Friedenszeiten nicht auf anderen Schiffen als auf Kriegsschiffen verwendet werden.

2. Landungsboote und amphibische Fahrzeuge oder Ausrüstung jeder Art; Sturmboote oder Vorrichtungen aller Art sowie Katapulte oder andere Apparate zum Starten oder Abschleudern von Flugzeugen, Raketen, angetriebene Waffen oder andere Geschosse, Instrumente oder Vorrichtungen, sei es bemannt oder unbemannt, sei es gesteuert oder ungesteuert.

3. Tauchfähige oder halbttauchfähige Schiffe, Fahrzeuge, Waffen, Vorrichtungen oder Apparate jeder Art einschließlich speziell entworfene Ausleger zur Hafenverteidigung, ausgenommen solche, die für Bergung, Rettung oder andere zivile Zwecke benötigt werden, ferner alle Ausrüstung, Zubehör, Ersatzteile, experimentelle oder Ausbildungshilfen, Instrumente oder Vorrichtungen, die besonders für ihre Konstruktion, Erprobung, Unterhaltung oder Unterbringung derselben entworfen wurden.

Kategorie V.

1. Zusammengestellte oder nicht zusammengestellte Luftfahrzeuge, schwerer oder leichter als Luft, die für den Luftkampf durch den Gebrauch von Maschinengewehren, Raketen- oder Geschützen oder für Mitführen und

Abwurf von Bomben entworfen oder adaptiert sind, ferner solche, die für Geräte der in Absatz 2 angeführten Art eingerichtet oder nach ihrem Entwurf oder ihrer Konstruktion dafür bestimmt sind.

2. Bordgeschützstände und Montierungen, Bombenhälter, Torpedoträger und Auslösevorrichtungen für Bomben oder Torpedos, Geschütztürme und Deckungen.

3. Speziell für Luftlandetruppen bestimmte und nur von ihnen benützte Ausrüstung.

4. Katapulte und Abschußapparate für Flugzeuge auf Mutterschiffen, Land- und Seeflugzeuge, Apparate für den Abschuß von fliegenden Geschossen.

5. Sperrballons.

Kategorie VI.

Erstickende, blasenerzeugende, tödliche, giftige oder lähmende Stoffe, die für Kriegszwecke bestimmt oder über die zivilen Bedürfnisse hinaus hergestellt werden.

Kategorie VII.

Antriebsstoffe, Explosivstoffe, pyrotechnische Stoffe oder verflüssigte Gase, die für Antrieb, Explosion, Laden oder Füllen von oder für den Gebrauch in Verbindung mit Kriegsmaterial im Sinn dieser Kategorien bestimmt und für zivile Zwecke nicht verwendbar sind oder über die Zivilbedürfnisse hinaus hergestellt werden.

Kategorie VIII.

Fabrik- und Werkzeugausrüstungen, die speziell für die Herstellung und Instandhaltung des oben angeführten Materials bestimmt sind und technisch nicht für zivilen Gebrauch umgewandelt werden können.

Annex II

In Anbetracht der zwischen der Sowjetunion und Österreich getroffenen und in dem in Moskau am 15. April 1955 unterzeichneten Memorandum niedergelegten Vereinbarungen gilt Artikel 22 dieses Vertrages nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Auf Grund der einschlägigen wirtschaftlichen Bestimmungen der Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Österreich vom 15. April 1955 überträgt die Sowjetunion an Österreich innerhalb von zwei Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages alle Vermögenswerte, Rechte und Interessen, die sie gemäß Artikel 22 behalten oder erhalten hat, ausgenommen die Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) in Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

2. Es besteht Übereinstimmung, daß die Rechte Österreichs hinsichtlich aller Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die an Österreich gemäß diesem Annex übertragen werden, nur in der im Paragraph 13 des Artikels 22 dargelegten Weise beschränkt werden.

Приложение I

Определение и Перечень Военных Материалов и Техники

Термин «военные материалы и техника», применяемый в настоящем Договоре, должен включать всё оружие, боеприпасы и средства, специально сконструированные или приспособленные для использования в войне, как это перечисляется ниже.

Союзные и Соединенные Державы сохраняют за собой право изменять периодически данный перечень путем внесения поправок или добавлений в свете дальнейшего развития науки.

Категория I

1. Военные винтовки, карабины, револьверы и пистолеты; стволы и другие запасные части к этому оружию, которые не могут быть легко приспособлены для гражданских целей.

2. Пулеметы, военные автоматические или самозарядные винтовки, пистолеты-пулеметы; стволы и другие запасные части к этому оружию, которые не могут быть легко приспособлены для гражданских целей; пулеметные установки.

3. Пушки, гаубицы, мортиры и минометы, специальные пушки для самолетов, беззатворные или безоткатные орудия и отъемы; стволы и другие запасные части к этому оружию, которые не могут быть легко приспособлены для гражданских целей, лафеты и установки для вышеперечисленного оружия.

4. Установки для запуска ракет, запускные и контрольные приборы для самодвижущихся и управляемых снарядов и аппаратов, установки для них.

5. Начисленные и неначисленные самодвижущиеся и управляемые снаряды и аппараты, ракеты, унитарные патроны и патроны, предназначенные для оружия, перечисленного в пунктах 1—4, приспособления для обращения с ними или для производства взрыва, а также взрыватели и трубки, за исключением взрывателей, необходимых для гражданских нужд.

6. Начисленные или неначисленные гранаты, бомбы, торпеды, мины, глубинные бомбы и зажигательные вещества или заряды, а также все средства для обращения с ними или для производства взрыва, за исключением взрывателей, необходимых для гражданских нужд.

7. Штыки.

Категория II

1. Бронетанковые средства; бронепоезда, которые технически не могут быть переделаны для гражданских целей.

2. Механические и самодвижущиеся лафеты для всякого оружия, перечисленного в категории I, специального типа военные шасси или кузова, кроме перечисленных в пункте 1 выше.

3. Броневые плиты толщиной свыше 3 дюймов, используемые для целей защиты на войне.

Категория III

1. Прицельные и вычислительные приборы для подготовки огня и управления им, включая линейки

зепитного планшета и построителя; приборы для прицелки; орудийные прицелы; прицелы для бомбометания; трубчатые номероустановки; инструменты и приборы для калибрования орудий и для выверки приборов управления огнем.

2. Штурмовые мостики и штурмовые лодки.

3. Средства для ведения замаскированных военных действий, а также ослепляющие средства и средства для обмана.

4. Личное военное снаряжение специального характера, которое трудно приспособить для использования в гражданских целях.

Категория IV

1. Военные суда любого типа, включая переделанные суда и пловучие средства, спроектированные или предназначенные для их обслуживания или поддержки, которые технически не могут быть переделаны для гражданского использования, а также вооружение, броня, боеприпасы, самолеты и всякое другое оборудование, материалы, машины и установки, которые не применяются в мирное время на судах, кроме военных судов.

2. Десантные суда и земноводные перевозочные средства или приспособления всякого рода; штурмовые лодки или приспособления всякого рода, а также катапульты и другие аппараты для выпуска самолетов, ракет, движимых боевых средств или всяких других снарядов, аппаратов и приспособлений, укомплектованных или неукомплектованных людьми, управляемых или неуправляемых.

3. Подводные или полуподводные суда, пловучие средства, боевые средства, приспособления или аппараты всякого рода, включая специально сконструированные защитные боты для гавани, за исключением тех случаев, когда это может быть потребовано для целей спасения или для других гражданских целей, а также все оборудование, принадлежности, запасные части, экспериментальные или учебные средства, приборы или установки, которые могут быть специально предназначены для строительства, испытания, содержания или хранения вышеперечисленного.

Категория V

1. Собранные и несобранные летательные аппараты тяжелее и легче воздуха, которые предназначены или приспособлены для воздушных боевых действий посредством применения пулеметов, артиллерии, установок для выбрасывания ракет, или предназначены или приспособлены для перевозки и сбрасывания бомб, или оборудованы, или же по своему типу или конструкции могут быть оборудованы каким-либо из приспособлений, перечисленных в пункте 2 ниже.

2. Авиационные и орудийные установки и рамы, бомбодержатели, торпедодержатели, а также механизмы для сбрасывания бомб или торпед; орудийные башни и боковые пулеметные башни.

3. Оснащение, специально предназначенное и используемое исключительно в авиационных войсках.

4. Катапульты или запускные аппараты для запуска самолетов с судов, суши и моря, катапульты для запуска самолетов-снарядов.

5. Заградительные аэростаты.

Категория VI

Удушающие, нарывные смертоносные, отравляющие и выводящие из строя вещества, предназначенные для военных целей или производимые сверх того, что требуется для гражданских целей.

Категория VII

Метательные средства, взрывчатые вещества, пиротехнические средства и жидкие газы, предназначенные для метания, взрыва, заряжения и наполнения перечисленных в настоящих категориях военных материалов или для использования в связи с последними, которые не могут быть использованы для гражданских целей, или производство которых превышает то, что требуется для гражданских целей.

Категория VIII

Фабричное и инструментальное оборудование, которое специально сконструировано для производства и содержания вышеперечисленных материалов и техники и которое технически не может быть приспособлено для гражданских целей.

Приложение II

Учитывая соглашения, достигнутые между Советским Союзом и Австрией и изложенные в Меморандуме, подписанном в Москве 15 апреля 1955 года, статья 22 настоящего Договора будет действовать в соответствии со следующими положениями:

1. На основании соответствующих экономических положений соглашения между Советским Союзом и Австрией от 15 апреля 1955 года Советский Союз передаст Австрии в течение двух месяцев со дня вступления в силу этого Договора все имущество, права и интересы, удерживаемые или получаемые Советским Союзом в соответствии со статьей 22, за исключением активов Дунайской Судоходной Компании (ДСК) в Венгрии, Румынии и Болгарии.

2. Согласовано, что в отношении любого имущества, прав или интересов, переданных Австрии в соответствии с этим Приложением, австрийские права будут ограничены лишь в той степени, в которой это предусмотрено пунктом 13 статьи 22.

Annex I

Definition and List of War Materiel

The term "war materiel" as used in the present Treaty shall include all arms, ammunition and implements specially designed or adapted for use in war as listed below.

The Allied and Associated Powers reserve the right to amend the list periodically by modification or addition in the light of subsequent scientific development.

Category I

1. Military rifles, carbines, revolvers and pistols; barrels for these weapons and other spare parts not readily adaptable for civilian use.

2. Machine guns, military automatic or auto-loading rifles, and machine-pistols; barrels for these weapons and other spare parts not readily adaptable for civilian use; machine gun mounts.

3. Guns, howitzers, mortars (*minenwerfer*), cannon special to aircraft, breechless or recoilless guns and flamethrowers; barrels and other spare parts not readily adaptable for civilian use; carriages and mountings for the foregoing.

4. Rocket projectors; launching and control mechanisms for self-propelling and guided missiles and projectiles; mountings for same.

5. Self-propelling and guided missiles, projectiles, rockets, fixed ammunition and cartridges, filled or unfilled, for the arms listed in subparagraphs 1—4 above, and fuses, tubes or contrivances to explode or operate them. Fuses required for civilian use are not included.

6. Grenades, bombs, torpedoes, mines, depth charges and incendiary materials or charges, filled or unfilled; all means for exploding or operating them. Fuses required for civilian use are not included.

7. Bayonets.

Category II

1. Armoured fighting vehicles; armoured trains, not technically convertible to civilian use.

2. Mechanical and self-propelled carriages for any of the weapons listed in Category I; special type military chassis or bodies other than those enumerated in sub-paragraph 1 above.

3. Armour plate, greater than three inches in thickness, used for protective purposes in warfare.

Category III

1. Aiming and computing devices for the preparation and control of fire, including

predictors and plotting apparatus, for fire control; direction of fire instruments; gun sights; bomb sights; fuse setters; equipment for the calibration of guns and fire control instruments.

2. Assault bridging, assault boats and storm boats.

3. Deceptive warfare, dazzle and decoy devices.

4. Personal war equipment of a specialized nature not readily adaptable to civilian use.

Category IV

1. Warships of all kinds, including converted vessels and craft designed or intended for their attendance or support, which cannot be technically reconverted to civilian use, as well as weapons, armour, ammunition, aircraft and all other equipment, material, machines and installations not used in peace time on ships other than warships.

2. Landing craft and amphibious vehicles or equipment of any kind; assault boats or devices of any type as well as catapults or other apparatus for launching or throwing aircraft, rockets, propelled weapons or any other missile, instruments or devices whether manned or unmanned, guided or uncontrolled.

3. Submersible or semi-submersible ships, craft, weapons, devices, or apparatus of any kind, including specially designed harbor defense booms, except as required by salvage, rescue or other civilian uses, as well as all equipments, accessories, spare parts, experimental or training aids, instruments or installations as may be specially designed for the construction, testing, maintenance or housing of the same.

Category V

1. Aircraft assembled or unassembled, both heavier and lighter than air, which are designed or adapted for aerial combat by the use of machine guns, rocket projectors or artillery, or for the carrying and dropping of bombs, or which are equipped with, or which by reason of their design or construction are prepared for, any of the appliances referred to in subparagraph 2 below.

2. Aerial gun mounts and frames, bomb racks, torpedo carriers and bomb release or torpedo release mechanisms; gun turrets and blisters.

3. Equipment specially designed for and used solely by airborne troops.

4. Catapults or launching apparatus for shipborne, land-or-sea-based aircraft; apparatus for launching aircraft weapons.

5. Barrage balloons.

Category VI

Asphyxiating, vesicant, lethal, toxic or incapacitating substances intended for war purposes, or manufactured in excess of civilian requirements.

Category VII

Propellants, explosives, pyrotechnics or liquified gases destined for propulsion, explosion, charging, or filling of, or for use in connection with, the war materiel in the present categories, not capable of civilian use or manufactured in excess of civilian requirements.

Category VIII

Factory and tool equipment specially designed for the production and maintenance of the materiel enumerated above and not technically convertible to civilian use.

Annex II

Having regard to the arrangements made between the Soviet Union and Austria, and recorded in the Memorandum signed at Moscow on April 15, 1955, Article 22 of the present Treaty shall have effect subject to the following provisions:

1. On the basis of the pertinent economic provisions of the April 15, 1955 arrangements between the Soviet Union and Austria, the Soviet Union will transfer to Austria within two months from the date of entry into force of the present Treaty, all property, rights and interests to be retained or received by it in accordance with Article 22, except the Danube Shipping Company (D. D. S. G.), assets in Hungary, Roumania and Bulgaria.
2. It is agreed that in respect of any property, right or interest transferred to Austria in accordance with this Annex, Austria's rights shall be limited only in the manner set out in paragraph 13 of Article 22.

Annexe I

Définition et liste du matériel de guerre

Le terme « matériel de guerre », aux fins du présent Traité, s'applique à toutes les armes et munitions et à tout le matériel spécialement conçu et adaptés à des fins de guerre, qui sont énumérés ci-dessous.

Les Puissances Alliées et Associées se réservent le droit d'amender périodiquement la liste, en la modifiant ou en la complétant, pour tenir compte des faits nouveaux qui pourront se produire dans le domaine de la science.

Catégorie I

1. Fusils, carabines, revolvers et pistolets de type militaire; canons de rechange pour ces armes et autres pièces détachées non aisément adaptables à un usage civil.

2. Mitrailleuses, fusils de guerre automatiques ou à répétition et pistolets mitrailleurs; canons de rechange pour ces armes et autres pièces détachées non aisément adaptables à un usage civil; affûts de mitrailleuses.

3. Canons, obusiers, mortiers, canons spéciaux pour l'aviation; canons sans culasse ou sans recul et lance-flammes; canons de rechange pour ces armes et autres pièces détachées non aisément adaptables à un usage civil; affûts mobiles et supports fixes pour ces armes.

4. Lance-fusées; mécanismes de lancement et de contrôle pour projectiles et appareils autopropulsés et dirigés; supports pour ces appareils.

5. Projectiles et appareils autopropulsés et dirigés, projectiles, fusées, munitions et cartouches chargées ou vides, pour les armes énumérées aux alinéas 1 à 4 ci-dessus, ainsi que de fusées, étoupilles ou appareils servant à les faire exploser ou fonctionner, non compris les amorçages nécessaires pour des besoins civils.

6. Grenades, bombes, torpilles, mines, grenades sous-marines (charges de profondeur) et matériel et charges incendiaires, chargés ou vides; tous dispositifs permettant de les faire exploser ou fonctionner, non compris les amorçages nécessaires pour les besoins civils.

7. Baïonnettes.

Catégorie II

1. Véhicules de combat blindés; trains blindés qui, techniquement, ne peuvent être transformés en vue d'usages civils.

2. Véhicules mécaniques ou automoteurs pour toutes les armes énumérées dans la catégorie I; châssis ou carrosseries militaires de types spéciaux, autres que ceux qui sont énumérés à l'alinéa ci-dessus.

3. Blindage de plus de 3 pouces d'épaisseur, employé dans la guerre à des usages de protection.

Catégorie III

1. Système de pointage et de calcul pour la préparation et le contrôle du tir comprenant les appareils régleurs du tir et appareils d'enregistrement; instruments de direction du tir; hausses de canon; viseurs de bombardement; régleurs de fusées; calibres pour la vérification des canons et des instruments de contrôle du tir.

2. Matériel de pontage d'assaut, bâtiments d'assaut et d'attaques.

3. Dispositifs pour ruses de guerre, dispositifs d'éblouissement et pièges.

4. Equipement militaire du personnel des forces armées de caractère spécialisé, qui n'est pas aisément adaptable à des usages civils.

Catégorie IV

1. Navires de guerre de toute classe, y compris les navires transformés et les embarcations conçues ou prévues pour leur service et leur appui qui, techniquement, ne sont pas transformables en vue d'usages civils, ainsi que les armes, blindages, munitions, avions ou tout autre équipement, matériel, machines et installations qui ne sont pas utilisés en temps de paix sur d'autres bateaux que les navires de guerre.

2. Bâtiments de débarquement et véhicules ou matériel amphibies de toute nature; bâtiments d'assaut ou matériel d'assaut de tout type, ainsi que catapultes ou autres appareils de mise à l'eau ou de lancement d'avions, fusées, armes propulsées ou tout autre projectile, instrument ou système avec ou sans équipage et qu'ils soient guidés ou non.

3. Navires, engins, armes, systèmes ou appareils de toute sorte, qu'ils soient submersibles ou semi-submersibles, y compris les estacades spécialement conçues pour la défense des ports, à l'exception du matériel nécessaire pour la récupération, le sauvetage et autres usages civils, ainsi que tout l'équipement, tous les accessoires, les pièces détachées, les dispositifs d'expérimentation ou d'instruction, les instruments ou les installations qui peuvent être spécialement conçus en vue de la construction, du contrôle, de l'entretien ou du logement de ces navires, engins, armes, systèmes ou appareils.

Catégorie V

1. Aéronefs montés ou démontés, plus lourds ou plus légers que l'air, conçus ou adaptés en vue du combat aérien par l'emploi de mitrailleuses, de lance-fusées, d'artillerie, ou en vue du transport ou du lancement de bombes, ou qui sont pourvus de l'un quelconque des dispositifs figurant à l'alinéa 2 ci-dessus, ou qui, du fait de leur conception ou de leur construction,

peuvent être aisément munis de l'un de ces dispositifs.

2. Supports et bâtis pour canons aériens, lance-bombes, porte-torpilles et dispositifs de largage de bombes ou de torpilles, tourelles et coupoles pour canons.

3. Equipement spécialement conçu pour troupes aéroportées et utilisé seulement par ces troupes.

4. Catapultes ou systèmes de lancement pour avions embarqués, avions terrestres ou hydravions; appareils de lancement de projectiles volants.

5. Ballons de barrage.

Catégorie VI

Tous produits asphyxiants et vésicants, mortels, toxiques ou susceptibles de mettre hors de combat, destinés à des fins de guerre ou fabriqués en quantités qui excèdent les besoins civils.

Catégorie VII

Propulseurs, explosifs, matériel pyrotechnique ou gaz liquéfiés destinés à la propulsion, l'explosion, la charge, le remplissage du matériel de guerre décrit dans les catégories ci-dessus ou à tout usage en liaison avec ce matériel qui ne sont pas utilisables à des fins civiles, ou qui sont fabriqués en quantités qui excèdent les besoins civils.

Catégorie VIII

Installations et outillages industriels spécialement conçus en vue de la production et de la conservation des produits et du matériel énumérés dans les catégories ci-dessus et qui ne peuvent pas être techniquement transformés à des fins civiles.

Annexe II

En raison des arrangements conclus entre l'Union Soviétique et l'Autriche et relatés dans le mémorandum signé à Moscou le 15 avril 1955, l'article 22 sera appliqué sous réserve des dispositions ci-après:

«1. Dans les deux mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité, l'Union Soviétique transférera à l'Autriche, à l'exception des avoirs de la Compagnie de Navigation du Danube (D.D.S.G.) en Hongrie, en Roumanie et en Bulgarie, aux conditions prévues dans les dispositions économiques relatives à ce transfert qui figurent dans les arrangements du 15 avril 1955 entre l'Union Soviétique et l'Autriche, tous les droits et intérêts qu'elle conserve ou reçoit en application de l'article 22.

2. Il est entendu qu'en ce qui concerne tous les biens, droits et intérêts transférés à l'Autriche conformément aux dispositions de la présente annexe, les droits de l'Autriche ne seront limités que par les stipulations du paragraphe 13 de l'article 22.»

und nachdem der Anhang zu diesem Vertrag, beinhaltend die wirtschaftlichen Bestimmungen der im Annex II zitierten Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Österreich vom 15. April 1955, welcher also lautet:

Über die Lieferung von Waren an die UdSSR zur Ablöse des Wertes der gemäß dem österreichischen Staatsvertrag (Artikel 22) übergebenen sowjetischen Unternehmen in Österreich

1. Die Sowjetregierung ist im Sinne ihrer auf der Konferenz in Berlin 1954 gemachten Zusage bereit, den Gegenwert der in Artikel 22 angeführten Pauschalsumme von 150 Millionen Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen entgegenzunehmen.

2. Die sowjetische Delegation nimmt die Erklärung der österreichischen Delegation zur Kenntnis, daß diese die Liste der Waren, welche sie von der sowjetischen Delegation erhalten hat, als Grundlage annimmt und in diesem Zusammenhang besondere Bevollmächtigte der österreichischen Regierung nicht später als bis Ende Mai dieses Jahres sich nach Moskau begehen werden.

3. Die sowjetische Delegation nimmt auch die Erklärung der österreichischen Delegation zur Kenntnis, daß die österreichische Regierung eine besondere Kommission bilden wird, welche sich mit den Terminen und der Qualität der Lieferung der Waren an die Sowjetunion befassen wird, und zwar in den vereinbarten Mengen für die allgemeine Summe von 150 Millionen am. Dollar, das heißt 25 Millionen am. Dollar jährlich.

4. Die österreichische Delegation hat sich bereit erklärt, den Vertretern des sowjetischen Bestellers die Möglichkeit zu gewährleisten, bei Übernahme der Waren, die zur Lieferung an die Sowjetunion auf Rechnung der obigen Summe bestimmt sind, Prüfungen durchzuführen. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Lieferung der Waren franko österreichische Grenze zu Weltmarktpreisen erfolgen soll. Die Preise und die Menge der Waren werden durch die beiden Parteien jährlich, drei Monate vor Beginn eines jeden Jahres abgesprochen werden. Die Österreichische Nationalbank wird Garantiewechsel zur Sicherstellung der obigen Warenlieferungen auf die im Staatsvertragsentwurf erwähnte Summe von 150 Millionen am. Dollar ausfolgen. Die Wechsel der Österreichischen

Nationalbank werden nach Maßgabe der Tilgung der Wechselsumme durch Warenlieferungen zurückgegeben werden.

Zur Übergabe der von der UdSSR in Österreich innegehabten Ölunternehmen an Österreich

1. Die sowjetische Delegation nimmt den Vorschlag der österreichischen Delegation an, wonach die österreichische Regierung für die an Österreich übergebenen und von der UdSSR innegehabten Ölfelder und Ölraffinerien eine Bezahlung durch Lieferungen von Rohöl im Ausmaß von einer Million Tonnen jährlich innerhalb von 10 Jahren, also von insgesamt 10 Millionen Tonnen, an die Sowjetunion leisten wird.

Die sowjetische Delegation nimmt die Erklärung der österreichischen Delegation zur Kenntnis, daß die österreichische Regierung sich das Recht vorbehält, die Lieferungen der angeführten Menge von Rohöl an die Sowjetunion auch in kürzeren Fristen durchzuführen. Das Rohöl wird zu folgenden Bedingungen geliefert werden: franko österreichische Grenze, frei von Abgaben und Zöllen.

2. Die österreichische Delegation hat die Erklärung der sowjetischen Delegation zur Kenntnis genommen, daß zu den von der Sowjetunion an Österreich übergebenen Ölunternehmen und Ölfeldern auch die Raffinerien und die Aktiengesellschaft für Handel mit Ölprodukten (OROP) gehören.

Zur Übergabe der Vermögenswerte der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft im östlichen Österreich an Österreich

Die sowjetische Seite übergibt an Österreich alle Vermögenswerte der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, die sich im östlichen Österreich befinden einschließlich der Schiffswerft in Korneuburg, der Schiffe und Hafenanlagen, wofür die österreichische Regierung gleichzeitig mit der Übergabe dieser Vermögenswerte an Österreich den Betrag von zwei Millionen am. Dollar an die Sowjetunion auszahlen wird.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diesen Staatsvertrag für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Vertrage enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Vizekanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für Unterricht, vom Bundesminister für soziale Verwaltung, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, vom Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 8. Juni 1955.

Der Bundespräsident:

Körner

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Vizekanzler:

Schärf

Der Bundesminister für Inneres:

Helmer

Der Bundesminister für Justiz:

Kapfer

Der Bundesminister für Unterricht:

Drimmel

Der Bundesminister für soziale Verwaltung:

Maisel

Der Bundesminister für Finanzen:

Kamitz

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:

Thoma

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Illig

Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe:

Waldbrunner

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten:

Figl

Der vorliegende Vertrag ist nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch Österreich, durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch Frankreich gemäß seinem Artikel 38 am 27. Juli 1955 in Kraft getreten.

Raab

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich, Jahrgang 1955, beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1500 Seiten S 75— für Inlands- und S 115— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten.

Bezugsanmeldungen werden von der Versandstelle der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, entgegengenommen.

Den bisherigen Beziehern des Bundesgesetzblattes gehen Erlagscheine zu. Neue Bezieher wollen den Bezugspreis auf das Postsparkassenkonto Wien Nr. 178 überweisen. Erlagscheine werden ihnen über Verlangen zugesendet.

Die Zustellung des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, rechtzeitig den Bezug anzumelden und den Bezugspreis zu überweisen. Dieser kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 24 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1— für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt Nr. 16, Telephon R 50 504 Serie, sowie beim Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien I, Wollzeile 27 a, Telephon R 27 2 31.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind längstens binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien III, Rennweg Nr. 16, anzufordern.

Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.